

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Krokodilstränen

Die Geschichte ist ein hartnäckig Ding: Sie ist gewissermaßen das Gedächtnis des Geschehenen. Das, worüber hier berichtet werden soll, hat sich seinerzeit nicht nur Millionen DDR-Bürgern, sondern auch vielen Menschen in der alten BRD eingeprägt. Durch eine Mehrheit dort wurde es allerdings inzwischen verdrängt oder damals gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Unterdessen sind neue Generationen herangewachsen, die nicht mehr wissen, wovon die Rede ist. Um was geht es?

Als Konrad Adenauer – laut CDU-manipulierter Umfrage des ZDF der „größte Deutsche aller Zeiten“, in Wahrheit aber der Spalter Deutschlands Nr. 1 und Wegbereiter der Remilitarisierung im Westen – einst in Bonn regierte, hatte er sich als rechte Hand einen gewissen Hans Globke auserkoren. Der Mann war vom Fach. Staatssekretär des Kanzlers, galt er als graue Eminenz des Kabinetts. Eigentlich war er tief-schwarz. Oder besser: tiefbraun.

Leute von Globkes Schlag wurden nach dem Krieg allgemein als Schreibtischmörder bezeichnet. Sie töteten mit der Feder. Eine Diffamierung? Als 1935 in Nürnberg die Hitlerschen Rassegesetze beschlossen wurden, deren Umsetzung am Ende in den Gaskammern von Auschwitz stattfand, schrieb der gutbestallte Jurist einen Kommentar. Mit anderen Worten: die Anleitung zu ihrer Handhabung. Zehn Jahre später entging er – wie so viele belastete Nazis – dem Nürnberger Tribunal der Alliierten. Er besaß einflußreiche Freunde. Frühzeitig holte ihn Adenauer zu sich. Die Bundesrepublik verbot schon im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens – wie zuvor Hitler – die KPD. Tausende Kommunisten und andere Nazigegner wurden durch Globkes Staat gejagt und in die Gefängnisse geworfen.

Später brachte Bonn enorme Mittel auf, um sie als „Wiedergutmachungsleistungen“ nach Israel zu transferieren und für die militärische Ausrüstung der Zionistenarmee zu sorgen. Die UNO hatte nämlich – mit besonderer Unterstützung sowohl der UdSSR als auch der Vereinigten Staaten – 1948 ein neues Völkerrechtssubjekt geschaffen: Auf dem Territorium des vorher britischen Mandatsgebiets Palästina sollten zwei gleichberechtigte Staaten – ein jüdischer und ein arabischer – entstehen. Die Zionisten durchkreuzten gewaltsam diesen Plan.

Seit Jahrzehnten überschlagen sich nun Politiker der von Globke mitbegründeten BRD in Treuebekundungen zu Israel. Sie wollen dabei den Eindruck erwecken, es gehe ihnen darum, Schuld am Leidensweg der europäischen Juden abzutragen. Mit dem vorgespiegelten Kampf

gegen den Antisemitismus hat das allerdings nichts zu tun. Wäre 1948 – was die Sowjetunion und alle Fortschrittskräfte erhofften – in Israel die Linke an die Macht gekommen, stünden die Westmächte heute zweifelsfrei im Lager des Antisemitismus, so wie sie es seit eh und je gegenüber fortschrittlichen arabischen Regimes – auch hier handelt es sich ja um Semiten – praktizieren. Denken wir nur daran, wie die Imperialisten vom Antisowjetismus direkt zur Verteufelung „der Russen“ übergegangen sind. Oder führen wir uns vor Augen, wie sie heute wieder die „gelbe Gefahr“ beschwören, die Deutschlands Chinapolitik seit dem 19. Jahrhundert bestimmt hat. Hätte die israelische Linke im Schicksalsjahr der Staatsgründung nicht die Wahlen in einer Atmosphäre des von den Zionisten angeheizten Chauvinismus verloren, gäbe es keine Allianz zwischen Tel Aviv und den imperialistischen Zentralen.

Die von Merkel & Co zur Schau gestellte Blutsbrüderschaft mit Israel hat nur einen Hintergrund: die Tatsache, daß sich der „Staat der Juden“, deren Mehrheit bekanntlich anderswo lebt, auf gleiche strategische Konzepte und Klasseninteressen gründet wie die BRD. Israel ist der von den USA aus gesteuerte Hort des jüdischen Monopolkapitals. Für die israelischen Kommunisten und andere Internationalisten dort, die sich der zionistisch-nationalistischen Unterdrückungspolitik gegenüber den Palästinensern widersetzen, hegen die Nachfolger Globkes kein Fünkchen Sympathie.

Anders verhielt es sich mit der DDR. Sie hat sich in der Frage ihres Verhältnisses zu jüdischen Menschen stets eindeutig positioniert. Das schloß jeden Anflug von Antisemitismus aus. Die zutiefst antifaschistische Grundhaltung des sozialistischen deutschen Staates war bei der Mehrheit der Bürger fest verankert. Kunst und Literatur – man denke nur an den Film „Nackt unter Wölfen“ – mobilisierten auch emotional gegen den antisemitischen Ungeist. Mit dem Staat Israel – der imperialistischen Speerspitze im Nahen Osten – hatte die DDR allerdings nichts gemein. Die Krokodilstränen überließ sie anderen.

Antisemitismus und Zionismus sind nur zwei Seiten einer Medaille. Wer heute hierzulande – bisweilen auch mit linkem Dekor – für Israel die Trommel schlägt, dient weder der Verständigung mit Israelis noch der antiimperialistischen Bewußtseinsbildung in Deutschland. Dem Staat Globkes darf nicht gestattet werden, sein Bündnis mit den zionistischen Friedensfeinden im Nahen Osten als Treuegelöbnis zu „den Juden“ auszugeben. **Klaus Steiniger**



INHALT

	Seite
Nookes „Dienstreise“	2
Skandal an der FH Bielefeld	2
In Nikaragua ist die	
Solidarität der DDR unvergessen	3
Deutsche in der Roten Armee	4
Proletarische Wehrhaftigkeit	5
So war er, „uns‘ Bernhard“!	6
Aristokratische Mobilität	6
Ein großer marxistischer Philosoph	
deutscher Sprache	7
Ihr werdet Euch noch wundern	8
Der „Währungsschnitt“	9
Prassen und darben	10
Fromme Finanzen	11
Rattenfänger unterwegs	12
Knabe interessiert?	12
Nachhilfestunden aus	
Schloß Bellevue	13
Pragmatische Überlegungen	14
„Sammelstelle“ zur Deportation	15
Absteiger als „Aufstocker“	15
Neues Edikt von Potsdam?	16
■ Russenhaß sei's Panier!	RF-Extra I
■ Olympia im Fadenkreuz	RF-Extra III
Brief eines Österreichers	17
Das Damoklesschwert des Hungers	18
Prag: zwiespältiges Dokument	19
Appell Fidel Castros	20
Ein Maoist führt Nepals Regierung	20
Boten der Freundschaft aus China	21
USA: Drohkulisse gegen Beijing	21
Die Tochter des Rotarmisten	22
Unvergessener Josep Renau	23
Dem Erbe der „Revolutionsmänner“	
verbunden	23
Mein Sturm auf das Winterpalais	24
Hermann Hesse und die Linken	26
Welten standen sich gegenüber	26
Reime für den „RotFuchs“	27
Der Dichter, der mit 26 Jahren starb	28
Leserbriefe	29
Anzeigen/Impressum	32

Nookes „Dienstreise“

Brief an den „Menschenrechtsbeauftragten“ der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Beauftragter,

dank der Sächsischen Zeitung vom 6. August bin ich unfreiwillig mit Ihren Ansichten zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung konfrontiert worden. Da ich mich seit mehr als vierzig Jahren mit dem Thema beschäftige, zwingt mich mein Gewissen, Ihnen einige Fragen zu stellen:

Erstens: Ihr Grund für die „dienstliche“ Peking-Reise lautete: „Ich will mir ein Bild von der Lage vor Ort machen.“ Gehört es zu Ihren Dienstpflichten, Ereignisse in Peking zu bewerten? Sind Sie eine Art Oberbefehlshaber, der – von Fotografen umringt – gelegentlich die Front besucht? Ist für Ihre deutsche Regierung das völkerrechtliche Gebot der Nichteinmischung aufgehoben, sogar während und im Land der Olympiade?

Zweitens: Sie sagen: „Und natürlich werde ich mich auch mit einigen Leuten aus der Zivilgesellschaft treffen.“ Wodurch unterscheiden sich diese Bürger von „normalen“ Chinesen? Über welche Kanäle werden solche Treffen organi-

siert (und finanziert)? (Selbst der Interviewer kann sich einen Hinweis auf „subversive Tätigkeit“ nicht verkneifen.)

Drittens: Sie tadeln diejenigen, die so „naiv“ waren, die Olympischen Spiele als Hebel für „Veränderungen“ benutzen (mißbrauchen) zu wollen.

Soweit ich sehe, waren fast alle Journalisten (Klaus Huhn ausgenommen), besonders jene des Fernsehens dieser (verordneten) „naiven“ Auffassung. Könnte denn jemand anderes als das Olympische Komitee über die Vergabe der Olympischen Spiele entschieden haben und die „Naivität“, die Sie unterstellen, dort liegen? Oder hat das Olympische Komitee selbst politische Absichten verfolgt? Wen meinen Sie?

Viertens: Sie behaupten: „Und auch die chinesische Führung ist eitel und hat ein Interesse daran, nicht nur negativ in den internationalen Medien zu erscheinen.“

Meinen Sie nicht, daß diese „Eitelkeit“ auch der deutschen Bundesregierung gut zu Gesicht stünde? Reicht das Maß der Menschenrechtsverletzungen in Deutschland noch nicht aus?

Fünftens: Sie formulieren einen schönen (schon oft zitierten) Satz: „Menschenrechte müssen universal gelten, oder sie gelten gar nicht.“ Der Satz der Wiener UN-Konferenz 1993 lautete: „All human rights for all human beings.“ Und die Staaten verpflichteten sich, dieses Prinzip umzusetzen, aber jeder Staat für seine Bürger. Menschenrechte sind kein Exportartikel und ein „Recht auf humanitäre Intervention“ gibt es nicht. Das hat mit „Feigheit“ nichts zu tun. Meinen Sie, daß Deutschland mit China wie mit Jugoslawien verfahren sollte? Wäre da nicht eher dem Rat Willy Brandts zu folgen, vor der eigenen Tür zu kehren? Liegt da nicht genug Dreck?

Sechstens: Sie enden: „Wir alle könnten dafür sorgen, daß das Ganze nicht zu einer Farce mit schönen Jubelkulissen wird.“ Wer ist „wir“? Wie stellen Sie sich vor, die „Farce (Olympiade?) mit schönen Jubelkulissen“ zu verhindern? In wessen Namen fordern Sie dazu auf? Falls Sie antworten, dann bitte nur auf meine Fragen.

Prof. em. Dr. sc. phil. Horst Schneider, Dresden

Skandal an der FH Bielefeld

Disziplinarverfahren wegen Bloßstellung eines Nazi-Aktivisten

Die Rektorin der Fachhochschule Bielefeld, Frau Prof. Beate Rennen-Allhoff, hat Anfang Juni ein Disziplinarverfahren gegen Prof. Heinz Gess eingeleitet.

Es geht um einen Artikel, den wir beide verfaßt haben und den Heinz Gess auf der von ihm betriebenen Homepage kritiknetz.de unter dem Titel „Grün-braune Liebe zur Natur: Die NSDAP als ‚grüne Partei‘ und die Lücken der Naturschutzforschung“ veröffentlicht hat.

Das Disziplinarverfahren bezieht sich auf eine Nachbemerkung von Gess. Er verweist darin auf die Tatsache, daß Werner Haverbeck (1909–1999) ab 1972 mehrere Jahre lang an der FH Bielefeld als Professor für Sozialwissenschaft wirken konnte. Haverbeck war Mitglied der NSDAP-Reichsleitung, des NS-Studentenbundes und der SA sowie Leiter des NS-Reichsbundes für Volkstum und Heimat. In der Bundesrepublik war er von 1974 bis 1982 Präsident des rechtslastigen Umweltverbandes „Weltbund zum Schutz des Lebens“ und Mitunterzeichner des sogenannten Heidelberger Manifests von 1981, in dem die Forderung „Ausländer raus!“, pseudoökologisch verbrämt, erhoben wurde. Haverbeck war Mitbegründer des sogenannten Collegium Humanum in Vlotho in Niedersachsen, einer rechtsextremen Tagungsstätte, wo sich unter anderem 1984 das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des Führers“ (KAH) traf.

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens begründet Rektorin Rennen-Allhoff mit fol-

gender Passage des Textes von Gess: „Erwähnenenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß der Werner Haverbeck an der FH Bielefeld ungeachtet seiner Nazi-Karriere und neofaschistischen Aktivitäten ungestört seinen ideologischen und politischen Geschäften nachgehen und seine verdorbenen Früchte als ‚Professor für Sozialwissenschaft‘ unter die Studierenden bringen konnte, ohne je dafür an der FH in die Kritik geraten zu sein und ohne daß das Rektorat der FH es je für nötig gehalten hätte, sich von seinem Tun oder seinen Schriften zu distanzieren. Daß aber daselbe Rektorat (nicht in persona) und dessen Personalabteilungsleiter es für dringlich halten, sich von dem Herausgeber dieser Seite und der ‚Internetzeitschrift für kritische Theorie der Gesellschaft‘ (Kritiknetz), ausdrücklich zu distanzieren.“

Gess habe seine Dienstpflichten verletzt, weil er damit Maßnahmen der Verwaltung öffentlich kritisiert habe, urteilt die FH-Rektorin.

Wir halten es für einen Skandal, daß jemand mit einem Disziplinarverfahren überzogen werden soll, der darauf hinweist, daß ein ehemaliger hochrangiger NSDAP-Funktionär und in der Bundesrepublik prominenter Nazi-Aktivist an der FH Bielefeld Karriere machen konnte. Damit soll ein Wissenschaftler mundtot gemacht werden, der einen solchen Vorgang öffentlich benennt. Verschwiegenheitspflicht kann nicht heißen, die Einstellung eines alten Nazis zu vertuschen und das nach über 30 Jahren. Pikant ist, daß einen Monat zuvor, Anfang Mai 2008, Bundesinnenminister Wolfgang

Schäuble (CDU) das von Haverbeck gegründete Collegium Humanum wegen rechtsextremer Umtriebe verboten hat.

Wir fordern die sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Heinz Gess und eine Entschuldigung der Rektorin. Wir fordern, die einschlägigen Archive zu öffnen und von unabhängigen Historikern klären zu lassen, wie es möglich war, daß Haverbeck an der FH Bielefeld Dozent werden konnte.

Wir verlangen – sofern aufgrund des zeitlichen Abstandes noch möglich – diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die Haverbeck gedeckt und seine Karriere ermöglicht haben.

Die Journalisten bitten wir, über diesen Vorfall in ihren Medien zu berichten.

Clemens Heni / Peter Bierl (Bielefeld)

Am 7. Oktober um 17.30 Uhr spricht
Generalmajor a. D. Hans Werner Deim
im Treffpunkt der Volkssolidarität
Halle-Neustadt, Hettstedter Straße 1,
auf einer Veranstaltung der Regional-
gruppe Halle. Sein Thema

Zur Militärpolitik und Militärstrategie der Russischen Föderation in der Gegenwart

Solidarität der DDR unvergessen

Wie Margot Honecker in Nicaragua aufgenommen wurde

Leser wollten wissen, ob der RF-Redaktion Einzelheiten vom Besuch Margot Honeckers in Nicaragua bekannt seien. Dr. Klaus Huhn schrieb uns daraufhin den folgenden Report.

Wie Margot Honecker in Nicaragua aufgenommen wurde, illustriert wohl am überzeugendsten die Rede, die Dr. Alfredo Borge Palacios, Direktor des Krankenhauses Alemania, am 28. Juli zu ihrem Empfang gehalten hat. Hier ein Auszug:

„Werte Genossen. Die Solidarität zwischen den Völkern ist heute und immer ein Akt der Gerechtigkeit, der Liebe und der Zärtlichkeit und hat einen großen Einfluß auf die Kraft der revolutionären Veränderungen unserer Gesellschaft, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der materiellen Situation, sondern auch mit unserer Denkweise und unserem Bewußtsein.

Im Juli 2008 ist der 23. Jahrestag eines solcher – gestatten Sie mir dieses Wort – liebevollen und zärtlichen Akte der internationalen Solidarität. Margot Honecker spielte eine fundamentale Rolle als Mitorganisatorin eines der schönsten Projekte der Sandinistischen Revolution. Ich meine unser Hospital, das Karl-Marx-Krankenhaus. Es wurde zum Meilenstein der

Geschichte der Gesundheitspolitik für unser Volk und unser schönes Nicaragua. Dank der Solidarität der Regierung, der FDJ und des Volkes der DDR wurde es zwischen Januar und März 1985 von unserem Gesundheitsministerium projektiert. Am 30. Juni lief das DDR-Handelsschiff MS Quedlinburg mit einer Brigade von FDJlern und allem Inventar an Bord in den Hafen von Sandino ein, und in wenigen Wochen war das Karl-Marx-Krankenhaus von ihnen errichtet worden. Mit einem symbolischen Festakt wurde es am 23. Juli 1985 Präsident Daniel Ortega Saavedra übergeben. In der ersten Phase waren fast alle Ärzte, Krankenschwestern, Röntgentechniker und Apotheker Bürger der DDR. Es gab nur wenige Nicaraguaner, die dort tätig waren. In dieser Phase entstand so manches Problem bei der Überwindung von Sprachschwierigkeiten. Vor allem galt das für die Verständigung mit den Patienten. Wir werden die damals hier Helfenden und vor allem ihr Engagement nie vergessen. So geschah es nicht selten, daß sie sich am Morgen um die Behandlung der Patienten kümmerten und nachmittags Steinblöcke montierten oder einfach nur Sand trans-

portierten. Es gab auch einige, die sich als Tischler und Schreiner betätigten. Das war ohne Beispiel.

Man soll auch das Vertrauen nicht vergessen, das die Patienten den Deutschen aus der DDR entgegenbrachten. Oft standen schon am frühen Morgen lange Schlangen vor der Tür des Krankenhauses. Und wenn wir uns heute daran erinnern, wollen wir auch den 18. November 1985 nicht vergessen. Da war



Am 29. Jahrestag der Revolution feierten Hunderttausende Nicaraguaner in Managua mit der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), die unter Führung Daniel Ortegas – des heutigen Staatspräsidenten (Bildmitte) – die Diktatur der USA-Marionette Somoza gestürzt hatte. Auf der Kundgebung, an der auch die Präsidenten Venezuelas und Paraguays, Hugo Chávez und Fernando Lugo, teilnahmen, wurde Margot Honecker (81, 2. v. r.) der Orden „Rubén Darío“ in Anerkennung der solidarischen Haltung der DDR zu Nicaragua überreicht.

hier zum ersten Mal operiert worden. Das voll belegte Krankenhaus gewann schnell an Ansehen und steigerte ständig seine Qualität. Es wuchs Schritt um Schritt. Erst konnte man es mit seinen Blockhütten für ein Militärhospital halten, dann kamen die Geburtsabteilungen und Operationssäle hinzu. Es gab nie einen Mangel an Medikamenten, alle medizinischen Apparate funktionierten einwandfrei. Sie waren aus der DDR geliefert und von ihr unterhalten worden, während andere Krankenhäuser sehr unter der ökonomischen Blockade der USA litten.

Dann kam es zu den politischen Veränderungen in Deutschland und auch in Nicaragua. Die GTZ übernahm die Verantwortung, um das Objekt weiter zu finanzieren und der neuen Regierung Nicaraguas zu übergeben. Die meisten deutschen Mitarbeiter kehrten in ihre Heimat zurück und damit in ein neues politisches Umfeld.

Einige von ihnen sorgten dafür, daß die Fackel der Solidarität nie erlosch. Nach vielen Anläufen kam es im Januar 2005 zu einem Treffen mit unseren Freunden – ich sollte sagen Brüdern – hier in unserem Krankenhaus. Es dauerte zwei Tage.

Im vergangenen Jahr eroberte die FSLN wieder die Regierungsmacht, und wir entzündeten erneut die Flamme, die in der Zwischenzeit gut behütet verborgen war. Wir haben Kontakt mit SODI – also mit Menschen, die heute inner- und außerhalb Deutschlands leben. Wir unterschrieben einen neuen Vertrag für die Zusammenarbeit mit diesen Genossen, und sie haben zugesagt, daß sie uns die Apparate für die Intensivstation

spenden werden. Das ist es nämlich, was unser Hospital am dringendsten braucht.

Dieses Projekt, liebe Genossin Honecker, ist nichts anderes als die Fortsetzung der internationalen Solidarität, die vor 23 Jahren begonnen hat. Ich sage noch einmal: Unser Krankenhaus existiert dank der bedingungslosen Hilfe, die Sie und die Regierung der DDR uns in den 80er Jahren entgegengebracht haben. Ihr heutiger Besuch ist für alle Mitarbeiter des Hospitals ein Freudentag und eine große Ehre.“

Der Aufenthalt in dem durch die Solidarität der DDR entstandenen Krankenhaus war Teil eines umfangreichen Programms, das die Gastgeber für Margot Honecker vorbereitet hatten. Vor allem demonstrierte man ihr, mit welchem Elan der Kampf um die Alphabetisierung geführt wird. Allein 2008 sollen 100 000 Analphabeten lesen und schreiben lernen. Die erste revolutionäre Regierung

hatte den Anteil der Analphabeten von 60 auf 12 Prozent gesenkt. Nach fünf Jahren rechtsgerichteter Herrschaft war er wieder auf 35 Prozent angestiegen. Eine Kampagne „Erbauer der Zukunft“, deren Träger der Sandinistische Jugendverband ist, hat sich das Ziel gesetzt, in freiwilliger Arbeit neue Schulen zu errichten oder vernachlässigte wieder instandzusetzen. Eine kritische Situation war dadurch entstanden, daß die proimperialistische Regierung das Schulwesen privatisiert hatte, was dazu führte, daß 1,5 Millionen Kinder nicht mehr am Unterricht teilnehmen konnten, weil ihre Eltern das Schulgeld nicht aufzubringen vermochten.

Zuweilen geriet das Besuchsprogramm ein wenig aus den Fugen, da der früheren Volksbildungsministerin im ganzen Land Menschen begegneten, die mit ihr über die DDR plaudern wollten. Viele waren in DDR-Krankenhäusern geheilt worden, hatten im sozialistischen deutschen Staat studiert oder gearbeitet.

„Unfaßbar: 19 Jahre nach dem Verschwinden der DDR“, maulte BILD.

Dr. Klaus Huhn

Deutsche in der Roten Armee

Wie Kriegsgefangene den Oktober als Internationalisten verteidigten

Im Zusammenhang mit dem Beginn und der Fortführung der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland vor 90 Jahren sollte nicht vergessen sein, daß sich diese Revolution der Sympathie und Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung, darunter auch der deutschen, gewiß sein konnte. „Die Arbeiter der ganzen Welt, in welchem Lande sie auch leben mögen“, schrieb Lenin in seinem Brief an die amerikanischen Arbeiter im August 1918, „begrüßen uns, sympathisieren mit uns, zollen uns Beifall dafür, daß wir den eisernen Ring der imperialistischen Bindungen, der schmutzigen imperialistischen Kriege ... gesprengt haben, dafür, daß wir uns die Freiheit erzwingen und um dieser Freiheit willen keine noch so schweren Opfer gescheut ... und vor der ganzen Welt das Banner des Friedens, das Banner des Sozialismus entrollt haben.“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 51/52)

Als der Kampf des jungen Sowjetstaates auf Leben und Tod begann, ihm der Bürgerkrieg und die ausländische militärische Intervention aufgezwungen wurden, begriffen die Arbeiter in vielen Ländern instinktiv und unter dem Einfluß kommunistischer Parteien immer klarer, daß es in Rußland auch um das Schicksal ihrer Revolution ging. Eines der eindrucksvollsten Beispiele dafür ist die unmittelbare Teilnahme Zehntausender ausländischer Arbeiter und Bauern, die während des ersten Weltkrieges in russische Kriegsgefangenschaft geraten waren, an der Errichtung und Verteidigung der jungen Sowjetrepublik in den Jahren 1917 bis 1920.

Von den etwa zwei Millionen Kriegsgefangenen, die sich aus dem Bestand der Armeen der sogenannten Mittelmächte am Vorabend der Oktoberrevolution auf dem Territorium Rußlands befanden, betrug der deutsche Anteil rund 165 000 Soldaten und 2080 Offiziere. Die kriegsgefangenen Deutschen waren objektiv Bundesgenossen der sozialistischen Revolution in Rußland, denn in der überwiegenden Mehrheit handelte es sich um Arbeiter und Bauern, deren ökonomische und politische Lage im Wesen jener der russischen Klassengenossen entsprach. Infolge der gemeinsamen Tätigkeit mit russischen Arbeitern und Bauern in Betrieben der Kapitalisten und Gutsbesitzer und dank der Aufklärungsarbeit der Partei Lenins reifte auch bei ihnen das Bewußtsein, daß ihre Interessen völlig mit denen der werktätigen Massen Rußlands übereinstimmten. Der Haß gegen den imperialistischen Krieg, das Streben nach Frieden und Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung verband sie. Diese Erkenntnis vollzog sich in einem komplizierten und widerspruchsvollen Prozeß, im harten Klassenkampf mit reaktionären Kräften. Es waren vor allem die Offiziere, die alles unternahmen, um die Soldaten

auch in der Kriegsgefangenschaft bei der „vaterländischen Fahne“ zu halten. Doch letztlich konnten sie nicht verhindern, daß diese, die in der Heimat nicht selten der SPD angehört oder diese gewählt hatten, sich bereits während der Zeit der zaristischen Herrschaft in die revolutionäre Bewegung ihrer russischen Klassengenossen einreichten. Sie nahmen an Streiks und Demonstrationen teil, wobei sie Repressalien des Unterdrückungsapparats ertrugen. Die politisch Aufgeklärtesten unter ihnen wurden Mitglieder von revolutionären Kriegsgefangenen-Organisationen, traten in die Reihen der Roten Garden ein und beteiligten sich an der Errichtung der örtlichen Sowjetmacht. Es waren vor allem das konsequente Eintreten der Regierung Lenins für den Frieden sowie deren Maßnahmen zur Beseitigung sozialer und nationaler Unterdrückung, die gesetzliche Erklärung der Kriegsgefangenen zu freien ausländischen Bürgern und schließlich der Einfluß, den die Oktoberrevolution in der Heimat hinterließ, was sie an die Seite der Sowjetmacht führte.

Im Zusammenhang mit dieser positiven Entwicklung wuchs und formierte sich in den revolutionären Kriegsgefangenen-Organisationen ein kommunistischer Kern, der seit Frühjahr 1918 zur Bildung von ausländischen Gruppen der KPR(B) führte. Die deutsche Gruppe wurde am 24. April 1918 in Moskau gegründet. Aus einer kleinen Schar von nur 11 Mitgliedern wuchs eine mehr als dreieinhalbtausend Mann starke Armee deutscher Kommunisten. Örtliche Gruppen entstanden später in 24 Städten und Orten Sowjetrußlands. Auch sie sahen ihre wichtigste Aufgabe in der Teilnahme an der Verteidigung der Sowjetmacht sowie in der Unterstützung der Revolution in der Heimat.

Im Verlauf des Bürgerkrieges formierten sich an nahezu hundert Orten internationale Abteilungen der Roten Armee. Nachweislich kämpften auch deutsche Genossen in so legendären Einheiten wie dem 216. Internationalen Regiment, das Anteil an der Befreiung von Simbirsk hatte. Drei Kompanien dieses 1506 Kämpfer zählenden Regiments bestanden vorwiegend aus deutschen Internationalisten. Lenin telegraphierte kurz nach seiner Verwundung durch die Sozialrevolutionärin Kaplan diesen Rotarmisten: „Die Einnahme von Simbirsk – meiner Heimatstadt – ist der heilkräftigste, der beste Verband für meine Wunden. Ich fühle einen ungewöhnlichen Zustrom von Kraft und Energie. Ich beglückwünsche die Rotarmisten zu ihrem Sieg und danke ihnen im Namen aller Werktätigen für ihre Opfer.“ Zu nennen sind auch das 220. Infanterieregiment sowie das internationale Wienermann-Regiment im Bestand der 25. Schützendivision unter Tschapajew, die sich Verdienste bei der Zerschla-

gung Koltschaks erwarben. Der deutsche Anteil am Wienermann-Regiment betrug 150 Kämpfer.

Nach Auswertung aufgefunderer Mannschaftslisten sowie unter Beachtung der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Gruppe der KPR(B) dürften etwa 3000 bis 4000 Deutsche den internationalen Abteilungen der Roten Armee angehört haben. In diese geschätzte Zahl sind auch jene einbezogen, welche in rückwärtigen bewaffneten Einheiten der Sowjetrepublik, zum Beispiel bei der Tscheka und anderen bewaffneten Einheiten zum Schutz sowjetischer Dienststellen, zur Liquidierung des Bandenwesens sowie zu weiteren Aufgaben eingesetzt waren. So dienten im 11. Internationalen Bataillon in Kasan 160, im 382. Bataillon in Nowonikolajewsk 30 und im 248. Bataillon in Semipalatinsk 164 deutsche Internationalisten.

Nach der Zerschlagung der Hauptkräfte der Konterrevolution und der Vertreibung der ausländischen Interventen begann der Sowjetstaat 1920/21 erneut mit der friedlichen Aufbauarbeit. Die noch verbliebenen deutschen Mitkämpfer stellten ihre beruflichen Fähigkeiten bewußt in den Dienst des proletarischen Staates, vollbrachten hervorragende Arbeitsleistungen in den Kohleschächten, im Transportwesen und anderen Zweigen der Volkswirtschaft. In den Jahren 1921/22 kehrten die letzten ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, jetzt schon der eine oder andere als ehemaliger Internationalist, in die Heimat zurück. Eine ausreichende Erforschung ihrer politischen Tätigkeit in Deutschland fehlt. Doch aus Berichten solcher Verteidiger des Oktober, die später Bürger der DDR waren, geht hervor, daß sie sich aktiv in die revolutionäre Bewegung im eigenen Land einreichten. Die in der Zeit des Hitlerfaschismus verfolgten Internationalisten blieben auch in den Konzentrationslagern und anderen nazistischen Folterhöhlen ihrer Gesinnung treu. Nach der Befreiung zählten nicht wenige von ihnen zu den Aktivisten der ersten Stunde.

Dr. Rudolf Dix

Am 18. Oktober um 10 Uhr spricht
Generaloberst a. D. Werner Großmann
im Soziokulturellen Zentrum „Arche N“
in **Neubrandenburg**, Reitbahnweg 38,
auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe über das Thema

Bonn im Blick – und mehr!
Geschichte und Erkenntnisse der
Hauptverwaltung Aufklärung

Genosse Großmann signiert sein Buch.

Proletarische Wehrhaftigkeit

Im Feuer der Novemberrevolution geschmiedet: Der Rote Soldatenbund

Die DDR war reich an progressiven militärischen Traditionen. Sie wurden in der NVA und den anderen bewaffneten Organen gepflegt, bewahrt und vermittelt. Zu ihnen gehörte der Rote Soldatenbund (RSB). Den Namen seines ersten Vorsitzenden, Willi Budich, trug eine Einheit der 1. Luftverteidigungsdivision der DDR.

Der RSB wurde am 15. November 1918 gegründet. Dem lag ein Beschluß des Spartakusbundes zugrunde, den Leo Jogiches angeregt hatte. Zuvor waren Karl Liebknechts Bemühungen, eine Rote Garde in Berlin zu bilden, am Widerstand der von rechten sozialdemokratischen Führern beeinflussten Soldatenräte gescheitert. Angesichts der vom antikommunistischen Bündnis von Opportunismus und Militarismus ausgehenden Gefahren für die Revolution stellte sich der RSB das Ziel, „die Soldatenbewegung in entschieden proletarisch-revolutionäre Bahnen zu lenken und sie mit den sozialistischen Ideen vertraut zu machen“. Er wollte verhindern helfen, daß sich die Soldaten als Werkzeuge der Konterrevolution mißbrauchen ließen.

Deshalb folgte er dem Hinweis Liebknechts, besonderen Nachdruck auf die Aufklärung der jetzt von der Front zurückkommenden geschlossenen Armee zu legen, „die in den Händen der verbrecherischen Offiziere eine ungeheure Bedrohung der Revolution“ bedeutete. Als unmittelbare Aufgabe nannte der RSB die Entfernung der Offiziere und anderer reaktionärer Mitglieder aus den Soldatenräten.

Leidenschaftlich bekannte er sich zum proletarischen Internationalismus. Er verurteilte die Aufstellung konterrevolutionärer Freiwilligenverbände gegen Sowjetrußland und forderte die Soldaten im Baltikum auf, zur Roten Armee überzugehen.

Die zentrale Leitung bestand aus erprobten Spartakus-Leuten. Ihr gehörten neben Willi Budich, Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes, Karl Grubusch, Karl Schulz und Christoph Wurm sowie ab Dezember auch Albert Schreiner an.

In den Monaten November und Dezember 1918 entwickelte der RSB eine umfangreiche Organisations- und Aufklärungsarbeit. Ende 1918 besaß er 12 000 Mitglieder. Besonders stark war er in Berlin, Braunschweig, Bremen, Essen, Königsberg, Leipzig und München. Nachweisbar existierte er in weiteren 30 Orten. Drei Genossen vertraten den RSB auf dem Gründungsparteitag der KPD. Ihr Sprecher appellierte an die Delegierten, die Sache des RSB in allen Landesteilen aktiv zu unterstützen. Zur Aufklärung der Soldaten organisierte der Bund Versammlungen, auf denen die Mitglieder der zentralen Leitung sowie der Führung des Spartakusbundes, darunter Karl Liebknecht, vor Soldaten auftraten. Flugblätter und Schriften wurden bei Demonstrationen und auf Bahnhöfen verteilt sowie in Kasernen geschleust. Die zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit unterstützte ab 23. November 1918 die Zeitung „Der Rote Soldat“. Bis Ende 1918 erschienen 14 Ausgaben, ihre Zahl erhöhte sich bis Mai 1919 auf 26. Die Auflagenhöhe erreichte 15 000 Exemplare. „Der Rote Soldat“ propagierte die militärpolitischen Forderungen des Spartakusbundes und später der KPD. Er rief zur Solidarität mit Sowjetrußland auf und setzte sich mit der antikommunistischen Hetze auseinander.

Wie der Spartakusbund und die sich formierende KPD war der RSB von Anfang an dem Morden, dem Terror und der zügellosen Hetze und Verleumdung der Reaktion ausgesetzt. Große Gefahren gingen von deren Provokationen und geheimdienstlichen Aktivitäten aus. Am 6. Dezember 1918 erfolgte ein bewaffneter Überfall auf eine vom RSB organisierte Demonstration in der Berliner Chausseestraße, an der 2000 Menschen teilnahmen. Vierzehn Demonstranten wurden getötet. Unter den dreißig Schwerverletzten befand sich auch Willi Budich. Im Januar 1919 ermordeten Noske-Söldner seinen Kampfgefährten Karl Grubusch. Er hatte nach der Verwundung Budichs die Leitung des RSB übernommen. Ab Januar war dieser angesichts des Terrors gezwungen, zur illegalen Arbeit überzugehen. Am 15. Februar 1919, einen Tag nach Hindenburgs berüchtigtem „Aufruf gegen den Bolschewismus“, wurden 80 RSB-Mitglieder verhaftet. Die Staatsanwaltschaft erließ schließlich Haftbefehl gegen alle Leiter und Mitglieder des RSB.

Der Terror der Konterrevolution bestätigte, wie wichtig es war, zusammen mit der agitatorischen und propagandistischen Arbeit auch den bewaffneten Schutz von Kundgebungen und Demonstrationen zu organisieren, sich auf entsprechende Auseinandersetzungen mit dem Gegner vorzubereiten und illegale Positionen in der Armee und in den Freikorps aufzubauen. Mit selbstlosem Einsatz erfüllten die Mitglieder des RSB ihre Aufgaben in der Novemberrevolution. Sie nahmen an der Abwehr des Angriffs auf die Volksmarinedivision am 24. Dezember 1918, an den Kämpfen gegen die Konterrevolution im Januar und März 1919 in Berlin und anderen Städten aktiv teil. Sie gehörten zu den Verteidigern der Bremer und der Bayrischen Räterepublik.

Mit der Niederlage der Novemberrevolution entstanden für den RSB völlig veränderte Kampfbedingungen. Die Demobilisierung der Armee war abgeschlossen, die Soldatenräte wurden aufgelöst. Mit dem Gesetz über die Bildung der vorläufigen Reichswehr festigte sich der reaktionäre Militärapparat. Die Anwendung bewaffneter Kampfformen erhielt einen anderen Stellenwert. Die Spaltung der Arbeiterklasse wurde durch parlamentarische Illusionen und antikommunistische Hetze vertieft. Eine Neuorientierung war erforderlich. Davon zeugten erste Schlußfolgerungen der KPD-Führung. Doch das stieß bei Mitgliedern des RSB auf Unverständnis. Politisch noch unerfahren, erfüllt von berechtigtem, aber blindwütigem Haß auf den Klassenfeind begriffen sie nicht die eingetretenen Veränderungen und verharrten in Vorstellungen von einem unmittelbar bevorstehenden Kampf um die politische Macht. Diese linkssektiererischen Überlegungen beschworen die Gefahr abenteuerlicher Aktionen herauf. Sie konnten nur der Reaktion nutzen, der Entwicklung der KPD zu einer politisch handlungsfähigen Vorhutpartei mit Maseneinfluß hingegen mußten sie schweren Schaden zufügen.

Im Juni 1919 löste die Zentrale der KPD in Übereinstimmung mit der Leitung des RSB diesen auf. Der Beschluß war Ausdruck für den sich auch auf diesem Gebiet vollziehenden Reifeprozess der jungen Partei. Sie nutzte in der Folgezeit die Erfahrungen des RSB in ihrer militärpolitischen, insbesondere wehrerzieherischen Arbeit.

Der RSB ging in die Geschichte der Arbeiterbewegung als die erste Wehrorganisation der deutschen Arbeiterklasse ein. Das Andenken an ihn in Ehren zu halten und gegen Verleumdungen zu verteidigen, ist eine aktuelle Aufgabe.

Oberst a. D. Dr. Dieter Hillebrenner



So war er, „uns' Bernhard“!

Wie der legendäre Genosse Quandt zu meinem „Befreier“ wurde

Die Buchvorstellung, „Bernhard Quandt – ein Mecklenburger Urgestein“ durch Dr. Norbert Podewin in Prora, von der ich im Internet las, veranlaßte mich, in meinen Erinnerungen zu kramen.

Es war Herbst 1947. Als 19jähriger war ich aus britischer Internierung in meine Heimatstadt Lübbtheen zu den Eltern zurückgekehrt. Nach langem Suchen fand ich Arbeit in einem kleinen örtlichen Auto-Transportunternehmen (ATG). Hier wurden Aufträge von Anforderern aller Art entgegengenommen, Fahrbefehle an LKW-Besitzer erteilt und abgerechnet. Man bedenke: Es handelte sich um die ersten Nachkriegsjahre.

Vor allem auch Lebensmitteltransporte für die örtliche Kommandantur, die in der Regel auf sofortige Durchführung bestand, waren Teil unseres Programms. Der Zufall wollte es, daß mein Chef betriebsbedingt an einem Montag nicht zugegen war. Der Anruf des Dolmetschers, umgehend der Kommandantur einen Dreitonner zur Verfügung zu stellen, landete daher auf meinem Tisch. Etwas ängstlich und unerfahren bemühte ich mich, diesem Befehl zu gehorchen. Sofort rief ich mehrere Firmen an, die LKWs besaßen. Die Eigentümer waren alles andere als der sowjetischen Besatzungsmacht wohlgesonnen. So fand jeder, an den ich mich wandte, irgendwelche Ausflüchte, warum er den Transport nicht ausführen könne.

Mit „sofortiger Bereitstellung“ war also nichts zu machen. Während ich noch meine Rundrufe fortsetzte, tauchten ein Offizier und ein Sergeant der Kommandantur mit gezogener Pistole auf. Wahrscheinlich hatten sie den ATG-Chef auf solche Weise erschrecken und unter Druck setzen wollen. Sie steckten jedoch ihre Waffen weg, als sie mich ängstlich dreinblickenden Jüngling als den einzigen anwesenden Mitarbeiter rumtelefonieren sahen. Da ich jedoch keinen LKW

aufgetrieben hatte, forderte mich der Offizier kurzerhand auf, ihm zu folgen. In Begleitung zweier sowjetischer Soldaten und des deutschen Dolmetschers Palmkrohn ging es direkten Weges in das gegenüberliegende Amtsgericht, an welches sich ein Gefängnis anschloß. Hier landete ich in einer Zelle, die unter der Aufsicht der „Freunde“ von einem Anstaltsmitarbeiter auf- und abgeschlossen wurde. Da saß ich nun – eingesperrt von meinen Klassenbrüdern – und wußte mit meiner Lage nicht viel anzufangen. Vor allem war mir unklar, wie ich da je wieder rauskommen sollte.

Doch es geschahen Zeichen und Wunder. Der umsichtige Dolmetscher informierte kurz entschlossen meinen Vater, der dem Ortsvorstand der SED als FDGB-Vorsitzender angehörte, über die mißliche Situation, in die ich geraten war. Dieser rief daraufhin sofort den Vorsitzenden der Partei an. Beide wollten sich zum Kommandanten begeben, um den Sachverhalt zu klären. Doch die Verbindung klappte zu dieser Zeit noch nicht allzu gut. Der Verdacht, ich wolle die Sowjetmacht durch Sabotage eines wichtigen Transports schwächen, schwebte zunächst noch über mir. Doch mein Vater, KPD-Mitglied seit 1922, hatte über den Parteiweg erfahren, daß sich der mecklenburgische Landtagsabgeordnete und damalige Güstrower Landrat Bernhard Quandt gerade in der Kreisstadt Hagenow aufhielt. Er wurde dort angerufen und davon in Kenntnis gesetzt, daß der junge Genosse Harry Machals – ich war seit dem 14. Februar 1947 Parteimitglied – festgenommen worden sei und eine Intervention des Lübbtheener SED-Vorsitzenden wie des Vaters keinen Erfolg gehabt habe.

Gegen Abend traf der so um Hilfe Ersuchte dann in unserem Städtchen ein und begab sich sofort zur örtlichen Kommandantur.

Das Gespräch hatte Erfolg. Nach einer Stunde war ich entlassen.

Bernhardt Quandt war unterdessen längst wieder auf der Weiterfahrt. Ich konnte mich nicht einmal bei ihm bedanken. Trotz seiner hohen Belastung war ihm die Zeit nicht zu schade gewesen, das „heiße Problem“ zu lösen. Sein Erscheinen in Lübbtheen trug übrigens auch zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen der dortigen Parteiorganisation und den Genossen der sowjetischen Kommandantur bei.

Ein unbedeutender Vorgang, mag man meinen. Sicher. Dennoch zeigte die kleine Episode, wie aufmerksam und hilfsbereit sich „uns' Bernhard“ auch um scheinbar geringfügige Fragen kümmerte, obwohl er weitaus größere Sorgen hatte. Für mich ist es eine unvergeßliche Erinnerung an einen fabelhaften Kommunisten.

Heute bin ich 80 Jahre alt, doch das Geschehnis steht mir vor Augen, als ob es gestern gewesen wäre. Ich erinnerte mich daran, als Bernhard Quandt seine denkwürdige und äußerst emotionale Rede in der letzten Sitzung der DDR-Volkskammer hielt, deren Auflösung das würdlose Ende des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates bedeutete.

Harry Machals, Vorsitzender der RF-Regionalgruppe Rostock

Bernhard Quandt war später viele Jahre 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin und Mitglied des Staatsrates der DDR.

Rainer Rupp – als langjähriger Kundschafter der DDR „unser Mann“ im NATO-Hauptquartier – spricht auf zwei Veranstaltungen über das Thema

Die neue Strategie der NATO – erhöhte Kriegsgefahr?

Am **13. Oktober um 15 Uhr** ist er in **Stralsund**, Gartenrestaurant „Knieper Nord“, und

am **14. Oktober um 15 Uhr** in **Rostock**, Gaststätte „Nordlicht“, Lichtenhagen, Ratzeburger Straße,

bei den Regionalgruppen Nördliches Vorpommern bzw. Rostock zu Gast.

Leser, Freunde und Sympathisanten sind herzlich willkommen.

Stuhlgeld 2 Euro

Aristokratische Mobilität

Aldolf-Heinrich von Arnim aus dem Hause Gerswalde sei im 93. Jahr seines „Erdenwandels“ gestorben – „im Frieden mit seinem Gott“ –, annoncierte unlängst ein adliger Klan in der Templiner Lokalzeitung. Seine „Aussegnung und Beisetzung“ fand allerdings nicht im Osten, sondern auf dem Alten Friedhof von Bonn statt.

Möge der Baron dort seine Ruhe finden! Denn zu Lebzeiten war er rastlos. Das ließ der Landrat Klemens Schmidt

hierzu in einer Verlautbarung würdigend mitteilen.

„Herr von Arnim war in seiner charismatischen Art seit der Wiedervereinigung ein Streiter für die Mobilität in der Uckermark“, hob er – laut Ortszeitung – dessen „unermüdlichen Einsatz für den öffentlichen Personennahverkehr und insbesondere für die Bahn“ hervor. Das erfordere Dankbarkeit.

In der Tat: Ohne feudale Wessis wären wir ganz und gar aufgeschmissen. **R. F.**

Ein großer marxistischer Philosoph deutscher Sprache

Aus einer Laudatio von Hermann Klenner auf Hans Heinz Holz

„Ein Gegenangriff zur Zurückweisung der in jüngster Zeit verstärkt auf Hans Heinz Holz zielenden Attacken ist allemal wichtig. Solltet Ihr einen Teil meiner Laudatio auf dem Symposium aus Anlaß seines 80. Geburtstages drucken wollen, so seid Ihr hiermit dazu ausdrücklich autorisiert.“

(Aus einem Brief von Prof. Dr. Hermann Klenner an die Redaktion des RF)

Es ist für mich eine Ehre und für ihn, Hans Heinz Holz, gewiß eine Freude,

daß wir uns zu einem Widerspruchs-Symposium in einer Stadt zusammengefunden haben, in der vor mehr als dreihundert Jahren auf Initiative von Leibniz, dem Mitglied der Royal Society zu London, wie auch der Académie française zu Paris, unsere Societas Scientiarum zu Berlin gegründet und zu deren erstem Präsidenten dann eben dieses Universalgenie berufen wurde;

daß wir hier im Senatssaal einer vor knapp zweihundert Jahren eröffneten Universität tagen, deren geistiger Vater das Akademiemitglied Wilhelm von Humboldt war, dessen Namen ihr am 8. Februar 1949 vom Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verliehen wurde und der nach 1990 – eine merkwürdige Inkonsistenz – nicht in „Friedrich-Wilhelms-Universität“ rückverwandelt worden ist, wie sie doch seit 1828 hieß;

daß in diesem Universitätsgebäude der zum Nachfolger Fichtes als Philosophieprofessor berufene Hegel, von Heidelberg kommend, seit Oktober 1818 siebenundzwanzig Semester lang bis drei Tage vor seinem Tod lehrte, davon eine Wahlperiode lang als Rector magnificus, in einer Stadt, die er als einen „großen Mittelpunkt für sich“ ansah, auch wenn es Paris war, das er für die „Hauptstadt der zivilisierten Welt“ hielt (was gewiß auch etwas mit dem Sturm auf die Bastille zu tun hatte);

daß sich hier ein stud. jur. Carl Marx, aus Bonn kommend, an die ihm zunächst als „groteske Felsenmelodie“ so gar nicht behagende damalige Weltphilosophie kettete, gewiß nicht ohne Einfluß von Eduard Gans, dem seinerzeitigen Statthalter Hegels an der hiesigen Juristenfakultät und gemeinsam mit ihm Begründer der Berliner Alternativakademie, da der Jurist Savigny und der Theologe Schlei-

ermacher dem Philosophen Hegel die Mitgliedschaft in der offiziellen Akademie verwehrt hatten,

daß Marxens im Foyer des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität unüberlesbar anmontierte berühmt-berühmte Notizbucheintragung von den die Welt interpretierenden Philosophen (wo



es doch darauf ankomme, diese Welt zu verändern), zu einem seine Beute beeinträchtigenden, tagtäglichen – und dann auch noch denkmalgeschützten! – Ärgeris für so manchen Nachwendeprofessor geworden ist.

Für jeden in Permanenz produzierenden Gelehrten gilt, daß sich seine Biographie in der Bibliographie seiner eigenen Publikationen verkörpert. Im Falle von Hans Heinz Holz liegt diese, wenn auch erschreckend unvollständig, im Anhang der ihm von fünfunddreißig Kollegen, Freunden und Schülern gewidmeten und mit Ernst Blochs Rede zum Amtsantritt von Hans Heinz Holz an der Universität Marburg (1973) eingeleiteten Festschrift „Repraesentatio mundi“, Köln, 1997, S. 567–597 vor. Die Titel allein der von ihm verfaßten Monographien erläutern aufzuzählen, würde bereits den mir vorgegebenen zeitlichen Rahmen überdehnen. In seinem siebenten Lebensjahrzehnt, wenn andere sich schon längst auf dem verdienten Faulbett eines Emeritus räkeln, hat er sich nicht etwa mit nur einem großen Werk begnügt, nein, er hat große Werke publiziert, nämlich eine dreibändige Philosophische Theorie der bildenden Künste; ferner eine dreibändige Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit; und schließlich ist da der

Versuch einer eigenen Grundlegung der Dialektik: Weltentwurf und Reflexion, Stuttgart, 2005

In dem zuletzt genannten Werk brachte Holz die bisherige Denkarbeit seines ganzen Lebens in einer von ihm auch so genannten „Philosophie des Widerspruchs“ zur Vollendung, weshalb der Titel unseres Symposiums: „Die Lust am Widerspruch“ gar nicht besser hätte gewählt werden können. Freilich handelt es sich bei dieser Lust nicht etwa um eine linke Variante jener Spaßgesellschaft, zu der gewissenlose Sozialkosmetiker unsere realkapitalistische Gegenwart harmlos reden. Die von unserem Symposium gemeinte Lust bezieht sich auf die Zuversicht des von Hans Heinz Holz ungemein geschätzten b. b., der die Widersprüche in der Gesellschaft mit den Hoffnungen der Menschen in ihr gleichsetzte. ... Bei Holz heißt es: „Der Widerspruch setzt die Bewegung in Gang, die das Bestehende in sein Anderssein übergehen läßt – sei es nun der Widerspruch zwischen dem fließenden Wasser und dem ruhenden Stein oder der Widerspruch zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern im Klassenkampf.“

Auch wenn meine Laudatio eher die persönliche Hommage eines H. für einen H. sein wird und sich schon deshalb nicht auf die Aneinanderreihung wissenschaftlicher Erfolge des Jubilars kaprizieren kann, sollen doch wenigstens einige Stationen seines Berufsweges nachgezeichnet werden ... Nach dem Studium in Frankfurt a. M. und Mainz 1956 Promotion bei Bloch in Leipzig; bis 1970 Privatgelehrter und freier Publizist in Frankfurt a.M., München und Zürich; 1962 bis 1964 mit Helmut Ridder und Wolfgang Abendroth in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze; 1970 Ablehnung der Habilitation durch die Universität Bern im Ergebnis politischer Auseinandersetzungen; 1971 Berufung auf den Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Marburg; 1979 Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der Philosophie der Reichsuniversität in Groningen (Holland); 1997 Emeritierung; 1981 bis 1988 Präsident der Internationalen Gesellschaft für Dialektische Philosophie und seit 1992 deren Ehrenpräsident; 1997 Wahl in die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin; 2002 Ehrendoktor der Universität von Urbino.

Prof. Dr. Hermann Klenner

Sonderdruck aus der Abhandlung der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 22, trafo-Verlag Berlin, 2008

Ihr werdet Euch noch wundern

Was auf Amerikaner und Bundesdeutsche zukommt

Die als Titel dieses Artikels verwendete Liedzeile von Udo Jürgens dürfte Anfang 2009 Hunderttausende wieder einholen, wenn der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein Amt antritt. Noch ist offen, ob er Obama oder McCain heißen wird.

Welch ein Trubel herrschte um den Berlin-Auftritt des „Menschenfischers“ Obama, wie ihn die „SUPERillu“ nannte! Er hatte Amerikas Kriegsschauplätze kurz zuvor noch besichtigt, die Boys in Kuwait und Afghanistan besucht, da erwartete ihn die „Berliner Zeitung“ zum „Volksfest an der Siegestsäule“. Ob allerdings die von ihm angeforderten zusätzlichen Deutschen mit Volksfestlaune ins Land am Hindukusch ziehen werden, wie einst Deutschlands Kaiser Wilhelms Soldaten?

Leutnant Curt v. Salmuth, Angehöriger der 1. Kompanie des Königin-Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments in Charlottenburg, schrieb am 1. August 1914 in sein Kriegstagebuch: „Nachmittags 5 Uhr kam der Mobilmachungsbefehl. Der 2. August sollte der erste Mobilmachungstag sein. Abends große Feier im Kasino. Oberst v. Brauchitsch hielt eine wundervolle Rede. Große Begeisterung im Offizierskorps.“ Und am 6. August trug er ein: „Unendliche Begeisterung. Von Damen werden Liebesgaben in die Kaserne gebracht. Auf den Straßen stehen Tische mit Liebesgaben für vorüberziehende Soldaten. Die Eisenbahnwagen, die die Reservisten heranzubringen, sind ganz und gar mit grünen Zweigen geschmückt.“

Am 9. August folgte dann dieser Eintrag: „Ausmarsch des Regiments. Unter dem Jubel von Tausenden von Menschen zog das Regiment durch die Straßen von Berlin nach dem Lehrter Bahnhof. Alle, Soldaten und Offiziere, sind mit Eichenzweigen geschmückt. Jeder ruft ein herzliches ‚Auf Wiedersehen!‘. Die Kinder schütteln den vorbeimarschierenden Soldaten noch die Hand. Von allen Fenstern und Balkons ein Jubel, ein Winken. Der Unterschied zwischen Arm und Reich, Hoch und Niedrig verschwindet vollkommen. Alle sind wie eine große Familie.“

Eingefügt sei an dieser Stelle: Einhundert Jahre später, im Jahr 2014, werden wegen des zunehmenden Hungers in der Welt, wegen der imperialen Gier nach Rohstoffen vielleicht mehr kriegerische Auseinandersetzungen die Menschheit beunruhigen.

Szenenwechsel: Nach dem „Blitzsieg“ der deutschen Wehrmacht über Polen verkündete Hitler am 6. Oktober 1939 die Zahl der Toten und Verletzten dieser „Kampagne“: „Es sind nach der Angabe vom 30. 9. 1939, die wesentliche Veränderungen nicht mehr erfahren wird, in Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe einschließlich der Offiziere: gefallen 10 572, verwundet 30 322.“

Die Bundesregierung meldet vorerst mehr als 100 „Gefallene“ in Afghanistan, die Zahl der als Krüppel Heimgekehrten verschweigt sie.

Im Jahre 2006 wird in einer offiziellen Hochglanzbroschüre des Kabinetts gelobt: „Der deutsche Bundestag ist das Forum der Nation. Hier werden Wegmarken für die Zukunft des Landes festgelegt und hier entscheidet Deutschland über seine Rolle in Europa und in der Welt.“ Hat das „Forum der Nation“ je beachtet, daß 64 Prozent der per Internet befragten Bundesbürger dafür sind, daß sich die Bundeswehr möglichst schnell aus Afghanistan zurückzieht?

Doch der „Menschenfischer“ Obama ließ es in seiner Berliner Rede nicht an der Absicht mangeln, noch mehr amerikanische GIS und Hiwis aus anderen NATO-Ländern am Hindukusch zum Morden einzusetzen, zur Vergewaltigung eines souveränen Volkes, dem ein System „westlicher Zivilisation“ übergestülpt werden soll. Und auch Merkels Kriegsminister und CDU-Scharfmacher Jung will 1000 Deutsche mehr ins Opiumland schicken, während sein Parteifreund Dr. Karl Lammer die Nation noch im März 2008 beruhigte: „Da die Taliban für die ISAF eine sogenannte asymmetrische Bedrohung darstellen, kann die Lösung des Problems nicht darin liegen, immer mehr Truppen nach Afghanistan zu verlegen. Immer mehr Truppen würden nur bedeuten, daß den Terroristen immer mehr Angriffsfläche geboten wird.“ Nanu – ein Kriegsverweigerer?

Nein! Lammer leitete vom 23. bis 27. Mai 2008 als Vizepräsident des Bundestages die „Parlamentarische Versammlung der NATO“ im Reichstagsgebäude. Anwesend von deutscher Seite waren u. a. Staatsminister Volker Bouffier (CDU) mit seinen Sicherheitsbeamten Mark Friedrich, Christian Knab, Dominik Turski und seinem Fahrer Jürgen Kembügler; Minister Lorenz Caffier (CDU) mit seinen Bodyguards Gunnar Nehls, Ulf-Peter Oelsner, Mathias Rhode; Minister Holger Hövelmann (SPD) mit seinen Beschützern Uwe Riehn, Jens Host, Tom Werner und Fahrer Thomas Leibscher. Zu Gast im Plenarsaal war aber auch der Vertreter Georgiens Archil Osidze (!), während für Afghanistan die Herren Haji Raz Mohammad, Khalid A. Pashtoon, Noor Rahman Izedyar und die Dame Shakila Hashmi teilnahmen.

Die Pressemitteilung vorab lautete: „Die Parlamentarier beschäftigen sich während der fünftägigen Konferenz mit aktuellen Fragestellungen der NATO. Dazu gehören der Einsatz in Afghanistan und die Entwicklung der Sicherheitslage auf dem Balkan, die atlantische Perspektive der Raketenabwehr, die transatlantische Zusammenarbeit und die Debatte über das Zukunftskonzept der Allianz.“

Afghanistan verdient geostrategisch besondere imperiale Aufmerksamkeit. Es ist umgeben von Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, China und Pakistan – also Staaten, die zum Teil über noch ungenutzte Erdgas- und Erdölreserven verfügen.

Schon in der Strategie Hitlers lag die Zielstellung, von außen her das Begehrte in Besitz zu nehmen. Sei es durch Aggression, sei es durch willige Lakaien. Reichsleiter Alfred Rosenberg erklärte am 21. Juni 1941: „Die Aufgabe unserer Politik scheint deshalb in der Richtung zu liegen, die Freiheitsbestrebungen aller dieser Völker in einer klugen und zielsicheren Form wieder aufzugreifen und sie in ganz bestimmte staatliche Form zu bringen, d. h. aus dem Riesenterritorium der Sowjetunion Staatsgebilde organisch herauszuschneiden und gegen Moskau aufzubauen, um das Deutsche Reich für kommende Jahrhunderte von dem östlichen Albdruck zu befreien.“

In Georgien haben die USA und die NATO einen ihnen hörigen, aber schwer an der Kandare zu haltenden Lakaien installieren können. War es ein Zufall, daß genau am Eröffnungstag der Olympischen Spiele der verbrecherische Überfall auf Südossetien stattfand?

Merkels aus vollen Rohren schießende hetzerische Propagandamaschine richtete sich ausschließlich gegen Rußland, nicht gegen den Aggressor Georgien. Die Kanzlerin und deren Regierung befinden sich damit objektiv in der durch Rosenberg vorgezeichneten Spur. Nur sie? Im Grundsatzzprogramm des Koalitionspartners SPD ist nachzulesen: „Wo sie Regierungsverantwortung trug, diente sie dem Frieden. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht zu haben.“ Gilt das auch für andere Völker?

„Ihr werdet Euch noch wundern.“ Die Liedzeile von Udo Jürgens besitzt inzwischen einen tieferen Sinn.

Hans Horn

Am 13. August ist unser Genosse

Siegfried Joch

aus Plauen im Alter von 69 Jahren einem Krebsleiden erlegen.

Er war dem „RotFuchs“ treu verbunden. Der ehemalige Betriebszeitungsredakteur, der im RF über seine Tätigkeit in einer Artikelserie berichtete, stand fest zur Sache des Sozialismus.

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten und kondolieren seinen Angehörigen und den Genossen vom „Vogtlandboten“.

Der „Währungsschnitt“

Wie Deutschlands Verderber die Spaltung vollzogen

Lange vor Kriegsende beschließen die Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen: die britische, die französische, die amerikanische und die sowjetische. Als Klammer und Unterpand der Einheit des Landes soll vor allem eine einheitliche Währung dienen. Berlin – von der Roten Armee allein befreit – erhält den Viermächtestatus.

Im Juli 1945 verlassen die Amerikaner – wie zuvor zwischen den Alliierten vereinbart und in Übereinstimmung mit den Abmachungen von Jalta – Teile Mitteldeutschlands. Die Sowjetarmee besetzt Thüringen, das nunmehr zu ihrer Besatzungszone gehört. Auch in unser Dörfchen, in dessen westlichem Zipfel gelegen, ... „ziehen lautlos die Russen mit dem Pan-

jewägelchen, ohne Panzer, recht ärmlich aussehend, mit speckiger Feldbluse, ohne Bügelfalten-Eleganz der GIs ein. Sie wirken müde und abgekämpft.“ So steht es in meinem Tagebuch von damals. Ich lebe mitten unter ihnen, wohne direkt an der Demarkationslinie zur amerikanischen Zone. Alles ist zunächst problemlos.

Zwischen unseren Dörfern Großensee (SBZ) und Kleinensee (US-Zone) verläuft die Grenze. Die alte Linde dient als Markierung. Davor befindet sich auf östlicher Seite das farbige Schilderhäuschen der Rotarmisten, drei Meter dahinter die US-Kontrollstelle. Vorerst gibt es keine Behinderung. Die Grenzbewohner gehen wie gewohnt nach hüben und drüben zur Arbeit: auf dem Feld oder in der Fabrik bei BMW in Eisenach (SBZ) oder im Kaliwerk Heringen (US-Zone). Verbindungen bestehen wie vor dem Krieg. Besuche zu Tanzabenden oder Geburtstagen oder zum wechselseitigen Einkaufen werden von „Zone zu Zone“ wahrgenommen. Die einheitliche Währung ist das Bindeglied familiärer und geschäftlicher Beziehungen.

Wenige Monate nach Aufnahme des Schulbetriebs in Gerstungen (SBZ) entläßt man im Oktober die ersten Nazi-Studienräte. Sie ziehen nach Nordhessen um, 20 km weiter, und unterrichten dort an höheren Schulen u. a. in Hersfeld.

Schon einige Wochen nach Einrücken der Roten Armee wird der einbeinige Ortsdiener Edewödd beauftragt, mit der Klingel zu verkünden, daß am Sonnabend um acht im Saal Hannes ein Tanzabend stattfindet. Die Kommandantura lädt die Dorfjugend

ein! Wir Jungen haben gute Kontakte zum „Iwan“. Wir spielen gegen die Soldaten Fußball, um uns vor dem Ausmisten zu drücken. Die Mädchen, anfangs skeptisch und ängstlich, gewinnen allmählich Vertrauen zu ihnen. Es gibt so manches „Russen-Liebchen“. Der Rotarmist Nikolai, mit dem ich mich angefreundet habe, erhält von meiner Mutter öfter ein Butterbrot



1948 begann eine Entwicklung, die in den „Rechtsstaat“ BRD mündete: Polizeieinsatz beim G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

(Buttbröckchen) und einen Schoppen Milch. Er braucht Fürsorge. Ein Ärgernis für meinen Vater: Nikolai besteht darauf, ein „besorgtes“ Motorrad in unserer Scheune abzustellen (Brandgefahr!). Auch er macht sich Sorgen um die ständige Ballerei der GIs an der Grenze. Sie schießen auf alles, was sich bewegt. Texaner-Art.

So unauffällig die Rotarmisten in unser Dörfchen gekommen sind, so undramatisch vollzieht sich ihr Abzug. Nach einem Jahr wird die Kommandantura aufgelöst.

Unterdessen legt der US-Geheimdienst OSS (die spätere CIA) immer mehr Aktivitäten an den Tag. Sie nutzt den in beiden Richtungen unbehinderten Grenzverkehr. Wer den Männern geeignet erscheint, wird zum Verhör nach Rotenburg, Heringen oder Hersfeld gebracht. Wo stehen die Panzer der Roten Armee? Was für Geschütze hat sie? Welches Kaliber? Gibt es Widerstand, wie heißt der Anführer? Und: Wer sind die kommunistischen Funktionäre? Wie steht es mit dem Gottesdienst?

Wir lernen allmählich das Schwindeln, um schneller freizukommen. Auch ich werde dreimal verschleppt ... Nach über fünf Stunden bewegungslosen Stehenmüssens im engen Holzhäuschen an der Grenze fragt mich der Vernehmer zu dem wiederholten Male, wann ich endlich aussagen wolle. Als ich ablehne, droht er mir, mich mit dem Panzerspähwagen zur Brigade nach Heringen zu bringen. Unterwegs springe ich ab ...

Wenn ich zurückdenke, bleibt mir ein Datum unvergessen. Am 9. April 1946 wurde unsere erst 17jährige Nachbarin

Hilde von der US-Border-Patrouille vor dem hessisch-thüringischen Grenzstein niedergeschossen. Sie verblutete. Die Rambos verschwanden im Wald.

1947: Die Demarkationslinie ist noch immer offen. Jetzt sind Grenzer in schwarz-blauer Uniform (SBZ) dort stationiert. Das „Kommando“ residiert im Bürgermeisteramt. Die kleine Gruppe beschränkt sich auf

Ausweiskontrollen. Behinderungen gibt es nicht.

1948 herrscht reger Tauschhandel bei uns: Uhren aus Ruhla (SBZ) gehen gegen Därme aus dem Westen für die Hausschlachtung weg. In unserem Dorf findet ein Treffen mit Bewohnern der Ortschaften auf der anderen Seite statt.

Doch am 20. Juni 1948 kommt der Paukenschlag. Der Hessische Rundfunk meldet triumphierend: Währungsreform in

den drei Westzonen. Das ist der Bruch der Vereinbarung zwischen den Alliierten. Ein einheitliches Währungsgebiet existiert nicht mehr. Deutschland ist in zwei Teile gespalten. „Seit gestern sind wir Ausland, drüben gilt eine andere Währung“, schreibe ich in mein Tagebuch.

In der SBZ herrscht helle Empörung über jene, die das Land getrennt haben. Die Grenzbewohner im Osten trifft es besonders hart: abrupter Abbruch vieler Kontakte, kaum noch Einkaufsmöglichkeiten. Die Reichsmark ist nichts mehr wert. Für den Besuch von Tanzabenden und sportlichen Veranstaltungen auf der anderen Seite muß beim Einlaß nun Westmark gezahlt werden. Andererseits können Westzonenbürger bei uns alles für einen Spottpreis erwerben, während wir für eine einzige Pall-Mall-Zigarette 12 Reichsmark hinblättern müssen.

Die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) muß jetzt schleunigst handeln. Alle Zufahrtswege werden gesperrt, um zu verhindern, daß die wertlos gewordene Reichsmark aus dem Westen in den Osten gespült wird. Manche in unserem Dörfchen sind natürlich neidisch, daß man nur 500 m weiter so vieles kaufen kann. Doch allgemein wird die Spaltung abgelehnt, nicht so sehr aus ideologischen Gründen, sondern vor allem, weil die Menschen spüren, daß der Zerstörung der einheitlichen Währung unweigerlich andere einschneidende Maßnahmen folgen werden.

Prassen und darben

... die einen sind im Dunkeln, und die andern sind im Licht

Schalte ich das Fernsehen ein, komme sich mir vor, als sei ich in einem zweitklassigen Sandalenfilm „Der Untergang des Römischen Reiches“. So pervers präsentieren die neue Oberschicht und deren „politische Klasse“ ihren Reichtum. Und das in einem Land, in dem die Energie- und Grundnahrungspreise für die ärmeren Mitbürger, teilweise sogar für die sogenannte Mittelschicht, längst zu einem Problem geworden sind oder zu werden

drohen. Unverdrossen wird in sämtlichen privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehkanälen gegart, gesoffen und gebraten, was das Zeug hält. Kochsendungen haben Hochkonjunktur. Bei den leckeren Rezepturen läuft den Hungrigen das Wasser im Mund zusammen. Mac Donald hilf! Aber nur keine Neiddebatte! Moral und Disziplin sind in Gedanken an das tägliche Brot strikt einzuhalten.

Berlins Finanzsenator Thilo Sarazin hat die Lösung: Er präsentierte jüngst einen Speiseplan für verschwenderische Hartz-IV-Empfänger. Der SPD-Politiker Clementschen Zuschnitts behauptet, man könne sich mit den täglichen 3,73 Euro rundum gesund ernähren. Neuerdings wollen selbsternannte Gurus den am Rande des Existenzminimums Vegetierenden weismachen, ein Euro genüge sogar, da Kultur und Mobilität unnötig seien. Das „Prekariat“ brauche so etwas nicht. Es würde ja ohnehin nur prassen und saufen.

Die PDL-Politikerin Katja Kipping wandte sich gegen solche Zumutung. In einer Fernsehsendung forderte die sächsische Bundestagsabgeordnete, als Minimum für jedes Kind ein warmes Mittagessen einzuführen. Denn gegen latenten Hunger hilft nur Speisung, gegen Armut nur Geld. Das aber ist so ungleich verteilt wie nie zuvor. Wer den Reichtum ungeschmälert lassen will, wird die Armut nicht bekämpfen können. Man muß das Elend klar benennen: Armut im Alter, Armut von Kranken, von Frauen, von Hungerflüchtlingen aus der Dritten Welt.

Der kapitalistische Staat entzieht sich der Verantwortung. Die Merkelsche Bun-

desregierung demonstrierte mit ihrem Haushaltsentwurf für 2009, daß sie ihre Politik nicht zu ändern gedenkt. Ihr sozialer Abstiegskurs trifft die Arbeitenden, die Alleinerziehenden, die Familien und die Rentner.

Der SPD-Finanzminister im Dienste des Kapitals hat nur ein „ehrgeiziges“ Ziel: Er will 2011 ohne Netto-Kreditaufnahme auskommen, obwohl er selbst dann vermutlich gar nicht mehr im Amt sein dürfte.

Dieser Tunnelblick versperrt die Sicht auf die Verwerfungen in dieser Gesellschaft. Halten wir uns an Brecht: „... die einen sind im Dunkeln, und die anderen sind im Licht.“... Aber warum nehmen die Politiker der Großen Koalition eine so kompromißlose Haltung ein? Schon in den 60er Jahren sang der Kabarettist Wolfgang Neuss:

„Armer Staat bitet um eine milde Gabe, denn Kanonen und Patronen kosten Geld.“

Wer wie unsere Angela am Hindukusch im Interesse des deutschen Kapitals mitmischen will, muß enorme

Gelder dafür lockermachen. Das Volk hat gefälligst am Fressen zu sparen. Es lebe die Multiplikation schneller Eingreiftruppen! „Germans to the front – die Deutschen an die Front“! Das ist wieder eine gängige Parole, wenn man möglichst viele junge Männer freiwillig oder gezwungen in den Krieg wirft. Ein Nebeneffekt: Man kann die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger daheim noch mehr kaschieren. Vor allem kommt es auf Ruhe an: Im eigenen Land muß Friedhofsstille herrschen. Um das zu erreichen, wird die bürgerliche Demokratie abgeholt und die Faschisierungstrommel gerührt. Die flächendeckende Datensammelwut unseres geliebten Innenministers kennt keine Grenzen. Schließlich muß man für alle Fälle gewappnet sein. Heiligendamm läßt grüßen.

Die gesamte Linke muß sich herausgefordert fühlen. Die Opposition der PDL in den Parlamenten und die außerparlamentarische Opposition aller übrigen Kräfte auf der Straße dürfen nicht auseinanderklaffen. Sozialisten und Kommunisten,

auch andere Demokraten sind hier in der Pflicht. Denn wo wir Linken Lücken entstehen lassen, drängen andere rein. Die „Kameraden“ der rechten Szene versuchen sich mit gesponserten Geldern und Lebensmitteln als Helfer in der Not anzubieten. Freibiertrinkende Nazischlägertrupps versuchen, die Straße zu erobern. Die Köpfe werden mit Volksgemeinschaftsmüll, Ausländerhaß, Antikommunismus, PDL-Phobie und pseudokapitalistischen Parolen vernebelt. In einige Parlamente sind die Faschisten bereits eingedrungen. Dort propagieren sie wieder ihr „gesundes Volksempfinden“. Es ist politisch manipuliert- und abrufbar.

Erinnert sei an Rosa Luxemburg, von der die Alternative formuliert wurde: „Sozialismus oder Barbarei“. Sind wir nicht bereits mitten drin in der Barbarei?

Heinrich Ruynat, Hoyerswerda

Unser Autor war „Verdienter Eisenbahner der DDR“. Er ist in der PDL aktiv und zeichnet u. a. für den „RotFuchs“



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Am **18. Oktober um 10 Uhr** spricht

Dr. Klaus Blessing, Berlin, in der **Drogenmühle Heidenau**, Dresdner

Straße 26, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Dresden über das Thema

Der moderne Kapitalismus und die Notwendigkeit seiner Überwindung

Die **RF-Regionalgruppe Cottbus**

und Umgebung lädt zum **11. Oktober um 10 Uhr** in die Gaststätte

„Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, zu einer Veranstaltung mit

Oberst a. D. Klaus Eichner ein.

Der Autor des Buches „**Angriff und Abwehr**“ stellt diese wichtige Publikation vor.

Fromme Finanzen

Wie der Staat der Monopole seine Kirchen mästet

Die Regierenden in Deutschland singen bei jeder Gelegenheit ihr Lied von der Haushaltssanierung. Das hat nur zwei Strophen: „Sparen, sparen und nochmals sparen!“ und „Zockt das Volk ab!“ Dieses Motto beherrscht den ununterbrochenen Sozialabbau. Dort, wo man sparen könnte, z. B. bei Kriegseinsätzen, Rüstungsprogrammen, Steuergeschenken für die Reichen oder neuen Schnüffelinstrumentarien, verzichtet man darauf. Diese Kapitel sind politisch tabu. Und es gibt weitere, bisher überwiegend bedeckt gehaltene Seiten im Haushaltsbuch. Da zu gehören die

auf fragwürdige Rechtsgrundlagen gestützten immensen staatlichen Leistungen an die ohnehin nicht gerade mittellosen etablierten christlichen Kirchen.

Das Grundgesetz erklärt in diesem Zusammenhang fünf einschlägige Artikel der Weimarer Reichsverfassung von 1919 zu seinen Bestandteilen. Dazu zählt Artikel 138, der bestätigt, daß es „auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhende Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften“ gibt.

Experten der Würzburger Initiative „Ein Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“ berichten, daß solche Regelungen in erheblichem Maße bereits aus der Reformationszeit stammen, also fast 500 Jahre alt sind. Oder sie gelten seit der Säkularisation unter Napoleon vor reichlich 200 Jahren. 2004 kassierten die Kirchen für diese Titel bundesweit etwa 500 Millionen Euro.

Sie betreffen z. B. Verpflichtungen zur Erhaltung und Renovierung kirchlicher Bauten, Gehälter für Bischöfe, Erzbischöfe und andere hohe Kirchen„beamte“, jährliche Schadensersatzleistungen für den Kirchen einst auferlegten „Verzicht“ auf Grund und Boden, allerdings auf der Grundlage aktueller Getreidepreise, und manches mehr. Daneben gibt es gewohnheitsrechtliche Leistungen. In Bayern wird den Katholiken sogar der Weihrauch vom Staat geschenkt.

Der erwähnte Weimarer Artikel 138 schreibt aber auch vor, daß diese Staatszuwendungen „durch die Landesgesetzgebung abgelöst“ werden sollen und daß das Reich hierfür Grundsätze aufstelle. Doch weder der Reichstag noch die Reichsregierung oder irgendeine andere Reichsinstitution haben zu Reichszeiten derartige Grundsätze jemals in Kraft gesetzt. Damit gab

es auch keine Basis für entsprechende Normierungsschritte der Reichsländer. Auch in der Bundesrepublik wurde dieser Verfassungsauftrag nicht verwirklicht. Hier gibt es also Handlungsbedarf. Bemerkenswert ist, daß der gleichfalls weiter geltende Weimarer Verfassungsauftrag 137 besagt, daß es in Deutschland keine Staatskirche gibt.

Nach 1949 ist die Bundesrepublik zusätzliche Zahlungsverpflichtungen eingegangen. Die Kirchen haben sie gefordert und bekommen. Alles in allem flossen im Jahr 2000 für „rein innerkirchliche Zwecke“ fast 20

Milliarden Euro aus staatlichen Steuergeldern an die Kirchen.

Darunter fallen auch die berühmte Militär„seelsorge“ und die Ausbildung sämtlicher Theologen. Eine wahrhaft großzügige Staatskollekte!

Da ist doch wohl zu fragen, was eigentlich mit den

Kirchensteuern geschieht, also jenen Summen, welche der Staat für die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften von deren Mitgliedern und denen einzieht, die er zu Unrecht den Kirchengliedern gleichstellt. Das sind jährlich ca. 8,5 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon werden für die Entlohnung des nicht direkt vom Staat honorierten Kirchenpersonals verwendet. Beschäftigte von Caritas und Diakonischem Werk sind dabei allerdings noch nicht erfaßt. Weniger als 10 % des Aufkommens werden für öffentlich-soziale Zwecke ausgegeben.

Und wie werden die vom Klerus kontrollierten Sozialeinrichtungen über Wasser gehalten? Da gibt es so manche Überraschungen. Es existieren z. B. „kirchliche“ Krankenhäuser oder Altenheime, die allein vom Staat finanziell getragen werden, sowie „kirchliche“ Kindergärten und Schulen mit ca. 90 % öffentlicher Unterhaltung. Zugegeben, solche Leistungen müßte der Staat vielleicht auch für eigene Einrichtungen erbringen, wenn es die kirchlichen nicht gäbe. So aber wird nebenbei ein klerikales Wohltätigkeitsimage aufgebaut, das von der Wahrheit weit entfernt ist. Die Kirchen dienen dem Staat im Gegenzug damit, daß sie dessen reaktionäre Politik mittragen und umsetzen. Dazu gehörte auch die 40 Jahre lang anhaltende kirchliche Konservierung entsprechenden Denkens und Handelns in der DDR. So läuft das, seit man unter dem römischen Kaiser Konstantin im 4. Jahrhundert jene christliche Staatskirche

schuf, die einschließlich ihrer Nachfolger zum Systembestandteil aller Ausbeutergesellschaften wurde. Allerdings sollten die heutigen Machthaber beachten, daß sich das Volk mehr und mehr von den offiziellen Kirchen zurückzieht.

Eine Pflicht zur durchgehenden Rechenschaftslegung über die Verwendung der staatlichen Mittel ist den Kirchen nicht auferlegt worden. So bleibt weitgehend im dunkeln, daß damit auch Anlagevermögen geschaffen oder erweitert wird, welches über Zinsen, Dividenden, Mieten und Pachten weitere Einnahmen sichert. Der „Spiegel“ berichtete vor einigen Jahren unwidersprochen, daß die Summe dessen jährlich etwa noch einmal ein Drittel des Kirchensteueraufkommens ausmache.

Für die Steuerzahler hierzulande ergibt sich, daß jeder von ihnen, ob Kirchenmitglied oder nicht, über seine Abgaben an der Fremdfinanzierung der Kirchen in etwa doppelter Höhe dessen beteiligt ist, was Kirchenmitglieder an Kirchensteuern entrichten.

Es gäbe viele Möglichkeiten, diese Gelder sinnvoller zu verwenden. Folgende Rechnung soll noch einmal deren Größenordnung belegen: Würde der Staat seinen Verfassungsauftrag erfüllen und diese Zuwendungen reduzieren oder einstellen, könnte er z. B. den ca. 7 Millionen Arbeitslosen und „prekär“ Entlohnten monatlich ohne weiteres bis zu 300 Euro mehr auszahlen.

Für die Betroffenen wäre das sicher eine Linderung ihrer Not, wenn auch nicht mehr. Linke Kapitalismusverbesserer könnten das einfordern. Die Unterstützung durch viele Betroffene wäre ihnen sicher. Ein solches Verlangen aber bliebe allein deshalb illusionär, weil es nur einen Teil des Systems und der es stützenden Macht in Frage stellt. Marxisten kämpfen deshalb für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit den hier geschilderten Manipulationen der Boden entzogen wird.

Wolfgang Mäder



Am 11. Oktober um 9.30 Uhr spricht
Dr. Hans Reichelt, in der DDR Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, in der Stätte der Begegnung, **Strausberg**, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, über das Thema

Der Umgang mit Energie und Rohstoffen im Kapitalismus

Veranstalter ist die Regionalgruppe.

Rattenfänger unterwegs

Heimattreue Deutsche Jugend steht in der Tradition der HJ

Die HDJ (Heimattreue Deutsche Jugend) steht nicht nur vom Kürzel her in unmittelbarer Beziehung zur HJ (Hitlerjugend), sondern ist von Inhalt und Form ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eine exakte Kopie der Kinder- und Jugendorganisation des faschistischen Dritten Reiches. Nur die Uniformen unterscheiden sich: schwarze Kluft bzw. blaue Röcke für Mädchen. Braune Uniformen könnten als verfassungswidrig belangt werden.

Die HDJ ist eine Nachfolgeorganisation der Wiking-Jugend, die wegen ihrer eindeutigen Neonazi-Ausrichtung 1994 vom Bundesinnenminister verboten wurde. Untersagt wurden damals auch die Gründung von Nachfolgeorganisationen und das Tragen von entsprechenden Kleidungsstücken.

Gegenwärtig breitet sich die HDJ in mehreren Bundesländern aus und hat auch schon in Mecklenburg-Vorpommern Fuß gefaßt. Zunächst vermeidet sie, Aufsehen zu erregen, versucht ihre Veranstaltungen dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen. In unserer unmittelbaren Umgebung fanden 2008 der Tollensemarsch (40 km) und das HDJ-Ostertreffen in Tüchhude/Landkreis Demmin statt. Während in Neubrandenburg und Rostock die üblichen Naziaufmärsche organisiert werden, um die demokratische Öffentlichkeit zu provozieren, geht es bei den Aktivitäten der HDJ um die heimliche Vorbereitung der Nazi-Führungskader von morgen.

Dazu werden in Wochenendlehrgängen und Ferienschulungen regelmäßig Kinder und Jugendliche im Alter ab 10 Jahre zu Übungen militärischen Charakters zusammengefaßt. Sie sind uniformiert und in militärische Formationen nach dem Führerprinzip gegliedert. Der öffentlich-rechtliche Sender NDR 1 (Radio Mecklenburg-Vorpommern) verkündete in den Nachrichten am 9. August, daß die Polizei in Hohenprehn/Landkreis Güstrow ein rechtsextremistisches Jugendcamp auf einem Privatgelände aufgelöst hat. 39 Jungen und Mädchen im Alter von 8 bis 14 Jahren seien dort untergebracht gewesen und wären unter der Leitung von Erwachsenen mit Lebensweisen und Vorstellungen der Nazis vertraut gemacht worden. Entsprechend habe man den Tagesablauf gestaltet. Bei der Durchsuchung fand die Polizei NS-Kennzeichen und -Symbole. Aufmerksame Bürger hätten die Behörde auf dieses Nazi-camp hingewiesen.

Abhärtung, spartanisches Leben, Verherrlichung der Naziidole, Ritualien der Hitlerjugend wie Mut- und Messerprobe, Ausbildung an Waffen und intensives Training im Kampfsport werden bei der HDJ kultiviert. Neben der für junge Leute durchaus attraktiven Lager- und Zeltromantik vermitteln die Führer ihre rassistisch und faschistisch geprägte Ideologie. Die Ausbilder kommen vorwiegend aus der verbotenen Wiking-Jugend, sind zum großen Teil aktive NPD-Funktionäre, Landtagsabgeordnete dieser

Partei und gutbezahlte Mitarbeiter der NPD-Fraktion.

Man vermutet, daß gegenwärtig ca. 1000 Kinder und Jugendliche diese Ausbildung durchlaufen. Hier bildet die NPD ihre Führungskräfte von morgen aus.

Im Unterschied zu den martialisch aussehenden Schlägerkolonnen sucht man sein Klientel aus den Gymnasien und Hochschulen, z. B. aus den schlagenden Burschenschaften an der Universität Greifswald, zu rekrutieren.

Dem liegt auch die Erkenntnis zugrunde, daß das Interesse der Bevölkerung an der bürgerlichen Demokratie spürbar nachläßt, wie die Wahlbeteiligung ausweist. Andererseits ist die Mitgliedschaft antifaschistischer Parteien überaltert. Ihr Einfluß wird aus biologischen Gründen abnehmen.

Dann aber stehe die NPD mit militärisch ausgebildeten, rechtsradikal indoktrinieren, akademisch profilierten Führungskräften für einen Zugriff auf die Macht bereit, wird spekuliert.

Der Verfassungsschutz lehnt gegenwärtig eine Beobachtung dieser neuen Nazistrukturen mit der Begründung ab, sie seien noch nicht bundesweit verankert.

Ob der Staatsschutz in M-V davon Kenntnis nimmt, wissen wir nicht. In den Jahresberichten spielte die HDJ bisher keine Rolle. Um so notwendiger ist die Alarmierung der Öffentlichkeit, um zu erreichen, daß Eltern nicht ihre Kinder diesen Rattenfängern ausliefern.

Übrigens: Das Verbot, Nachfolgeorganisationen der Wiking-Jugend zu bilden, gilt nach wie vor für die gesamte Bundesrepublik. Jemand müßte das dem Innenminister mitteilen.

Am 23. August berichtete der „Nordkurier“: „Die Staatsanwaltschaft Rostock sieht nach Prüfung der polizeilichen Erkenntnisse zu einem Zeltlager der rechtsextremen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) keinen Anfangsverdacht für eine Straftat. ‚Wir haben keine Anzeichen dafür, daß öffentlich Nazi-Symbole verwendet wurden‘, sagte Oberstaatsanwalt Peter Lückemann gestern. Bei dem Camp, das Anfang August in Hohen Sprehn stattfand, habe es sich um eine interne Veranstaltung gehandelt. Diese werde vom Straftatbestand nicht erfaßt. Ein Ermittlungsverfahren sei nicht eingeleitet worden.“ Demnach dürfen Kinder auf privatem Gelände faschistisch erzogen werden und mit den Nazisymbolen umgehen.

Ratsherr Dr. Manfred Bewersdorf,
Neubrandenburg

Knabe interessiert?

„Nordkurier“ empfiehlt Gruselkabinett Nr. 2

Daß sich Hubertus Knabe in Berlin-Hohenschönhausen ein seiner Phantasie entsprechendes Gruselkabinett eingerichtet hat, ist allgemein bekannt. Jetzt wurde eine gleichwertige Installation in Westberlins Schöneberger Straße angeboten. Hierbei handelt es sich um ein Bunkerlabyrinth. Näheres kann der geschätzte Leser aus unserem Faksimile erfahren. Die Kriegsgeneration hat genug davon kennengelernt. Wovor sollen die Menschen Angst bekommen?

Ich habe irgendwann einmal eine Sequenz im BRD-Fernsehen aufgenommen, die die Realität des 2. Weltkriegs darstellte. Zu sehen waren Brutalität, Bestialität und Tod. Relativiert man heute so etwas und stuft es bald auch noch als Grusel für starke Nerven ein? In was für eine Verwilderung dringt diese Zeit eigentlich noch vor? Ist es für die Herrschenden toll, wenn Angst und Schrecken so alltäglich sind wie der Gang in den Luftschutzbunker? Soll man das alles jetzt schon lernen, um später im Krieg abgehärtet zu sein?

Wer sich gruseln möchte, kann das ja irgendwo in der Nähe von Zehdenick (Havel) haben. Dort soll noch ein Pilzbunker aus Nazizeiten irgendwo im Wald vollständig erhalten sein. Auch ein Besuch in „Carinhall“ wäre anzuraten. Man könnte den dortigen Pilzbunker frei-

legen und dann in den Grusel des Faschisten Göring abtauchen. Nur gut, daß der Weg zu diesem „Objekt“ schwer zu finden ist. Sonst könnte es sein, daß Knabe diese „Gedenkstätte“ als Dependence von Hohenschönhausen einrichtet und für nur 10 Euro Eintritt im Verbindungsgang zum Hauptgebäude vollwertigen Horror startet. Für die Erzeugung von Haß ist diesem professionellen Hetzer ja alles zuzutrauen.

Burkhard Kammhoff, Templin

IM LUFTSCHUTZBUNKER

Ein Spaziergang des Schreckens mit Action, unheimlich lebendige Szenen, erschreckende Gestalten, einem unheimlichen Friedhof, gruseliges Bunkerlabyrinth, duster, miefig, seltsame Geräusche.

18. Mai, Schönebergerstr. 23a, 10963 Berlin, 10 Uhr

Eintritt: 8,90, erm. 6,70 Euro

Karten&Info: 030 2655546

www.gruselkabinett-berlin.de

Aus: „Nordkurier“

Nachhilfestunden aus Schloß Bellevue

Von einem, der über die DDR ganz genau Bescheid weiß

Marianne Birthler, wohl die kompetenteste deutsche Bildungspolitiklerin, hat schon mehrfach beklagt, daß das Geschichtsbild von Jugendlichen über die DDR zu „verklärt“ sei. Sie warnte vor der Wiederkehr teuflischer sozialistischer Ideen, die in der DDR ihre Wurzeln hätten. Ein wahrer Christenmensch kennt die Gefahren der Hölle, auch wenn sie DDR hieß.

Tatsachen und Befragungen scheinen den Birthlers Recht zu geben.

Bei der Wahl in Sachsen am 8. Juni 2008 nahmen etwa 60 % gar nicht mehr teil. In einer mdr-Sendung wurde als Ergebnis einer Umfrage mitgeteilt, daß ca. 80 % der Ostdeutschen mehr angenehme als unangenehme Erinnerungen an die DDR haben. Über Ursachen und Folgen wäre nachzudenken.

Es ist eine Tatsache: Nach fast zwanzig Jahren unaufhörlicher Denunziation der DDR-Geschichte – auch durch Filme, in denen berühmte Schauspieler und hübsche Diven ihren Part bei der Verteufelung

der DDR hatten – bleibt der Erfolg trotz immensen Aufwandes durchaus mager. Da ist guter Rat teuer, aber doch in Sicht. Wozu haben wir schließlich einen Bundespräsidenten?

Horst Köhler, der die Bürger so oft zur Zivilcourage ermunterte, zieht nun die Ritterrüstung an, um den langen Schatten der DDR zu erlegen.

Am 11. Juni lud er unter großem Medienspektakel Schüler in sein Schloß ein, um ihnen eine Lektion in DDR-Geschichte zu verabreichen. Greifen wir vier seiner Thesen, die auch durch die Presse gingen, heraus:

- Der real existierende Sozialismus sei in der DDR heruntergekommen.
- Die DDR sei wirtschaftlich am Ende gewesen.
- Die DDR habe nur noch „von der Substanz gelebt“. Die Schulden seien aus eigener Kraft nicht mehr zu tilgen gewesen.
- Das Regime habe sich „gezwungen gesehen, die bröckelnde Fassade der sozialen Wohltaten und der scheinbaren Vollbeschäftigung niederzureißen“.

Zunächst: Nichts von dem, was Herr Köhler sagte, ist irgendwie originell. Auch

die Schüler müßten diese Floskeln längst gekannt haben. Weshalb spielte der Bundespräsident, der so Eulen nach Athen trug, Nachhilfelehrer ausgerechnet in DDR-Geschichte? Daß er sich auf Klitterungen versteht, ist unübersehbar, seine Absicht leicht zu durchschauen.

1. Wer die realen Bedingungen berücksichtigt, unter denen sich die DDR entwick-

elte – Reparationen für ganz Deutschland (Biedenkopf bezifferte sie 1990 auf 800 Mrd. DM), Folgen der offenen Grenze, NATO-Embargo, nichtäquivalenter Handel usw. –, würde zunächst einmal deren Leistungen würdigen. Politiker wie Strauß, Brandt, Herzog und andere haben das partiell getan. Die BRD war vor 1990 an der Plünderung der DDR ausschlaggebend beteiligt.

2. Auf die Behauptung, der sozialistische deutsche Staat sei bankrott gewesen, hat Egon Krenz in der „jungen Welt“ vom 12. Juni unmißverständlich geantwortet: „Die DDR war zu keinem Zeitpunkt bankrott.“ Der Bankrott wurde

erst während der Phase der „Wiedervereinigung“ vom Westen systematisch organisiert, wobei die Treuhand eine kriminelle Rolle spielte.

Als all das im Gange war, versah Horst Köhler in Waigels Finanzministerium die Aufgaben des Staatssekretärs. Ihm unterstand die Treuhand. Er trägt also die Hauptverantwortung dafür, daß alles Wertvolle in der DDR verramscht und verschertelt wurde. Westdeutsche Monopole und Banken fielen wie Aasgeier über sie her und schlachteten sie aus. Millionen frühere DDR-Bürger sind Zeitzeugen. Sie bedürfen nicht der Belehrung durch den heutigen Bundespräsidenten.

3. Die Auslandsschulden der DDR betragen 1989 rund 19,9 Millionen Valutamark. Im Vergleich zu den Verbindlichkeiten der BRD ist das eine lächerliche Summe, zumal dann, wenn man die Guthaben und von der DDR ausgereichten Kredite in Betracht zieht und gegenrechnet. Die Schuldensumme pro Kopf belief sich 1989 etwa 15 000 DM pro Bundesbürger, 7005 DM pro DDR-Bürger. Über das Maß der Verschuldung hätte der Finanzexperte Köhler besser informiert sein müssen.

Weiß er wenigstens um die heutige Schuldenlast seiner „Landeskinder“?

4. Herr Köhler vermutet, die „Fassade der sozialen Wohltaten“ hätte in der DDR bald zerbröckeln müssen. Ging es dabei um eine „Fassade“ oder um die Grundsubstanz der DDR-Politik? Die Frage mag dem Meinungsstreit überlassen bleiben. Aber auch darüber müßte man streiten können: Vor unseren Augen zerbröckelt die Fassade der „sozialen Marktwirtschaft“. Dazu schweigt der erste Mann im Staate.

Horst Köhler ist Präsident der Bundesrepublik Deutschland, die sich die DDR einverleibt hat und deren frühere Bürger als Menschen zweiter Klasse behandelt. Gehört es zu seinen Aufgaben, den Ostdeutschen auch noch nachträglich einreden zu wollen, was diese erlebt haben sollen?

Prof. Dr. Horst Schneider



Grafik: Karlheinz Effenberger

Am 7. Oktober um 18 Uhr spricht
Doz. Dr. sc. Dieter Götze im
Liebknechtthaus, Braustraße 15, auf
einer Veranstaltung der RF-Regional-
gruppe **Leipzig** über das Thema

**Soziale Probleme der Stadt-
entwicklung in Leipzig**



Zitat des Monats zum
Peter-Hacks-Jahr 2008:

**„Wessen sollten wir
uns rühmen, wenn
nicht der DDR!“**

(Peter Hacks in einem Brief an
den „RotFuchs“, zu dessen
ersten Lesern, Förderern und
Autoren der Dichter gehörte.)

Wortmeldung eines Linkspartei-Wählers aus Oberfranken

Der Artikel „Zweite SPD nicht vonnöten“, der aus Mecklenburg-Vorpommern kam und von Carsten Hanke geschrieben wurde, hat mich vor allem wegen des Blicks auf die inhaltlichen Probleme sehr interessiert. Dem Autor zufolge sollte es darum gehen, „jenes Lager zu stärken, welches sich für einen gesellschaftlichen Wandel einzusetzen bereit ist“. Zu diesem Thema könnte man so manches sagen.

Ich selbst bin unmittelbar nach dem Sonderparteitag der SED/PDS, der im Dezember 1989 in der Berliner Dynamohalle stattfand, vor allem deshalb aus der Partei ausgetreten, weil ich mir nicht vorstellen konnte, daß bei den verschiedenen Plattformen, die bereits entstanden waren, eine sozialistische Orientierung herauskommen würde. Man werde nun den Dritten Weg beschreiten, der immer zum Kapitalismus führt, dachte ich.

Der Schauspieler Eberhard Esche, ein überzeugter Sozialist, schrieb in seinem Buch „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“ (Eulenspiegel-Verlag) u. a.: „Denn eigentlich, so sagte das Volk im nachhinein, hatte man alles, was einem gehörte, behalten und nur das bisschen neues Geld dazubekommen wollen ... Wir möchten die DDR behalten, aber als bessere DDR. Und besser hieß: mit Westgeld. Das war der sogenannte Dritte Weg. Ein Weg mit Westgeld ist aber ein Westweg.“

Daß die PDS überlebte, hatte eigentlich vor allem etwas mit dem Abwehrreflex zu tun, den die ungeheure Hetze gegen sie durch alle gleichgeschalteten Medien auslöste. Vor allem die Ostberliner (ich war 30 Jahre einer von ihnen und bin heute in Oberfranken ansässig) sagten sich: Das sind unsere. Deshalb zog die PDS auch über drei Direktmandate sofort als Gruppe in den Bundestag ein.

Durch die Agenda 2010 sowie Hartz I bis IV wurden vor allem westdeutsche Gewerkschafter und enttäuschte Sozialdemokraten rebellisch, was dann zum Entstehen der WASG führte. Es war massiver Protest gegen den von der SPD und den Grünen zu verantwortenden sozialen Kahlschlag. Auch in Ostdeutschland entstanden WASG-Strukturen.



Im Westen waren die WASG-Leute im Prinzip nur darauf bedacht, die mit der „alten SPD“ verbundenen sozialen Errungenschaften wiederherzustellen. Gesellschaftliche Veränderungen strebten sie nicht an. Sie wollten gewissermaßen „Kapitalismus light“. Ein Beispiel steht mir dabei vor Augen. Als im vergangenen Jahr in Hessen ein Spitzenkandidat der Linkspartei bestimmt wurde, der früher mal der DKP angehört hatte und sich nicht gegen „Mauer“, DDR und „Stasi“ aussprach, wurde er sofort frontal angegriffen und zum Verzicht gezwungen. Wir haben es hier mit sogenannten linken Sozialdemokraten zu tun, die keineswegs das System ändern wollen und können.

Dennoch muß man aus meiner Sicht „Die Linke“ wählen. Trotz deren inhaltlicher Probleme und anhaltender Zerrissenheit. Schon allein deshalb, um SPD, CDU, FDP und längst übergelaufene Grüne zu schwächen. Ich erhoffe mir dadurch, daß etwas gegen Hartz IV, die Rente mit 67 und die Auslandsmilitäreinsätze unternommen werden kann und ein gesetzlicher Mindestlohn von etwa 12 Euro zustande kommt. Das wären zunächst einmal die wichtigsten konkreten Ziele.

Meine Erfahrungen besagen, daß es derzeit in Deutschland keine Mehrheit für tiefgehende gesellschaftliche Wandlungen im Sinne einer Systemüberwindung gibt. Hier bei uns höre ich immer nur: „Da müssen wir durch.“ Oder: Das muß man hinnehmen.“ So reden Leute, die jahrzehntelang sozial korrumpiert und ruhiggestellt worden sind. Ich denke dabei an großzügige Förderungen beim Hausbau, zusätzliche Rentenversorgung und Dinge ähnlicher Art, die eine Rolle spielten. Ein Autor im „Freitag“ schrieb: „Die Alt-BRD wurde als Konsummonster aufgebaut.“ Das haben das Großkapital und dessen Handlanger in der Politik nun nicht mehr nötig.

Ich bin überzeugter Sozialist, vielleicht auch Kommunist, wählte immer PDS, jetzt stimme ich für „Die Linke“, weil ich der Meinung bin, daß Wahlenthaltung falsch ist. So feierte im mdr unlängst die CDU ihren Sieg im Kampf um den Oberbürgermeisterposten meiner Geburtsstadt Dresden. Sie gewann auch in allen Landkreisen. Ganz am Ende wurde mitgeteilt, die Abstimmungsbeteiligung in der Landeshauptstadt habe übrigens bei 34 % und in den Kreisen bei 25 % gelegen. Die CDU errang die Krone, obwohl sie nur die Unterstützung eines Bruchteils aller Stimmberechtigten erhalten hatte.

Meine Überlegungen erheben weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf theoretischen Tiefgang. Mir ging es gewissermaßen um das Pragmatische. Weiterhin viel Erfolg. Ich freue mich auf jedes Heft. **Werner Vanselow, Ebensfeld**

„Beleidigende Unterstellung“

Seel und Müller fordern Entschuldigung von Lange

Kommunistenvorwurf: CSU-Fraktionschef will nicht auf Brief reagieren

Nördlingen/Donauwörth | RN | Als „Kommunisten“ hatte CSU-Kreistagsfraktionschef Ulrich Lange in der ersten Sitzung des neuen Kreistages am 8. Mai die beiden Kreisräte der Linken apostrophiert. Jetzt haben Manfred Seel (auch in seiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender) und Erika Müller in einem Schreiben an Lange diesen ultimativ aufgefodert, sich dafür bis spätestens 4. August „schriftlich und öffentlich, unzweideutig und mit dem Ausdruck des Bedauerns zu entschuldigen“. Sollte das nicht geschehen, kündigen die beiden Kreisräte der Linken „rechtliche Maßnahmen“ an.

Ehrabschneidend und üble Nachrede

Keineswegs als Teil der politischen Auseinandersetzung sehen es Manfred Seel und Erika Müller an, wenn sie als Kommunisten tituliert werden. „In unseren Breitengraden“, heißt es in dem Brief an Lange, „gilt die Beitelung als Kommunist als ehrabschneidend, politisch beleidigend aber auch als üble Nachrede, da dieses Wort mit undemokratischem Verhalten und undemokratischer Einstellung verbunden wird.“

Einleitend hatten Seel und Müller argumentiert und mit Beispielen untermauert, dass das Problem des Kommunismus in ihrer Partei „nicht größer, sondern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit geringer ist, als in anderen sich demokratisch gerierenden Parteien“.

„Sammelstelle“ zur Deportation

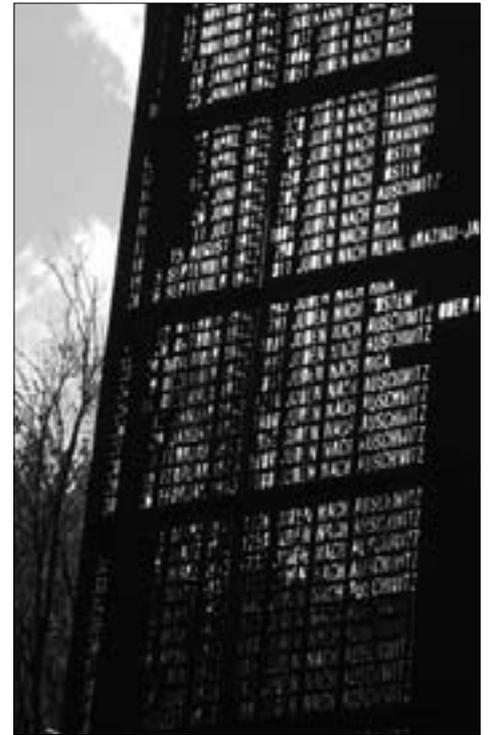
Eingebrannte Erinnerung an den antisemitischen Nazi-Terror

Nach dem eindrucksvollen RF-Artikel über den „Zug der Erinnerung“ ein paar ergänzende Worte zum im Westberliner Stadtteil Moabit gelegenen Mahnmal Levetzowstraße.

Für einen 1985 ausgeschriebenen Wettbewerb entwarfen der Bildhauer Peter Herlich und die Architekten Theseus Bapert und Jürgen Wenzel das Konzept der Gedenkstätte. Sie wurde am 14. November 1988 eingeweiht. Seit 1960 befindet sich hier eine Tafel zum Gedenken an die Synagoge, die seit 1941 als Sammelstelle für Deportationen in die Vernichtungslager dienen mußte. Sie war eine der größten Berliner Synagogen und wurde im Krieg beschädigt. Der Abriß erfolgte 1955.

Das Monument besteht aus mehreren Teilen. Schräg in den Himmel ragt eine Eisenwand mit den Daten der von Berlin ausgehenden „Osttransporte“. Auf einer Betonplatte davor finden sich gußeiserne Reliefs aller 36 Berliner Vereins- und Gemeindegemeinschaften als Symbol ausgelöschter deutsch-jüdischer Kultur. Sie bilden den Hintergrund für das eigentliche Mahnmal am Rand der Straße: eine

Gruppe von Gefangenen auf einer Rampe und in einem Eisenbahnwaggon. Die den Abschluß bildende Eisenwand-Schrifttafel hat die Höhe der einstigen Synagoge. Auf ihr sind die 63 „Osttransporte“ mit über 35 000 Juden, die ab Oktober 1941 von den Bahnhöfen Putlitzstraße, Lehrter Bahnhof und Grunewald aus in Richtung Lodz, Riga, Lublin, Minsk und Kowno und von dort in die Konzentrations- und Vernichtungslager rollten, aufgelistet. Auf einer Bodenplatte finden sich Abbilder und Informationen zu Berliner Synagogen. R. F.



Absteiger als „Aufstocker“

„Merkels Arbeitsmarktpolitik“ – Strategie bundesdeutscher Konzerne

Ein neuer Begriff macht die Runde: „Aufstocker“. Klingt irgendwie nach gut, besser, mehr. „Du wirst aufgestockt, steigst eine Stufe höher.“

Aber was ist gemeint? Du arbeitest, entweder Vollzeit oder bist teilbeschäftigt. Dafür erhältst Du einen Lohn. Aber dieser Lohn ist so gering, daß er nicht zum Leben reicht; im Sinne des Wortes kann man davon nicht mehr leben. Weder „würdig“ noch sonst überhaupt. Und so wird der Lohn, der vom Wesen her ein Nichtlohn ist, eben aufgestockt, bis zur Höhe von Hartz IV. Es gibt also Löhne für Arbeit, die noch niedriger sind als der Satz von Hartz IV, den Menschen beziehen, die gar nicht mehr arbeiten dürfen und gerade mal so am Leben gehalten werden.

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat erstmals berechnet, daß allein für Vollzeitbeschäftigte die Unterstützung per Hartz-IV-Leistungen bereits mit zwei Milliarden Euro zu Buche schlägt. Rechne man noch die Aufstock-Leistungen hinzu, die darüber hinaus auch an Teilzeitbeschäftigte gezahlt werden, dann müsse der Staat rund 4,4 Milliarden Euro pro Jahr zahlen.“ So zu lesen in der „Berliner Zeitung“ vom 29. Juli.

„Zwar gab es im Zeitraum von 2005 bis Ende 2007 ein Fünftel weniger arbeitslose Hartz-IV-Empfänger, jedoch stieg gleichzeitig die Zahl derjenigen, die trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen waren.“ Arbeitende müssen inzwischen dazugerechnet werden. Und zwar – nach diesem DGB-Bericht – bei „Aufstockern“ (man wagt kaum, diesen Begriff noch in den Mund zu nehmen) mit Minijob um 28,3 %, bei Aufstockern mit 400 bis 800 Euro um 55,8 % und bei Aufstockern mit mehr als 800 Euro um 39,7 %.

Wir sind nun also aufgeklärt, daß Hartz IV nicht nur die Einführung eines Mindeinkommens für Arbeitslose war, ein „Mindestlohn für Arbeitslose“, sondern die Voraussetzung dafür, daß die Kapitalisten dazu übergehen konnten, Löhne unterhalb solcher Löhne zu zahlen, die noch diesem Begriff entsprechen. Es ist ein ganzer Unternehmensbereich entstanden, der sich der neuen, einmaligen Praxis in der Geschichte des deutschen Kapitalismus bedient. Man zahlt formell irgendein Entgelt, und der Staat muß dann daraus einen Lohn machen – Mindestlohn, wie wir sehen. Das geht also, und geht immer mehr und immer besser.

„Aus Sicht des DGB“, schreibt die „Berliner Zeitung“, „trägt die Hartz-IV-Regelung zu einer Ausweitung des Niedriglohnssektors bei.“

Niedriglohn-Sektor ist gut. Symbolischer Lohn-Sektor, ein solcher Sektor nur noch dem Schein nach, wären vielleicht bessere Bezeichnungen; das führt eine Praxis ein, bei der die Lohnzahlung (jetzt erst einmal die Niedriglohn-Zahlung) zur Sache des Staates wird.

Wo aber nimmt dieser einen solchen Ersatz-Lohn her? Schöne Frage. Da gibt es ja noch eine Besteuerung der Löhne, die Lohnsteuer. Also keine Frage mehr.

Was treibt die Bundesrepublik Deutschland eigentlich dazu, einer solchen Anti-lohn-Strategie der Unternehmen freien Lauf zu lassen? Um vermehren zu können, man betreibe erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik, senke die Arbeitslosenquote, erfülle Wahlkampfversprechen?

Es sind „erst“ 4,4 Milliarden Euro, aber ich würde bereits von einer zweiten – geheimen – Besteuerung der Einkommen sprechen. Löhne zahlen „Löhne“. Der Staat vermittelt.

Neues „Edikt von Potsdam“?

Über Leute, die sich als Toleranz-Apostel in die Brust werfen

Der fast schon vergessene Manfred Stolpe hat seinerzeit das Wort „Toleranz“ bis zum Überdruß dekliniert, also gebeugt! In dessen Fußstapfen ist jetzt Prof. Dr. Heinz Kleger mit seinem Heftchen „Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft“ getreten. Er will an das „Edikt von Potsdam“ aus dem Jahre 1686 anknüpfen. Der Autor ist davon beseelt, daß unsere wunde Welt an einem „Neuen Toleranzedikt“ genesen könne. Doch dem ist leider nicht so. Schlimmer: Es ist abwegig, derart ahnungslos den Begriff „Toleranz“ in die Welt zu setzen.

Denken wir nur an das Wiedererstarren faschistischer Organisationen mit ihrem „Rudolf-Heß-Tag“, ihrem vergifteten Schrifttum, ihrer aufheizenden Musik, ihren aggressiven Internet-Seiten, ihren knallharten „Kameradschaften“, ihren dubiosen Grundstückserwerbungen, ihren immer wieder polizeilich und gerichtlich genehmigten Aufmärschen, ihrem Einzug in diverse Stadt- und Ländeparlamente. Das ist die direkte Folge unerträglicher Toleranz.

Bei Prof. Kleger liest sich das so: „Das ‚tolerante Brandenburg‘ bündelt durchaus wirksam die Handlungschancen, die in der Entwicklungsstrategie von Toleranz liegen. Es verbindet staatliche und nichtstaatliche Möglichkeiten, Rechtsstaat und Bürgergesellschaft, Repression und Prävention bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus.“

An den Worten „durchaus wirksam“ dürfte zu zweifeln sein: Mit welchen Maßnahmen stehen das „tolerante Brandenburg“ und dessen „staatliche Möglichkeiten“ für ein umfassendes Verbot der NPD parat? Dem „toleranten“ Autor schweben solche Lösungen offenbar nicht vor.

Gleich auf den ersten Seiten wird dem Leser eröffnet: „Es geht nicht um Vorschriften, sondern um ein neues Selbstverständnis“, um ein „neues Toleranzedikt“. Es genügt, ein beliebiges Fremdwörterbuch aufzuschlagen, um zu erfahren, daß „Edikt“ ein amtlicher Erlaß, ergo eine Vorschrift ist. „Durch ein Edikt erhält die Absicht des Monarchen Gesetzeskraft, gibt sie allen Betroffenen die nötige Sicherheit, zeigt den Nichtbetroffenen die Grenzen des Zumutbaren auf.“ Genau das finden wir – bei etwas näherem Hinsehen – im historischen Edikt von Potsdam. Dieses wurde seinerzeit zunächst in 2000 Exemplaren an die Gesandten in Paris übermittelt und an den Fluchtwegen in Hamburg, Regensburg, Den Haag und Frankfurt am Main verteilt. (Wo kämen wir da hin!)

... An den heutigen „Fluchtwegen“ erwarten die ungeliebten Eindringlinge Nachsichtgeräte. Es ist kaum vorstellbar, daß Prof. Kleger das nicht weiß.

Es fällt auf, daß im Edikt von Potsdam Begriffe wie „Toleranz“, „tolerant“, „Toleranzedikt“ überhaupt nicht vorkommen. Im EDICT des Churfürsten Friedrich Wilhelm wird von „Glaubens-Genossen“ gesprochen, „welche sich in Unseren Landen niederzulassen revolvieren werden – desto mehrere Bequemlichkeit haben mögen, ... auch einen bequemen Ort anweisen lassen – woselbst das exercitium Religiones in Französischer Sprache gehalten werden soll; ... auch keineswegs zugeben sollen – daß ihnen das geringste Übel/Unrecht oder Verdruß zugefügt, sondern vielmehr im Gegentheile alle Hülfe/Freundschaft/Liebes und Gutes erweisen“. Seiner Durchlaucht erschien die Angelegenheit gewichtig genug, im EDICT viele konkrete Vorschriften festzuhalten, das Thema nicht dem „Selbstverständnis“ zu überlassen. Die moderne Deutung ist willkürlich, geht an seinem Wesen bedenkenlos vorbei. In Klegers Streitschrift hingegen erscheint das Wort „Toleranz“ auf 20 Seiten über hundert Mal.

Ein Sozialwissenschaftler sollte den vom Großen Kurfürsten und später von Friedrich II. abgesteckten Rahmen nicht übersehen. Die Majestäten schufen für die Ankömmlinge handfeste materielle Anreize („Privilegia“) z. B. „Befreiung von den Diensten“ – einer feudalen Selbstverständlichkeit. Mehr noch: Der Große Kurfürst ließ in der Vorstadt völlig neue Viertel errichten – man denke an die Weber-Siedlung Nova Ves (Neues Dorf) für die Weber aus Böhmen oder an das Holländische Viertel direkt in Potsdam. Den Schweizern wurde in Nattwerder Raum für eine Ansiedlung gegeben.

Der Kurfürst war eben noch ein echter Staatsmann – eine Spezies, die heute vom Aussterben bedroht ist. Ihm schwebte vor, die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges um jeden Preis zu überwinden. Das Zauberwort hieß „Peuplieren“ also Bevölkern, Besiedeln, das Land wiederbestellen, Vieh auf die Weiden bringen, Steuern einnehmen, Rekruten für die „Blauen“ einziehen. All das hatte mit Toleranz nichts zu tun, sondern war nicht kleinkariert, dafür aber konkret und perspektivisch gedacht.

Wir sollten die Augen vor den heutigen Tageszeitungen nicht verschließen: Kein Flugticket ist zu teuer, um „Ankömmlinge“, die keine Glaubensgenossen sind, wieder loszuwerden. Toleranz aber beginnt erst dort, wo Nicht-Glaubensbrüder, also Andersgläubige an den Grenzen stehen.

Die neue Art der „Toleranz“ („Duldung“) klingt nicht ganz so betörend, kommt aber der bundesdeutschen Realität näher. Sie ermächtigt hiesige Behörden, befristete Aufenthaltsgenehmigungen und befristete Arbeitslaubnisse zu erteilen, unter Umständen Zuzug zu gewähren oder

abzuschieben. Hier finden wir in der Tat ein Ebenbild „deutscher Toleranz“ tagtäglich wieder.

„Was ist an Friedrich dem Großen, der Preußen als europäische Großmacht formte, groß zu nennen, so daß es bleiben sollte?“, fragt Kleger. Welche Verniedlichung! Das „Formen der Großmacht“ geschah ganz ohne Toleranz, mit Vorderladern und Kartätschen. Friedrich rief seinen Soldaten zu: „Hunde, wollt ihr ewig leben?“ Toleranz und Aufklärung zerrannen auf Exerzierplätzen und beim Sterben für Seine Majestät. Wie sieht es heute in Potsdam aus?

Unser Sozialwissenschaftler beklagt „sinkende Geburtenzahlen, Abwanderung und Fachkräftemangel“. Wenn die Stadt zu wenig Bürger habe, müsse sie wie einst „die Zuwanderung organisieren“. Die Welt als Steinbruch für das Abendland! Kleger bejammert den geringen Ausländeranteil an der Potsdamer Bevölkerung (4,6 % im Jahr 2005). Andere Städte hätten da zweistellige Zahlen aufzuweisen. Potsdam müsse sich daher „am Wettkampf um Toleranz beteiligen“. Der Professor verzichtet nicht auf einen Seitenhieb gegen die „ausländerfreie DDR“. Er kann sich überhaupt nicht vorstellen, daß „Ausländer“ dorthin delegiert wurden, um als Facharbeiter, Ingenieure oder Wissenschaftler ausgebildet zu werden und anschließend dem eigenen Volk ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Ihm schwebt scheinbar die vietnamesische „Zigarettenmafia“ – ein Anschlußprodukt – vor Augen.

Das Edikt von Potsdam war vor allem deshalb erfolgreich, weil der Monarch mit seiner ganzen Macht dahinterstand. Der heutige OB Jan Jacobs (SPD) hat sich lediglich zu einer verbalen Luftblase entschlossen: „Es sind die Potsdamer und Potsdamerinnen, die das neue Edikt schaffen und vor allem auf Dauer gemeinsam leben“, gab er von sich. Die Einwohner der Landeshauptstadt würden gerne wissen, was denn die heute Regierenden unter der Phrase verstehen, „das Thema Toleranz in den Mittelpunkt zu stellen“.

Walter Ruge

In Rostock beginnt am **8. Oktober um 15 Uhr** der 2. Zyklus des Marxistischen Bildungskreises. Er tagt im Mehrgenerationenhaus **Evershagen**, Maxim-Gorki-Straße 52.

Prof. Dr. Götz Dieckmann, Stellv. Vorsitzender des RF-Fördervereins, spricht über das Thema

Die marxistisch-leninistische Lehre von Staat und Revolution sowie deren aktuelle Bedeutung für die revolutionäre Weltbewegung

Brief eines Österreichers an das ND

Warum plappern Linke gedankenlos nach, was Rechte vorgeben?

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

Österreich, Sie werden es wissen, liegt nicht im unmittelbaren Einzugsbereich Ihrer Zeitung, weshalb manche der von Ihnen publizierten Texte auch etwas länger brauchen, ehe diese die Alpen erreichen. Gleichermaßen ist Ihnen wie mir bekannt, daß die Zeitung vom Vortage so langweilt wie der Schnee von gestern. Insofern fürchte ich, daß Sie meine Reaktion auf den Beitrag „Im Namen der guten Sache?“ von Martin Hatzius in der Ausgabe vom 22. April auch so abtun werden.

Da es sich allerdings nach meiner Wahrnehmung nicht um irgendeine Ausstellungsrezension im Feuilleton handelte, sondern um einen Text durchaus grundsätzlichen Charakters, sollten Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen, was unser einer darüber denkt. Ich reklamiere Ihre Aufmerksamkeit mit dem Hinweis, daß ich als Oberschüler von der CIA angeworben wurde, von 1976 bis 1982 als „Kurt Klepp“ für die Amerikaner gearbeitet habe, von der DDR nach meiner Verhaftung zu 15 Jahren wegen Spionage verurteilt und 1985 auf der Glienicker Brücke ausgetauscht wurde. Ich habe meine Erfahrungen u. a. in einer Dissertation zum Thema „Nachrichtendienste in den internationalen Beziehungen“ 1990 an der Universität Innsbruck verarbeitet; mein Doktorvater war Prof. Zdenek Mlynar, der Ihnen möglicherweise im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ 1968 bekannt sein könnte. Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche ... 2005 publizierte ich meine Geschichte in „Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr“, vor zwei Monaten erschien mein Sammelband „Als Agent hinterm Eisernen Vorhang. Fünf West-Spione über ihre DDR-Erfahrungen“. Niemand berichtete von Folter, unsere Leute sind in Hohen Schönhausen korrekt behandelt worden. Das aber nur nebenbei.

Ich weiß nicht, ob Sie schon jemals in einem Knast waren, egal, ob nur besuchsweise oder aus anderen Gründen. Ich habe einige Jahre in der DDR hinter Gittern zubringen müssen, in Hohen Schönhausen 12 Monate (1982–1983) und den Rest, bis zum 11. 6. 1985 in Bautzen II. Ich kenne von Angesicht auch Knäste in der westlichen Welt. Seien Sie versichert: Das Bedrückende, das der Rezensent beim Betrachten der Bilder empfunden hat, herrscht an all diesen Orten vor. Ich weiß, daß die DDR sich gern mit Epitheta kolorierte, und offenkundig ist die Neigung nach 1990 nicht ausgestorben, alles mit DDR-Bezug zu Einzigartigem, Besonderem, Ungewöhnlichem zu verklären. Selbst die Knäste, die dort Diensttuenden und die Einsitzenden waren Weltspitze. Beim Quälen und beim Leiden.

Bleiben wir auf dem Teppich. Auch in dieser Hinsicht, selbst wenn mancher es noch immer nicht wahrhaben will, war die DDR sehr, sehr durchschnittlich.

Nun ist mir nicht fremd, daß Menschen – insbesondere jene, die sich ungerecht behandelt fühlen – dazu neigen, ihre eigene Sicht zur Sicht aller machen zu wollen. Diese Neigung addiert sich und kann, nehmen wir nur unser eurozentristisches Weltbild oder die aktuelle Perspektive der US-Administration, sogar zur vorherrschenden, gar zu Regierungspolitik werden.

Ähnlich verhält es sich nach meiner Wahrnehmung im gegenwärtigen Deutschland. Die Opfer-Perspektive einiger Ostdeutscher wurde zur bestimmenden in der Wahrnehmung der DDR, weil es politisch gewollt und nützlich war. Das wurde bereits in den frühen 90er Jahren so angelegt, als man die ehemaligen DDR-Bürger wie in den Hollywood-Western in Opfer und Täter schied. Natürlich gab es Opfer. In jedem System werden Menschen unterdrückt, deformiert, bevormundet und schikaniert. Gewiß gibt es Unterschiede, doch im Wesen gleichen sich alle Ordnungen. Lesen Sie Kafka, und Sie werden verstehen, was ich meine.

Mich befremdet in diesem Kontext zweierlei. Da ist zum einen diese uniforme Ausdeutung und Interpretation der DDR-Geschichte, die offenkundig keine andere Sicht zuläßt als die vorgegebene. Man hat ein Meinungsmonopol begründet, das konsequent durchgesetzt wird. Ich kann mir erklären, warum das so ist.

Zum anderen irritiert mich die Haltung der Zeitung, die sich als sozialistisch versteht. Warum machen Sie sich diese monopolistische Perspektive zu eigen? Wieso übernehmen Sie scheinbar widerspruchlos eine Sicht, die ideologisch-politisch motiviert ist? Warum plappern Linke gedankenlos nach, was Rechte vorgeben?

Werfen Sie bitte nicht ein, dem Autor des in Rede stehenden Beitrags müsse seine individuelle Ausdeutung zugestanden werden. Natürlich will ich niemandem seine Gedankenlosigkeit oder Verwirrung streitig machen. Jeder soll denken und sagen, wonach ihm ist. Auch wenn es dummes Zeug ist. Nur: Muß man das auch drucken, also einem größeren Publikum zur Kenntnis geben? Da sei der Chefredakteur vor. Dieser gibt schließlich die Tendenz des Blattes vor, das er leitet. Denn Pressefreiheit bedeutet doch nicht, daß jeder Redakteur schreiben und drucken lassen kann, wonach ihm ist, sondern daß ein Medium in Gänze uneingeschränkt seine Sicht verbreiten darf. Pressefreiheit meint also die Außen-, nicht die Innenwirkung.

Ich mag nicht annehmen, daß der Beitrag „Im Namen der guten Sache?“ die Linie Ihres Blattes ist. Wenn es so wäre, hielte

ich es für Lesertäuschung, was Sie im Kopf des Blattes verkünden. Denn dann folgten Sie nur der vorherrschenden Meinung, die, nehmen Sie es mir nicht übel, von den bürgerlichen Medien wesentlich gekannt und professioneller verbreitet wird.

Ich folgte Abenteuerlust und meiner antikommunistischen Überzeugung, als mich die Amerikaner als Agentenwerber und -führer hinter den Eisernen Vorhang schickten. Ich war davon überzeugt, einer „guten Sache“ zu dienen. Die Abenteuerlust verflug spätestens in dem Moment, als die Handschellen klickten. Meine politische Grundüberzeugung blieb. Dennoch habe ich sowohl im DDR-Knast wie auch später, als ich mich mit meinen Vernehmern und Schließern traf – den „Peinigern“ und „Tätern“, wie es bei Ihnen heißt –, zu einer etwas differenzierteren Sicht auf Personen und Sachverhalte durchgerungen. Hier handelten Menschen wie ich: überzeugt davon, auf der richtigen Seite zu stehen und einer guten Sache zu nützen. Man sollte jedem das Recht auf Irrtum zugestehen. Und auch das der Korrektur. Die DDR ist unter ihren eigenen hohen moralischen Ansprüchen geblieben, wie auch der Westen heute weiter denn je davon entfernt ist, die bürgerlichen Grundfreiheiten in toto zu gewähren. Vergleichen Sie Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit miteinander, und Sie werden die offensichtlichen Defizite erkennen. Natürlich sollte man das eine Defizit nicht mit dem anderen aufrechnen, das wäre unredlich, weil alles seine Zeit hat. Aber ebenso sollte man es unterlassen, die Defizite der Vergangenheit zum Popanz aufzublasen, um die Defizite der Gegenwart als unerheblich erscheinen zu lassen. Denn hier gilt, was ich eingangs schrieb: Das, was war, langweilt, weil es der Schnee von gestern ist.

Sehr geehrter Herr Reents, ich fürchte, daß dieses Schreiben wie die meisten Leserbriefe, die Redaktionen ereilen, ungelesen und unbeantwortet bleibt, weshalb auch ich mir die berechtigte Frage vorlege: Warum schreibst du dann überhaupt? Ich will es Ihnen verraten: Weil ich ein Kind der Aufklärung bin und darum noch immer an das Gute im Menschen vulgo Chefredakteur glaube. Und deshalb möchte ich nicht von vornherein ausschließen, daß Sie nicht doch Ihren Lesern zur Kenntnis gäben, was ein „Ösi“ bei der Lektüre eines peinlichen, weil tendenziösen und pseudonachdenklichen Artikels empfunden hat.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Hannes Sieberer
Schwaz/Tirol**

Hunger bedroht die Welt

Das Damoklesschwert der Nahrungsmittelkrise

Es ist zu befürchten, daß es zu einer immer schärferen Konkurrenz zwischen „vollen Tellern“ und „vollen Tanks“ kommen wird. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel vertritt den Standpunkt, „die mit dem Biomasseanbau verbundenen Landnutzungskonflikte und deren gesamtwirtschaftliche Effekte“ seien „weitgehend unerforscht“. Die ambitionösen Ziele zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der diesbezüglichen Produktion vieler Staaten vernachlässigen die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit.

Untersuchungen, die in den vergangenen Jahren zum potentiellen Flächenumfang der Biomasseerzeugung angestellt wurden, gingen von Voraussetzungen aus, die inzwischen angezweifelt werden dürfen. Dazu gehörten stabile oder sinkende Agrarpreise auf dem Weltmarkt; eine stetig steigende Produktion und eine unveränderte Nachfrage nach Agrarprodukten.

Es zeigt sich jedoch, daß diese Annahmen keineswegs der Realität entsprachen. Auf Grund des Klimawandels sind wichtige Agrarexporteure wie Australien von extremem Wassermangel betroffen und können so ihr bisheriges Niveau kaum halten. Zur gleichen Zeit steigt in Asien durch Bevölkerungswachstum und zunehmende Kaufkraft die Nachfrage. Andererseits fällt die Wiederbewirtschaftung stillgelegter Flächen deutlich geringer aus als zuvor angenommen. Der ständige Auftrieb bei den Weltmarktpreisen für Getreide, Soja, Mais, Palmöl, Zuckerrohr und Zuckerrüben ist bereits seit 2004 zu beobachten. Dieser Trend dürfte sich weiter verstärken. In den zurückliegenden 30 Jahren hat die pro Kopf der Bevölkerung verfügbare Ackerfläche ohne Unterlaß abgenommen. Ursachen sind vor allem Umwelteinflüsse, die Folgen intensivster Landwirtschaft und der bereits erwähnte Klimawandel, der weitere Ernteauffälle nach sich zieht. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß steigende Lebensmittelpreise für breite Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens existenzbedrohend sind.

Erschwerend kommt hinzu, daß viele Menschen durch die langjährige Überflutung der Märkte mit subventionierten Lebensmitteln aus der EU und den USA ihre Subsistenzwirtschaft aufgeben haben, wodurch sie nicht mehr dazu in der Lage sind, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Nach Statistiken der FAO fällt der Weltkalorienverbrauch typischerweise in einem Verhältnis von 1 : 2 relativ zum Preisanstieg. Besonders in den letzten Monaten stand das Thema steigender Lebensmittelpreise wie selten zuvor im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten etlicher Länder. Hunger ist nicht mehr eine Frage des Mitleids und

der Spendenbereitschaft für die Armen der Welt, sondern zunehmend ein Politikum, ja sogar ein Faktor der Bedrohung des internationalen Friedens und der Stabilität ganzer Staaten. Anfang 2007 demonstrierten in Mexiko 75 000 Menschen gegen hohe Tortillapreise. Seitdem weisen solche Entladungen Kontinuität auf. So kam es zu Protesten und Massenverhaftungen in Senegal und Elfenbeinküste. Eine große Anzahl Menschen wurde in Kamerun nach Streiks und Plünderungen getötet. Burkina Faso wurde von einem Generalstreik lahmgelegt. Aus Bangladesh meldete die Presse schwere Unruhen. Und in Haiti wurde gar die Regierung gestürzt.

Heute sind die Nahrungsmittel, Futter- und Energiemärkte unlösbar miteinander verbunden. Je höher der Erdölpreis steigt, desto mehr Flächen werden weltweit der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Es ist profitabler, Agrarrohstoffe in Energieträger umzuwandeln, als sie für die menschliche Ernährung bereitzustellen oder in den Futtertrog zu geben.

Bedenken muß man, daß bei uns nur ein relativ geringer Teil des geernteten Getreides direkt für die Brot- und Nahrungsmittelproduktion verwendet wird. So setzt man nur 22% dafür ein, während ca. 60% als Futtermittel dienen.

Es muß angemerkt werden, daß sich der Export von Nahrungsmitteln, langfristig betrachtet, nicht als Mittel zur Bekämpfung des Hungers in der Welt eignet. Er lähmt vielmehr die Eigenproduktion in den Entwicklungsländern, steigert die Abhängigkeit, erzeugt Verteilungsprobleme und erhöht die Korruption. So wird der Welthunger durch die Lebensmittelausfuhr der Industriestaaten nicht verringert, sondern perspektivisch weiter verschärft.

Das Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen, Studien der OECD sowie des UN-Energierrats und die Klimabilanzstudie von Nobelpreisträger Crutzen kommen zu dem Schluß, daß eine eindeutige Wertevorrangigkeit der Welternährungssicherung („food first“) festgelegt werden müsse. Eine Reduzierung der Flächenkonkurrenz wäre vor allem über eine Verringerung des viel zu hohen Fleischkonsums in den Industrieländern möglich. Denn bereits heute werden erhebliche Flächen in Entwicklungsländern für den Anbau von Exportfuttermitteln beansprucht, die der Tierernährung in den Metropolen dienen. Sie fehlen der einheimischen Bevölkerung für deren Nahrungsmittelproduktion. Solange wegen des übermäßigen und ernährungsphysiologisch mehr als fragwürdigen Fleischverbrauchs in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten Futtermittelimporte auf Kosten

von Menschen in Entwicklungsländern forciert werden, ist die Nutzung zusätzlicher Flächen für nachwachsende Rohstoffe ein ethisches Problem. International werden etwa 30% des Ackerbodens für den Anbau von Futtermitteln reserviert. In Europa sind es sogar 80%. Bei einem geringeren Fleischkonsum könnte ein Teil dieser Flächen der Verminderung des Hungers in vielen Teilen der Erde bzw. der Bereitstellung von nachwachsenden Rohstoffen dienen.

Die bereits erwähnte Annahme, daß der Verzicht auf Futtermittelimporte aus Entwicklungsländern zur Verstärkung des dortigen Nahrungsmittelanbaus führen würde, setzt allerdings komplexe Wirkungsketten voraus. Derzeit ist es so, daß ein Großteil der schwachentwickelten Länder zur Devisenbeschaffung auf den Export von Futter- und Nahrungsmitteln angewiesen ist. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zwingen diese zum Anbau valutabringender Futterfrüchte, damit sie ihre Schulden zurückzahlen können.

Aus marxistischer Sicht besteht die größte Herausforderung der Menschheit darin, im globalen Maßstab Zukunftsverantwortung für die folgenden Generationen zu befördern. Hierbei steht die Frage, ob diese weltweit noch die gleichen Lebenschancen haben wie wir heute. Neben dem Klimaschutz geht es also um Ernährungssicherheit. Was heute getan oder unterlassen wird, wirkt sich positiv oder verheerend auf die Nachwelt aus. Diese Verantwortung betrifft nicht nur den Handlungsraum in unmittelbarer oder regionaler Umgebung, sondern muß die ganze Erde in Betracht ziehen.

Marc Gerisch



Ein zwiespältiges Dokument

Prag: Thesen weitgehend in Dubčeks Diktion

Der Erfolg hat viele Väter, der Mißerfolg bleibt meistens eine Waise. Nicht allzu häufig besteht die Bereitschaft, deren Erbe selbst anzutreten. Dies um so mehr, wenn die Erblasserin einen durchaus problematischen Leumund besitzt, der seit vier Jahrzehnten kontrovers diskutiert wird.

Theoretische Köpfe in der KP Böhmens und Mährens haben es aus Anlaß des 40. Jahrestages jenes Geschehens, das von manchen in Verknennung der Realitäten auch als „Prager Frühling“ bezeichnet wird, auf sich genommen, dieses Erbe konstruktiv und in Thesenform anzugehen, um die Vorgänge

zelter Länder vom sozialistischen System mit Hilfe des ökonomischen Wettbewerbs und des ideologischen und psychologischen Krieges gerichtet war, bestanden. Diese richtige Erkenntnis ist mindestens so alt wie der Jahrestag, dem sie jetzt gewidmet wurde. Spätestens seit 1966 konnte man eine solche Zielstellung bereits von Franz Josef Strauß, Zbigniew Brzezinski und anderen erfahren.

„Das bestimmende Moment der gesellschaftlichen Krise in der Tschechoslowakei waren jedoch nicht diese äußeren Faktoren, sondern vor allem die sich ausbildende innere Krise, in der sich die Folgen der ersten Mängel im System dieses Modells des Sozialismus offenbarten“, liest man weiter, „das die Tschechoslowakei unter dem Druck der UdSSR und in der komplizierten Situation der 50er Jahre zu übernehmen gezwungen war“.

Na bitte, da sind wir ja wieder bei Ota Šik! Eine Seite weiter wird in anrührender Bescheidenheit gesagt: „Im Unterschied zu anderen sozialistischen Ländern wandte sich die kritische Aktivität der zunehmend gebildeten und immer selbstbewußter werdenden Bürger keineswegs in die kapitalistische Vergangenheit, sondern nach vorn in eine bessere sozialistische Zukunft ...“

Die von den Medien geschürte Massenhysterie, die gesteuerte Randalie in Ballungszentren bis ins Frühjahr 1969 hinein haben die Analytiker geflissentlich kleingeredet, aber immerhin zugestanden, „daß den ganzen Prozeß auch ausgesprochen antisozialistische Kräfte und solche auszunutzen begannen, die durch die westliche Ideologie und Propaganda beeinflusst und von Fall zu Fall auch direkt durch geheimdienstliche Strukturen und Mechanismen manipuliert worden sind, weil die Reform nur alte Strukturen lockerte und funktionierende neue und dabei sozialistische Strukturen nicht ausreichend schnell herausbildete.“

Eine fundamentale Erkenntnis, die den Finger auf die Wunde legt, daß nämlich die „Reform“ vornehmlich aus Absichtserklärungen und kaum aus Konzepten bestand. Die besaßen nur jene, welche die Restauration des Kapitalismus anstrebten.

Die tschechischen Wissenschaftler haben dazu noch weitere fundamentale Feststellungen getroffen: „Ein Grundproblem dieses Prozesses war jedoch die Tatsache, daß er durch die zeitbedingt erreichte Erkenntnis limitiert war, die in beträchtlichem Maße durch die Übernahme verschiedener problematischer Gesellschaftskonzepte aus westlichen Quellen beeinflusst wurde. Es fehlte die tiefgehende marxistische Erforschung der Mechanismen und der Logik des Funktionierens des ganzen Systems, und es fehlte vor allem die gesellschaftliche Klasse, die fähig gewesen wäre, zum konkreten Träger der Prozesse einer neuen, lebensfähigen, aber zugleich sozialistischen und

im Verhältnis zum Kapitalismus konkurrenzfähigen Ökonomie einschließlich des Funktionierens unbürokratischen gesellschaftlichen Eigentums zu werden.“

Es darf bezweifelt werden, daß erfahrene Mitglieder der KP Böhmens und Mährens, die selbst Zeitzugegen der Ereignisse waren, den in diesen Thesen enthaltenen Schlußfolgerungen und Behauptungen widerspruchslos zu folgen bereit sind. Viele werden dazu ohnehin keine Gelegenheit haben, denn diese Ausarbeitung wurde nicht in Printmedien, sondern lediglich auf der Homepage der KPBM vorgestellt und zwar so, daß man schon Erfahrungen im Surfen benötigt, um sie überhaupt aufspüren zu können. Die Thesen wurden auch von keinem Parteiorgan der KPBM bestätigt. Offenbar war man sich der Ambivalenz der Darlegungen bewußt, die besonders in ihrem Schlußsatz deutlich wird: „Jenen, die betonen, daß die Beendigung des Reformprozesses den erneuten Sieg des Kapitalismus bei uns um 21 Jahre verschoben hat, ist in Erinnerung zu rufen, daß der erfolgreiche Verlauf des ganzen Prozesses – übertragen auf die Bedingungen der anderen sozialistischen Länder, namentlich der UdSSR selbst – diesen Sieg hätte ganz abwenden können.“

Als ich diesen Bandwurmsatz am Ende einer ganzen Kette von Wortballungen las, wußte ich zunächst nicht, ob ich lachen oder weinen sollte. Ich tat keines von beiden, sondern war einfach wütend angesichts dieser Ignoranz und Arroganz Dubčekscher Diktion!

Übrigens hat das Exekutivkomitee des ZK der KPBM aus Anlaß des 40. Jahrestages des Aktionsprogramms der KP Tschechien einen Beschluß veröffentlicht. Dieser ist im Ganzen eine Nummer kleiner und nicht so ambitiös wie die auseinanderfließenden Thesen. Daraus darf man ableiten – und so schließt sich der Kreis –, daß es doch einen Erben gibt, der sich zum Nachlaß wenigstens in Teilen bekennt. Die Partei tut das mit gewissen Einschränkungen.

Klaus Kukuk



Heranbildung künftiger Liberaler ... „Und jetzt werde ich Euch die einzige und richtige Definition von Demokratie beibringen“ – Aus „Proletären“, Göteborg

zur Diskussion zu stellen. Ausgangspunkt ist eine konzentrierte und differenzierte, wenngleich nicht widerspruchsfreie Analyse von objektiven und subjektiven, inneren und äußeren Faktoren. Seit der Prager konterrevolutionären Kehrtwende konnte man in der CR noch nirgends lesen, daß der „äußere Rahmen der Prozesse, die in der Tschechoslowakei vor sich gingen ... vorgegeben war durch das Streben der herrschenden Strukturen des kapitalistischen Systems, die sich verlangsamende Dynamik der Entwicklung der Länder der ersten historischen Form des Sozialismus, vor allem der UdSSR, die allmähliche Verlagerung des Schwerpunktes des Kräftegleichgewichts zugunsten des Westens auszunutzen“. Dessen neue Strategie – der „Westen“ hatte seine Schlußfolgerungen aus den Niederlagen in Polen und Ungarn 1956 gezogen – habe in der allmählichen Erosion des Sozialismus, die auf ein Abtrennen ein-

Am 17. 10. um 16.30 Uhr spricht der DDR-Diplomat **Klaus Kukuk** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Torstraße 203–205, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Berlin** über das Thema

Die CSSR-Ereignisse 1968 – Lügen und Wahrheiten

Appell Fidel Castros

Wir hatten uns noch nicht vom emotionalen Eindruck und von den materiellen Schäden erholt, die vom Hurrican Gustav durch außergewöhnlich starke Winde auf der Insel der Jugend und in Pinar del Rio verursacht wurden, als uns die Nachrichten über die vom Wirbelsturm Hanna hervorgerufenen Meeresüberschwemmungen erreichten, und noch schlimmer, jene Mitteilungen, daß Ike, ein Hurrican von hoher Intensität, über ganz Kuba hinweggefegten wird. Das bedeutet, daß schließlich das gesamte Land von den drei Hurricans betroffen wird und an manchen Stellen doppelt.

Wo wird eine Bananenstaude, eine Frucht oder das Gemüese eines Intensivanbaus übrigbleiben? Wo Bohnenfelder und andere Hülsenfrüchte? Wo ein Reis- oder Zuckerrohrfeld? Wo eine Geflügel-, Schweine- oder Milchfarm? Das gesamte Land befindet sich jetzt im „Kampfalarm“, wie man das im Krieg nennt.

Die in meinem Artikel, der Gustav als einen Atomangriff bezeichnete, genannten Probleme haben sich vervielfacht. Die Prinzipien, die Leitfaden unseres Verhaltens sein sollen, bleiben bestehen, nur werden unvergleichbar größere Anstrengungen unternommen werden müssen.

Der Zivilschutz hat keine Minute ungenutzt verstreichen lassen. Jene, welche verantwortliche Positionen in Partei und Regierung bekleiden, haben sich überall in Bewegung gesetzt. Die leitenden Kader müssen Disziplin fordern, Gefühle im Zaum halten und ihre Autorität ausüben. Fernsehen, Rundfunk und Printmedien übernehmen

eine große Verantwortung als Informationsübermittler.

Die Welt hat mit Bewunderung das Verhalten unseres Volkes gegenüber den Geißelungen von Gustav verfolgt. Während sich die Feinde zynisch die Hände rieben, sind die Freunde entschlossen, unserem Volk Hilfe zu leisten. Es zeigte sich, daß es viele sind. Die über lange Jahre gesäte Solidarität trägt überall ihre Früchte. Russische Flugzeuge und die anderer Länder sind schnell aus Tausenden Kilometern Entfernung mit Hilfsgütern gekommen, die nicht ihrem Volumen oder Preis nach gemessen werden, sondern nach ihrer Bedeutung. Spenden aus kleinen Staaten wie Timor-Ost, Botschaften aus wichtigen und freundschaftlich gesonnenen Ländern wie Rußland, Vietnam, China und anderen, brachten die Bereitschaft zum Ausdruck, so weit wie möglich ihre Kooperation bei den Investitionsprogrammen einbringen zu wollen, die wir unmittelbar zur Wiederherstellung der Produktion und zu deren Entwicklung in Angriff nehmen müssen.

Die Bolivarische Bruderrepublik Venezuela und deren Präsident Hugo Chávez haben Maßnahmen getroffen, welche die großmütigste Solidaritätsgeste darstellen, die unser Vaterland je kennengelernt hat.

Egal, wie hart die erhaltenen und noch ausstehenden Schläge auch sein werden – unser Land ist in der Lage, das Leben von Kubanern zu retten und den Familien solange materielle Unterstützung und Nahrungsmittelhilfe zukommen

zu lassen, bis die Kapazität zur Lebensmittelproduktion wiederhergestellt sein wird.

Wir werden im Augenblick von den Hurricans bestürmt. Mehr denn je muß der Kampf gegen Verschwendung, Parasitentum und Bequemlichkeit geführt werden. Es muß mit vollkommener Ehrlichkeit gehandelt werden, ohne jegliche Demagogie oder Zugeständnisse an Willensschwäche und Opportunismus. Die Mitglieder der Partei und des Jugendverbandes müssen ein Beispiel sein, Vertrauen vermitteln und empfangen und alles für das Volk geben, sogar das Leben, wenn es notwendig wäre.

Fidel Castro Ruz, 7. September 2008

Spendet für Kubas Hurrican-Opfer!

Überweisungen an

Netzwerk Cuba

Kontonummer: **32 33 31 00**

BLZ: **100 100 10 (Postbank Berlin)**

Stichwort: **Hurrican**

Ein Maoist führt Nepals Regierung

Vereinigte Marxisten-Leninisten der KPN mit im Boot

Seit Mitte August gibt es in der Himalaya-Republik Nepal, deren Bevölkerung sich in diesem Jahr der restlos diskreditierten Monarchie König Gyanendras entledigte, erstmals eine maoistisch geführte Regierung. Dem Kabinett des erfahrenen „Volkskriegs“-Strategen und Vorsitzenden der KPN (Maoistisch) Pushpa Kamal Dahl Prachanda gehören auch die gleichfalls einflußreichen und in der KPN (Vereinigte Marxisten-Leninisten) organisierten authentischen Kommunisten des Landes an, die bereits in den 90er Jahren den Regierungschef stellten. Außerdem ist das eine regionale Minderheit repräsentierende Madhesi-Janadhikar-Forum in der Regierung vertreten. Mit der nach den Maoisten zweitstärksten Partei – dem bürgerlichen Nepali Congress (NC) –, die den ersten Staatspräsidenten der Republik stellt und eine „verantwortungsbewusste Opposition“ ankündigte, gingen die Gespräche über einen eventuellen Eintritt in eine Regierung der Nationalen Einheit bei Redaktionsschluß weiter. Sie wird von Prachanda, dessen Kampfname „der Feuerige“ bedeutet, offenbar angestrebt. 20 kleinere Parteien unterstützen den Premier.

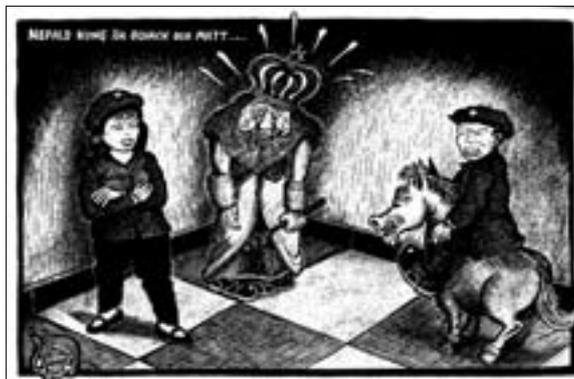
Zweifellos stellt der Machtantritt der Maoisten, die nach einem zehn Jahre währenden „Volkskrieg“, welcher auf beiden Seiten zahlreiche Opfer forderte, ans Ruder gelangt sind, einen Linksruck dar. Ideologisch ist die KPN

König besteht ihr Konzept aus einem „Mix marxistisch-leninistischer und maoistischer Ideen“, was immer das auch sein mag. Eine Mehrheit des Volkes vertraut der Partei Prachandas trotz ihrer partiellen Verworfenheit zu, die Verhältnisse verändern zu können. Das zeigte sich am 10. April bei den Wahlen zum Verfassungskonvent, der bis zur Verabschiedung einer neuen Konstitution die Rechte eines Parlaments besitzt. 220 der knapp 600 Mandate gingen an die KPN (M).

Der 53jährige Prachanda ist armbäuerlicher Herkunft und entwickelte sich während seiner Studienzeit zum Führer der von den nepalesischen Marxisten als linksradikale Allianz betrachteten Vereinten Volksfront. Erst im Jahre 2006 verließ er nach dem Volksaufstand gegen König Gyanendra den Untergrund und tritt seitdem als einer der führenden Politiker Nepals und Südasiens in Erscheinung.

Mit Manövern, Intrigen und massivem Widerstand seitens der USA-gelenkten proimperialistischen Kräfte des In- und Auslands ist zu rechnen. Rückhalt findet die neue Regierung im Nachbarstaat China.

R. F.



**Nepals König ist schachmatt!
Aus „Proletären“, Göteborg**

(M), die in der Praxis viel für die Verbesserung der Lage Armer und Unterdrückter des Landes getan hat, schwer überschaubar. Nach Auffassung des jW-Korrespondenten Hilmar

Chinas Blauhelme an 18 UN-Friedensmissionen beteiligt

Während sich die antichinesische Kampagne der BRD-Politiker und ihrer Medienmacher bisweilen überschlägt, leistet die fernöstliche Volksrepublik einen international hoch anerkannten Beitrag zur Friedensbewahrung an Brennpunkten zugespitzter Konflikte. Etwa 10 000 Angehörige der chinesischen Volksbefreiungsarmee (PLA) verrichten unter UN-Ägide ihren Dienst in 18 Krisenregionen der Welt. Erst unlängst beendete das dritte in die sudanesischen Provinz Darfur entsandte Kontingent von Soldaten und Offizieren der PLA seinen Einsatz. In der Heimat wurde es enthusiastisch begrüßt.

Wie Kui Yanwei, stellvertretender Direktor des Büros für Friedenserhaltung im Pekinger Ministerium für Nationale Verteidigung, der Presse mitteilte, haben sich die inzwischen weltweiten Aktivitäten chinesischer Blauhelme aus kleinen Anfängen entwickelt. Auf vereinzelte militärische Beobachter seien Offiziere in den Stäben gefolgt. Einige von ihnen arbeiteten mittlerweile bei der UN-Abteilung für Friedenserhaltende Operationen. Inzwischen seien auch höhere chinesische Militärs in den wichtigsten Einsatzgebieten vor Ort tätig.



Chinesische Friedensbewahrer bei der Rückkehr aus Sudan

In bezug auf die Zahl und den Umfang der bereitgestellten Kontingente übertrifft die VR China heute alle anderen Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Kui Yanwei nannte eindrucksvolle Zahlen. So hätten PLA-Pioniere insgesamt 7500 km Straßen und 200 Brücken neu gebaut oder rekonstruiert. 50 000 Patienten seien von chinesischen Militärärzten versorgt worden. Über eine Gesamtdistanz von 4,7 Millionen Kilometer hätten Fahrzeuge der PLA Menschen und Materialien transportiert. Annähernd

10 000 Minen und nichtexplodierte Bomben seien entschärft worden.

Die chinesischen Blauhelme tragen überall dort, wo sie zum Einsatz gelangen, zur Entwicklung der Produktion und zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung bei. So bilden z. B. Mediziner einheimisches Personal für lokale Krankenstationen aus und stärken auf jede Weise die Infrastruktur ihrer Operationsgebiete.

Inzwischen gehören „chinesisches Tempo“ und „chinesisches Lächeln“ zum Image der PLA-Angehörigen. Sie werden in vielen Ländern nicht nur als ihre militärische Pflicht erfüllende Friedenssoldaten geachtet, sondern auch als Boten der Freundschaft angesehen.

Kui Yanwei wandte sich gegen die Wahrheit entstellende Kommentare und Nachrichten westlicher Medien, die insbesondere im Zusammenhang mit der Situation in Darfur auf Brunnenvergiftung bedacht seien. Chinas Einsatz zur Friedensbewahrung zielt allein auf die Unterstützung und Stärkung der Vereinten Nationen und verdiene weder Verfälschungen noch Fehlinterpretationen.

R. F.,

gestützt auf „PLA Daily“ (Beijing)

Guam – Drohkulisse gegen Beijing

Neue Flottenkonzentrationen des Pentagons im Südatlantik und Pazifik

Die Meldungen von der Reaktivierung der nach dem Zweiten Weltkrieg stillgelegten 4. US-Flotte, deren Schiffe bereits wieder im Südatlantik vor den Küsten „rebellischer“ lateinamerikanischer Staaten wie Venezuela „patrouillieren“, haben die demokratische Weltöffentlichkeit alarmiert.

Doch derlei Drohgebärden der führenden imperialistischen Macht bleiben nicht auf ein Weltmeer beschränkt. Die USA haben in der Endphase der Amtszeit ihres paranoiden und faschistischen Präsidenten George W. Bush – eines nach den Kriterien des Nürnberger Prozesses überführten Kriegsverbrechers – Maßnahmen eingeleitet, um auch im Pazifik das Wasser zum Kochen zu bringen.

Dabei soll die den Vereinigten Staaten einverleibte Insel Guam eine Schlüsselrolle erhalten. Ein „unsinkbarer Flugzeugträger“, ist sie als Ausgangspunkt für sämtliche militärischen Operationen Washingtons im westpazifischen Raum vorgesehen. Wie der Zeitschrift „The Australian“ Mitte Juni zu entnehmen war, ist auf Guam ein außergewöhnlicher „Bauboom“ im Gange. 15 Mrd. Dollar wurden dafür bereits zur Verfügung gestellt. „Guam ist für unsere langfristige Präsenz im ostasiatischen Raum von strategischer Bedeutung“, erklärte Bushs Kriegsminister Robert Gates, ein ehemaliger CIA-Direktor, in seiner Rede vor den Teilnehmern des diesjährigen Shangri-La-Dialogs asia-

tischer Verteidigungsminister und Stabschefs in Singapur. Washington beabsichtige „keinen langfristigen historischen Rückzug aus der Region“, verkündete Gates, sondern betrachte die USA dort als „residierende Macht“. Dabei falle Guam als dem „Schauplatz des größten militärischen Aufbauvorhabens des Pentagons im Bereich der Marianen-Inseln seit dem Zweiten Weltkrieg“ ein besonderer Part zu.

Auf seinem Flug nach Singapur hatte Gates einen Zwischenhalt auf dem 6000 km westlich von Hawaii und 2000 km südöstlich von Japan befindlichen Stützpunkt eingelegt, um sich von den Fortschritten bei der Schaffung einer „ultramodernen militärischen Infrastruktur“ zu überzeugen. Guam war 1898 nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg durch die USA von Spanien „erworben“ worden und hatte nach dem Überfall Tokios auf Pearl Harbor zunächst als Auftankstation für die Flotte der Vereinigten Staaten gedient, bis es im Dezember 1941 von den Japanern erobert worden war. Drei Jahre später brachten sich die USA wieder in den Besitz der Insel. Danach war sie die wichtigste Nachschubbasis für Washingtons verbrecherische Kriege in Korea und Vietnam. Heute gehört Guam zur Kette jener militärischen Einrichtungen, die vor allem China potentiell bedrohen.

In den nächsten sechs Jahren will die U. S. Navy einen neuen Superhafen errichten, der u. a. kernkraftgetriebene Flugzeugträger aufnehmen kann.

Guams Anderson-Luftwaffenbasis wird auf die Stationierung einer Einheit unbemannter Langstrecken-Aufklärer vom Typ Global Hawk umgestellt, die Bewegungen der chinesischen Kriegsmarine überwachen sollen.

Bis 2014 werden 8000 US-Marines von Okinawa nach Guam überführt, von wo aus dann auch die neuesten Kampfmaschinen der U.S. Air Force (F-22) periodisch zu „Übungsflügen“ starten. Schon heute sind auf der Insel mit einer Bevölkerung von 170 000 Menschen mehr als 12 000 US-Militärangehörige stationiert.

„Unsere asiatischen Freunde, ob sie formell unsere Alliierten sind oder nicht, begrüßen unsere zunehmende Präsenz auf Guam“, behauptete Gates beim Dialog der Militärexperten asiatischer Länder. Unter den in Singapur Anwesenden befand sich übrigens auch der stellvertretende chinesische Generalstabschef Ma Xiaotian.

Von einem Reporter gefragt, ob die USA ihr „Interesse an Asien verlieren“ könnten, erwiderte Gates wie aus der Pistole geschossen: „Niemals, denn wir sind eine asiatische Macht.“ Das war eine unterschwellige Drohung an die Adresse Beijings. „Wir haben starke und dauerhafte Interessen in der Region, die unabhängig davon sind, welche Partei in Zukunft das Weiße Haus besetzen wird.“

R. F.,

gestützt auf „The Australian“

Die Tochter des Rotarmisten

Usbekin erhielt Erde vom Grab ihres gefallenen Vaters

Im August, im August blühen die Rosen“. 1973 – also vor 35 Jahren – anlässlich der Weltfestspiele in der Hauptstadt der DDR, konnte man dieses schon 1951 zum III. Festival entstandene Lied überall vernennen.

Im Plenarsaal der Volkskammer in der Luisenstraße fand damals ein Treffen mit sowjetischen Schülern und Studenten statt, u. a. mit einem Enkel von Generalmajor Bersarin, dem 1945 tödlich verunglückten ersten Berliner Stadtkommandanten.

Anschließend stand eine Gruppe von Journalisten vor dem Gebäude, diskutierte weiter, tauschte Adressen aus, interviewte Gäste.

Ein schwarzhaariges Mädchen in der zitronengelben Kleidung der sowjetischen Delegation trat an mich heran, hielt mir einen Zettel hin und erkundigte sich in russisch, ob ich ihr helfen könne.

Auf dem Blatt, das nicht größer als eine Postkarte war, bestätigte ein Kommandeur der Roten Armee, daß am 19. März 1945 ein sowjetischer Leutnant gefallen sei. Das Mädchen aus Taschkent bedeutete mir, daß es sich dabei um ihren Vater gehandelt habe. Sie wolle nach Landessitte die Gelegenheit wahrnehmen, Erde vom Ort der Beisetzung mit nach Hause zu bringen. Ihre Mutter habe sie vor der Reise nach Deutschland dringend darum gebeten.

Auf dem Zettel, der ersichtlich im Laufe der Jahre durch viele Hände gegangen war, ließen sich manche Buchstaben kaum noch entziffern. Erkennbar aber blieb für mich die Ortsbezeichnung Rautenberg.

Das Mädchen überließ mir das für ihre Familie kostbare Erinnerungsstück, weil ich ihr versprach, den Ort unbedingt ausfindig zu machen. Ein Rautenberg gab es meines Wissens in der Nähe von Altenburg.

Ein abendlicher Anruf in der SED-Kreisleitung ergab, daß zunächst amerikanische Truppen das Gebiet befreit hätten, also keine Friedhöfe oder Ehrenmale für Rotarmisten dort errichtet worden seien. Meine Enttäuschung war groß, und ich vertiefte mich danach in das wertvolle Dokument der Taschkenter Familie Jusupow. Dabei entdeckte ich, fast völlig verblaßt und genau im Kniff, die russischen Buchstaben „Gr.“ für Groß-Rautenberg.

In einem alten Atlas fand ich diesen Ort bei Braunsberg in Ostpreußen. Hier entstand für mich auch eine Logik, denn in der zweiten Märzhälfte des Jahres 1945 tobten gerade in dieser Gegend die verlustreichen Schlachten der Roten Armee mit der faschistischen Wehrmacht im Vorfeld von Königsberg.

Am Samstag, dem 4. August, besuchte ich Inkilab Jusupowa in ihrem Berliner Quartier. Es befand sich im Hochhaus in der Straße der Pariser Kommune, das der Humboldt-Universität als Studentenheim diente.

Die junge Frau war natürlich enttäuscht. Ich tröstete sie mit der Zusage, vielleicht doch noch helfen zu können.

In der Siegfriedstraße suchte ich das Bauarbeiterhotel auf, wissend, daß hier die polnische Delegation untergebracht war. Und

tatsächlich, meine

Vorstellung wurde

Wirklichkeit. In der

polnischen Delegation

befanden sich

zwei Mitglieder,

Bogdan Donke und

ein Mädchen namens

Janina, die aus Bra-

niewo (Braunsberg)

angereist waren.

Mit der Leitung der

polnischen Delegation

vereinbarte ich

einigen Termin

für Sonntag, den 5.

August, abends 18

Uhr, nach der großen

Demonstration im

Zentrum der

Hauptstadt. Mit

meinem Trabbi holte

ich Inkilab aus ihrem Quartier ab. Im

Speisesaal des Bauarbeiterhotels erwarteten

Bogdan, Janina und zwei Dolmetscher

meinen Gast.

Inkilab und ich erfuhren, daß südlich von Braunsberg eine Gedenkstätte für 35 000

Gefallene eingerichtet wurde – sowohl für

polnische als auch für sowjetische Kämpfer.

Monate später erreichte mich ein Brief von Bogdan, daß der Wunsch der Mutter



Inkilabs erfüllt worden sei, in Taschkent Erde von jenem Ort zu besitzen, an dem der Vater vermutlich gefallen war.

Hans Horn

Redaktion und Förderverein gratulieren herzlich unseren Jubilaren des Monats Oktober.

Ihren **85. Geburtstag** begehen **Hans-Werner Mitschke** (14. 10.) aus Bautzen und **Heinz Schröter** (26. 10.) aus Potsdam.

80 Jahre alt werden **Harri Below** (8. 10.) aus Schwedt, **SR Ruth Groß** (8. 10.) aus Berlin, RF-Aktivist **Siegfried Mauksch** (13. 10.) aus Berlin, **Wolfgang Steinkopf** (13. 10.) aus Leipzig, **Karl-Heinz Körber** (24. 10.) aus Ellrich und **Manfred Reinsch** (27. 10.) aus Bautzen.

Zum **75. Geburtstag** gratulieren wir **Dr. Heinold Bruns** (8. 10.) aus Bertsdorf-Hörnitz, **Willi Vinzing** (14. 10.) aus Sührkow und RF-Aktivist **Wolfgang Hilbert** (23. 10.) aus Kahla.

Auch die **70jährigen** erhalten neuen Zuström: **Werner Kirchner** (4. 10.) aus Bitterfeld, **Dr. Siegfried Neubert** (7. 10.) aus Berlin, **Dr. Wolfgang Reuter** (9. 10.) aus Osmarsleben und **Lothar Wagler** (28. 10.) aus Freiberg.

Mit erst **60 Lenzen** zählt **Dr. Reinhard Vetter** (17. 10.) aus Freiberg noch zu den Nachwuchskadern.

**Sie und alle anderen Geburtstagskinder
grüßen wir in freundschaftlicher Solidarität.**

Unvergessener Josep Renau

„Valencia, mein Mutterland; Mexiko, mein Exil; die DDR, mein Heimatland“

Das Andalusische Zentrum für Moderne Kunst zeigte unlängst eine Ausstellung, die einen Besuch wert war: „Josep Renau, (1907–1982): Verpflichtung und Kultur“. Eine Auswahl von mehr als 200 repräsentativen Werken der vielfältigen künstlerischen Disziplinen, in denen Josep Renau im Laufe seines Lebens gearbeitet hat, zeigte ihn als Maler, Lithograph, Zeichner, Grafiker, Plakatmaler, Wandmaler und Meister der Fotomontage. Aber die Ausstellung wollte nicht nur an einen vergessenen oder sogar der Mehrheit des Publikums unbekanntem spanischen Künstler erinnern, der wie viele andere als Folge des Sieges der Franco-Faschisten 1939 ins Exil gehen mußte. Sie galt vor allem auch seinem politisch engagierten Schaffen.

Es waren viele Künstler und Intellektuelle, die im Laufe ihres Lebens mit Teilen ihres Werkes der kommunistischen Sache dienten: Picasso, Leger, Rivera, Kahlo, Guttuso, Breton, Alberti, Brecht, Neruda ... Es wäre eine unendliche Liste. Dennoch führte der zeitweilige Triumph vom Kapitalismus bestimmten Denkens dahin, daß es derzeit in Spanien nur wenige gesellschaftlich aktive Künstler gibt, schon gar nicht von jenen zu reden, welche sich weiterhin der kommunistischen Idee verbunden fühlen. Natürlich wären hier Ausnahmen zu nen-

nen. Insgesamt bleibt die politische Kunst auf eine gegenüber den Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die das kapitalistische System hervorbringt, kritische Kunst reduziert, die aber trotz ihrer unleugbaren sozial notwendigen und plausiblen Funktion weit davon entfernt ist, sich zu einer konkreten Ideologie zu bekennen.

Deshalb ist die Ausstellung zu Renau eine Gelegenheit, über die Bedeutung der linken politischen Kultur nachzudenken, welche für den Ausdruck der Werte eines bestimmten Teils der Gesellschaft erarbeitet wurde, die verteidigt und gefördert werden sollten.

Die Ausstellung zeigt eine komplette und vielseitige Auswahl der Arbeiten des valencianischen Künstlers; angefangen bei seinen ersten Zeichnungen für das Titelblatt der Zeitschrift „Neue Kultur“, deren Chefredakteur er war und in der bereits vor den Gefahren des Faschismus gewarnt wurde, übergehend zu seiner Arbeit als Plakatmaler der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) im Dienste der republikanischen Sache während des Bürgerkrieges, danach die Fotomontagen im mexikanischen Exil. Das Panorama endet mit Renaus für den Kommunismus parteiergreifenden Werken, die er in der Deutschen Demokratischen Republik schuf – einem Land, in dem er 30 Jahre lang lebte und wo er 1985 verstarb.

Aus allen Arbeiten geht klar hervor, daß sein politischer Anspruch keine Eintagsfliege war; für Renau blieb er eine lebenslange Verpflichtung, die sich nicht nur in seinem künstlerischen Schaffen ausdrückte, sondern auch in seinem Tun. Zwischen 1936 und 1938 war er Generaldirektor der Schönen Künste, Leiter des spanischen Pavillons der Internationalen Ausstellung in Paris (zu der er Picasso einlud, ein Bild zu malen, das dann als „Guernica“ Weltruhm erlangte). Er war antifaschistischer Kämpfer, PCE-Mitglied seit 1931 bis zu seinem Tod und politischer Emigrant. Es ist hervorzuheben, daß Renau, als die offizielle Geschichtsschreibung behauptete, die Bürger der DDR wollten in die westliche und kapitalistische Welt fliehen, mitten im kalten Krieg die Reise in die Gegenrichtung antrat, mit seiner Entscheidung das sozialistische Lager stärkte und sich in einem Land niederließ, in dem er sowohl für seine verdienstvolle künstlerische Laufbahn als auch wegen seines kommunistischen Engagements hohe Anerkennung genoß.

Obwohl er in Berlin, fern seiner Geburtsstadt Valencia, begraben ist, hat die ihm gewidmete Ausstellung dazu beigetragen, sein Erbe der Vergessenheit zu entreißen und zur politischen Kunst aufzurufen.

José Ignacio Perez Tapias

Übersetzung: Isolda Bohler, Valencia

Dem Erbe der „Revolutionsmänner“ verbunden

Die Hamburgerin Hedwig Voegt bildete in Leipzig Journalisten aus

Es war der Hamburger Deern nicht an der Wiege gesungen, daß ihr Lebensweg sie von der Elbe an die Pleiße führen würde. Als die fünfzigjährige Hedwig Voegt 1953 als Hochschuldozentin an die Karl-Marx-Universität berufen wurde, um angehenden Journalisten die Geschichte der deutschen Literatur zu vermitteln, hatte sie bereits ein bewegtes Leben hinter sich. Erst 1948 konnte sie ihren langgehegten Studienwunsch verwirklichen. Zu verdanken hatte sie das der hanseatischen KPD, der sie seit 1925 angehörte. Die Partei delegierte die in den Nazijahren wiederholt inhaftierte Genossin zum Studium nach Jena. Die aus ihrer 1952 an der dortigen Friedrich-Schiller-Universität verteidigten Dissertation entstandene Veröffentlichung mit dem Titel „Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik (1789–1800)“, erschien 1955 im Verlag Rütten & Loening, sollte grundlegend für einen literaturwissenschaftlichen Forschungszweig werden. Wenn die Schriften jener Männer die wie Georg Friedrich Rebmann, Georg Kerner, Johann Heinrich Merck oder Georg Forster nach dem „Donnerschlag der Fran-

zösischen Revolution ... in ihren Schriften den ideologischen Kampf um die republikanischen Ideale, um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufnahmen“, der Nachwelt erhalten geblieben sind, dann hat Hedwig Voegt daran einen bedeutenden Anteil.

Ein Jahrzehnt lehrte und forschte sie an der ersten deutschen Fakultät für Journalistik – seit 1959 als Professorin für Literarische Publizistik – bis sie mit sechzig in Rente gehen mußte.

Während der „gewöhnliche“ Werktätige in der DDR auch nach Erreichen des Rentenalters – für Frauen 60, für Männer 65 Jahre – weiterhin, wenn er es wünschte, sein Arbeitsverhältnis aufrechterhalten konnte, galt das seit 1963 für Hochschullehrer nicht mehr. Auch wenn Hedwig Voegt den „erzwungenen“ frühen Ausstieg aus der Universität bedauerte – aufs Altenteil setzte sie sich deshalb noch lange nicht. Jetzt hatte sie jene Zeit, die ihr im akademischen Lehrbetrieb oft fehlte, um sich intensiv um das publizistische Erbe der „Revolutionsmänner“ zu kümmern, dem sie sich seit ihrer Dissertation verbunden fühlte. Nach sechs Editionen mit Texten

von Knigge, Rebmann, Merck, Voß und Kerner in den Jahren zwischen 1966 und 1981 sollte die von ihr besorgte große dreibändige Rebmann-Ausgabe (1990 bis 1992), deren Erscheinen sie nicht mehr erlebte, zu ihrem wissenschaftlichen Vermächtnis werden.

Ihr Grab fand die Hamburger Deern im Ehrenhain der Antifaschisten auf dem Leipziger Südfriedhof. Daß 20 Jahre nach ihrem Tod dieser bescheidenen Wissenschaftlerin nunmehr mit einer biographischen Skizze gedacht wird, haben wir der Autorin Ursula Suhling und der Hamburger Willi-Bredel-Gesellschaft zu verdanken.

Dr. Edmund Schulz

Ursula Suhling: Rebelle Literatur – Quelle moralischer Kraft. Hedwig Voegt (1903 bis 1988). Erinnerungen und Biographisches. Mit einem Beitrag von Dr. Evamaria Nahke. Nachwort Dr. Wolfgang Beutin, 82 S., Br., 4,80 Euro

Zu beziehen über die Willi-Bredel-Gesellschaft, Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg.

willi-bredel-gesellschaft@t-online.de

Mein Sturm auf das Winterpalais

Wie der Regisseur Rudi Kurz den Spuren Eisensteins folgte

Ungläubig starre ich auf das Bild. Ein Foto aus längst vergangenen Zeiten. War das Wirklichkeit? Wo, ist ja klar. Das ist auf dem Bild zu erkennen. Aber wann? Und gerade heute finde ich es. Zufall, oder hat das etwas mit dem Datum zu tun? Ich versuche, die Zeit zurückzudrehen. Was haben wir heute? 2007, Oktober.

„Roswitha – wann waren wir das letzte Mal in der Ruhmreichen?“ Prompt kommt es aus der Küche: „Siebenundachtzig, Oktober.“ „Stimmt das? Weißt du das genau?“

Ich überlege: 1987, Oktober. Das wären zurückgerechnet genau 20 Jahre. Nachdenklich starre ich auf das zufällig beim Kramen wiederentdeckte Foto. Das, was ich da sah, was ich da gerade tat, könnte ich heute nicht mehr machen.

„Roswitha – das war doch damals nur ein Wochenende, oder nicht?“ „Zwei Tage Moskau, zwei Tage Leningrad. Mit Ralf und Isolde. Über Reisebüro. Rechts im Regal, das vierte Fotoalbum. Kannste gucken, ob's stimmt.“ Die Aufnahmen machte damals Ralf, Kameramann beim Fernsehen. Er und seine Frau Isolde sind tot. Beide zu früh gegangen. Verluste stellen sich jetzt häufiger ein. Die Einschlüge kommen näher. Ich blättere in dem Album. Dieser Tag, damals vor 20 Jahren, begann in der Früh mit einem Spaziergang am Newa-Ufer. Feuchter, schwerer Nebel lag dicht über dem Fluß. Düster und drohend ragten plötzlich die stählernen Aufbauten des Panzerkreuzers „Aurora“ vor uns auf.

Das berühmteste Schiff aller Meere hatte über die Toppen geflaggt. Es waren ja die 70. Jubiläumstage der Oktoberrevolution. Majakowskis Verse aus seinem Poem fielen mir ein: „... und ‚Aurora‘ sprach dröhnend ihr Wort!“

„Von hier ging die Revolution aus“, erläuterte der alte ehemalige Matrose, der die Besucher durch das Schiff führte. Seine Uniform war schon stark abgetragen, über der Brust spannte sich das blau-weiß querstreifte typische Matrosenleibchen. Der Schwall seiner Informationen ging ihm routiniert auswendiggeleiert von den Lippen, über denen ein Respekt einflößender Bootsmannsschnurrbart hing. Wir fröstelten. Es war naßkalt. Isolde fragte: „Gehen wir auch nach innen?“ Der Matrose – ich schätzte, er war schon im Rentenalter – nickte freundlich: „Patom, patom, skoro madame.“ Ein Wodka wäre jetzt gut. Ein bißchen Feuer von innen würde auch besser zum Thema passen.

Als ich Ende der 50er mit Hannes Fischer zum ersten Mal hier war, anlässlich der

internationalen Regisseurkonferenz, hat uns ein echter Marineveteran, ehemaliger Bootsmannsmaat auf der „Aurora“, über die atemberaubenden Tage der Revolution informiert. Obwohl auch nicht jünger als der jetzige, hatte er mit Feuereifer und großer authentischer Glaubwürdigkeit diese Zeit vor unseren Augen und Sinnen lebendig werden lassen. Der Jetzige wirkte gelassener, eingeübter. Mitreißend schon gar nicht. Er war inzwischen mit der Besu-



Der Autor bei der „Erstürmung“ des berühmten Gebäudes

chergruppe in den Schiffsraum, das heutige Museum, geklettert. Ich stand allein am Bug des Panzerkreuzers neben dem legendären Geschütz. Ich legte die Hand auf das kalte graue Metall des Kanonenrohrs. Aus diesem Lauf ist also – der fast heiligen Legende nach – der Schuß abgefeuert worden, der das Signal gab zu einer historischen Tat, die die Welt verändern sollte.

Das Signal abends um 21 Uhr 45 zum Sturm auf den Winterpalast, den letzten Stützpunkt der provisorischen russischen Regierung. Der Nebel hatte sich inzwischen verzogen. Prüfend schätzte ich die ungefähre Entfernung ab vom Bug des Schiffes, wo ich neben der Kanone stand, in die Richtung, in der ich das Winterpalais vermutete, in meinen Gedanken den Flug des Geschosses verfolgend. Ich sehe das berühmte Bild der fliegenden Kanonenkugel, auf der Münchhausen mit seinem flatternden Haarschopf reitet, sich

an den glatten Rundungen der Kugel festhaltend. Wer hätte wohl – wenn auch nur symbolisch – auf dieser „Aurora“-Kugel sitzen können? Lenin? Stalin? Trotzki? Vielleicht wäre unser Karl aus Trier der Richtige gewesen?

Abgeschossen mit herzlichen bolschewistischen Grüßen an den zaristisch-bürgerlichen Klassenfeind, mit der Aufforderung, den Platz zu räumen. Eine neue Zeit würde ihren Anfang nehmen. Die von unten kämen jetzt nach oben. Welche Wünsche, welche Hoffnungen, welche Illusionen waren die Triebkraft, die die erste Kugel aus diesem eisernen Rohr hinausjagte. Sie flog und flog über Jahrzehnte. Bis heute.

Nun stehe ich, 70 Jahre später, an diesem wahrlich historischen Punkt und wehre mich gegen aufkeimende Wehmut.

Was hat man diesem Land angetan in all den Jahrzehnten? Bürgerkrieg, Überfälle aus halb Europa, Einkreisung, Boykott, Raubzug der Faschisten mit der Zerstörung des halben Landes, Drohung mit der Superbombe, Zwang zum Werrüsten, Einsatz aller Ressourcen wegen der Pression, sich verteidigen zu müssen. Nur weil dieses Volk ein anderes Leben wollte. Ohne Ausbeutung, ohne Konzerne, leben in friedlichem Wettstreit mit anderen. Ja takoi drugoi strani nisnaju, gde tak wolno deschet tschelowek. Denn ich kenn' kein andres Land ...

Frierend ziehe ich meine Hand zurück, die die ganze Zeit auf dem kalten Kanonenrohr lag und stecke sie in die Tasche.

Namen gehen mir durch den Sinn: Lenin, Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Tschernenko, Andro-

pow. Und jetzt ist es Gorbatschow. Einer der Jüngeren. Ein Hoffnungsträger. Hoffnung worauf? Die Welt um ihn herum hat sich nicht geändert. Was soll er also ändern? Zum Guten, zum Besseren? Wie würde es aussehen, wenn man die Kurve der jahrzehntelangen Leistungen in eine Parallele zu den vielen Namen bringen würde? Auf und ab, hin und her, rein und raus. Und dann die Gesamttendenz betrachten.

Glasnost ist es inzwischen und Perestrojka. Öffnung und Umgestaltung. Öffnung wohin? Umgestaltung in was? Was wird diesem Riesenland – und vielleicht der ganzen Welt – die Zukunft bringen? Die Zügel werden lockerer gelassen, die Pferdchen brechen rechts und links aus. Wer hält die Zügel, zeigt den Weg? Fragen über Fragen. Wo stehen die Antworten? Keinesfalls in der „Prawda“, der „Iswestija“ oder gar in unserem Zentralorgan ...

Aus unserem stürmisch-revolutionären Elan der ersten Jahrzehnte ist ein gemäßigter, aber immer noch stabiler und belastbarer Optimismus geworden. Und nun schleicht sich langsam und heimlich, Tropfen für Tropfen, das Gift des Zweifels hinein. Mir ist kalt geworden. Ich will nun auch in den Schiffsbauch steigen, in die wärmende Nähe der Freunde. Meine Trabanten kommen mir schon auf dem eisernen Niedergang entgegen. Lachend, frohgelaunt und alle durcheinanderschwanzend. Der unten in der Kombüse eingenommene zweistöckige Wodka scheint seine Wirkung vollauf erreicht zu haben. Prasdnik – Feiertag. Na storowje! Hoch die Tassen!

Kurz nach seinem Amtsantritt versuchte der Neue im Kreml den Alkohol zu verbieten, oder wenigstens drastisch einzuschränken. Und das in einem Land, in dem es im Winter zwischen 35 und 50 Grad Kälte werden kann! Dieses Volk ohne Pulle? Was hat der sich denn gedacht?! Es war die erste Kraftprobe zwischen ihm und den 250 Millionen seines riesigen Landes. Und wo sein potentieller Widersacher Jelzin ein ausgewiesener Fachmann für Spirituosen aller Art ist, hat er natürlich die Kraftprobe verloren.

Der Tag, der auf der „Aurora“ begonnen hatte, war noch sehr ereignisreich. Isaak-kathedrale, Smolny, Ermitage, das Museum mit Verehrungen aller Art: Lenin in Stein, in Marmor, Bilder von ihm mit Federn, Erbsen, in Teppich gewebt, in Mosaiken gestaltet. Mit viel Liebe und Wertschätzung ausgeführt.

Da fiel mir eine Anekdote ein, die Erich Selbmann, jahrelanger Korrespondent des Fernsehens in Moskau, einmal erzählte: Für die unendlich vielen kleinen Städten des Landes gab es zwei Ausführungen von Leninstatuen. Lenin mit der Mütze auf dem Kopf, den rechten Arm weit ausgestreckt und mit der Hand in die Zukunft weisend und Lenin barhäuptig, die Mütze in der ausgestreckten Hand haltend. Nun wollte es das Pech, daß in einem Fall beim Lenin mit der Mütze auf dem Kopf beim Transport der Arm abgebrochen war. Man schrieb in die Hauptstadt und bat um einen neuen Arm. Moskau schickte in Ermangelung des richtigen den Arm mit der Mütze, so daß man hier den einzigen Lenin mit zwei Mützen besaß. Eine auf dem Kopf, die Hand mit der zweiten Mütze weit in die Zukunft weisend.

Am späten Nachmittag fuhren wir noch raus zu dem herrlichen Sommersitz Peter I., der bei der Belagerung während des Krie-

ges von der „sauberen Wehrmacht“ ausgeplündert und angezündet wurde. Müde, aber in angeregter Stimmung landeten wir in unserem Hotel. In dem kaukasischen Restaurant aßen wir Schaschlik, tranken georgischen Wein und armenischen Kognak. Wir wurden von Kellnern in Tscherkessen-uniformen bedient, und bald sangen wir in aufgeräumter Stimmung alle Lieder, die wir kannten, von der Warschawianka bis zu den Partisanen vom Amur. „Und wir jagten sie zum Teufel, General und Ataman ...“

Da kam eine Busladung grölender ange-trunkener Finnen ins Lokal, die über die nahe Grenze eingereist waren, um sich während der Feiertage mit Alkohol zuzuschützen, den sie in ihrer Heimat um vieles teurer bezahlen mußten. Wir flohen, weil wir den erlebnisreichen Tag ruhig ausklingen lassen wollten. Schon zwei Straßen weiter standen wir auf dem weiten, menschenleeren Platz vor dem Winterpalais.

Es war kurz vor Mitternacht. Inzwischen war leichter Schnee gefallen und hatte wie ein Hauch die Stadt überzuckert. Durch die kalte Luft wurden wir wieder etwas ernüchtert. Nachdenklich blickten wir auf die breite Front des alten Schlosses. Hier war der Ausgangspunkt. Ex oriente lux.

Die Idee wurde zur materiellen Gewalt und eroberte fast ein Drittel des ganzen Erdballs. Sind wir dabei, es zu verspielen? Ohne Not aus den Händen zu geben? Wird aus dem Hoffnungssträger ein Totengräber?

Ralf macht ein Foto. Eine Totale vom Schloß. Den Frauen wird es kalt. Sie drängen zur Umkehr.

Mein Blick richtete sich noch einmal auf das Portal, das riesige Gittertor, verewigt in vielen Filmen und dadurch weltbekannt. Eisenstein, Pudowkin und alle Regisseure, die etwas auf sich hielten, jagten ihre Schauspieler und Statisten, als rote Matrosen verkleidet, über und durch dieses Eingangstor in eine vermutlich bessere Zeit. Maschinengewehrgeknatter, Pulverdampf und Granateinschläge waren die Begleitmusik zu den jubelnd-wütenden Hurrarufen der revolutionären Matrosen der baltischen Flotte, die die ersten waren, die sich mit Gewalt nahmen, was man ihnen Jahrhunderte verwehrte.

Da stieg es heiß in mir hoch. War es die Akkumulation dessen, was wir die ganzen letzten Tage in uns aufnahmen, das nun in der Nacht, in eine neue emotionale Qualität umgewandelt, mich unwiderstehlich ergriff? War es der genossene Alkohol, der seinen Anteil daran hatte, daß ich außer Kontrolle geriet? Wie von einer Sprungfeder geschneilt, lief, nein, rannte ich, so rasch mich meine alten Rentnerbeine noch trugen, über den stillen, total leeren Platz auf das Palais zu. Ehe mich meine entsetzten Begleiter noch zurückhalten konnten, schrie ich, angefüllt mit revolutionärem Elan und mit heiser sich überschlagender Stimme: „Es lebe die Revolution! Nieder mit Kerenski! Hoch die Sowjetmacht!!“ Und schon sprang ich am Gitter empor, hielt mich wie ein Klammersaffe mit meinen Gichtfingern an den schmiedeeisernen Verzierungen fest. Tapfer verbiß ich die heftigen Schmerzen in mei-

ner Hüfte. Was jetzt geschah, überstieg all unser Vorstellungsvermögen: Durch meinen Sprung hatte ich einen Kontakt ausgelöst, der eine heulende Sirene in Betrieb setzte. Kein Angst einjagender alarmierender Ton, sondern mehr ähnlich dem Gejaule eines alten hungrigen räudigen Köters.

Nach einer Schrecksekunde sprang ich vom Tor, jagte zurück zu meinen Freunden, und wir alle rannten in den Schutz der gegenüberliegenden Gebäude. Dort verharnten wir, schreckgelähmt und atemlos, der Dinge, die da kommen würden. Die Sirene endete mit einem erstickten Gurgeln. Nichts geschah. Ich starrte mit offenem Mund zum Schloß. Mein revolutionärer Elan war mir in die Hose gerutscht. Da öffnete sich eine kleine Seitenpforte, heraus trat ein leicht hinkender Mann im Invalidenalter, schaute sich mißmutig um, sah niemanden, gähnte gelangweilt und verschwand wieder. Ungläubig schauten wir uns an, dann lachten wir verlegen. Ralf klopfte pffiffig auf seine Kamera und bedeutete mir, daß er meinen Sturm auf das Winterpalais für die Nachwelt festgehalten hätte. Und genau dieses geschichtsnotorische fotografische Zeugnis hatte ich nun beim Kra-men in alten Resten gefunden. War dieses müde Gähnen des Nachtwächters schon eines der ersten Zeichen des Bremsers, den man teils hoffnungsvoll, teils verächtlich Gorbi nannte?

War das schon ein Hängenlassen, das das nächste Stadium des Lösslassens ankündigte? Oktober 1917 – Oktober 2007. 90 Jahre. Historisch gesehen eine kurze Zeit. Fast parallel zu meinem eigenen Leben. So hatte ich das noch gar nicht betrachtet. Was ist inzwischen alles geschehen? Auch mit uns!

Und wieder durchfährt mich ein leichter, ziehender Schmerz. Auch wenn wir die Illusion vorläufig zu Grabe tragen mußten, die Hoffnung bleibt. Die Geschichte der Menschheit ist noch lange nicht zu Ende.

Ich lege das Bild zur Seite mit der sicheren Gewißheit, daß ich der letzte Veteran bin, der den Sturm auf das Winterpalais noch mitgemacht hat.

Rudi Kurz



Am 5. Oktober um 10 Uhr

findet eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Frankfurt/Oder** sowie anderer linker und antifaschistischer Kräfte in den Räumen der Volkssolidarität Fürstenwalder Straße 24 statt.

Gerhard Hoffmann (BdA/VVN) spricht zum Thema

NPD-Verbot jetzt!

Hermann Hesse und die Linken

Werke des Nobelpreisträgers wurden in fast 60 Sprachen übersetzt

Eine gute Nachricht gab es Anfang April 2005 aus Frankfurt/Main. Volker Michels vom Suhrkamp-Verlag konnte damals die vollständige zwanzigbändige Ausgabe des Gesamtwerkes des Nobelpreisträgers Hermann Hesse präsentieren. In vierjähriger Arbeit waren 14 000 Seiten ediert worden. Im Herbst 2005 folgte noch ein Registerband. Hermann Hesses Werk wurde in fast 60 Sprachen übersetzt, und die Weltauflage seiner Bücher liegt bei 120 Millionen.

Hesse, der 1912 in die Schweiz übersiedelte und sich bereits im Ersten Weltkrieg nicht dem pseudopatriotischen Hurrageschrei anschloß, habe sich als „politisch weitblickender Autor“ erwiesen, sagte Michels. Nach seiner Darstellung trug Hesse selbst zu einem gewissen Zerrbild bei, weil er sich in der 1957 von ihm besorgten Ausgabe seiner Gesammelten Schriften auf Romane und Gedichte konzentrierte.

Michels hat seit 1975 zusammen mit Heiner Hesse, dem bereits vor einigen Jahren verstorbenen Sohn des Dichters, ein Editionsarchiv aufgebaut. Darin wurden noch

nicht erschlossene Schriften sowie Zehntausende Hesse-Briefe gesammelt.

Joachim Kaiser schrieb 1984 anlässlich der Herausgabe von „Politik des Gewissens“, Erster Band 1914–1932: „Daß die politischen Schriften Hesses erst heute gesammelt herauskommen und nicht vor zwanzig oder dreißig Jahren erschienen, ist für die Leser, aber auch für den Autor ein Glück ... Von seiner völligen Immunität gegenüber Moden, gegenüber aufgeblasenen politischen, zeitkritischen und journalistischen Dummheiten bleibt beängstigend viel zu lernen.“

Als einem Zeitzeugen und Gesprächspartner des Dichters, der beim erwähnten Sohn Hesses einen sechsmonatigen Familienanschluß während der Internierung in der Schweiz erleben durfte, blieben mir viele Probleme nicht verborgen. Außer den Pateneltern erwies sich die erste Enkelin Hermann Hesses sehr besorgt um den Internierten und verwandte als Abiturientin viel Zeit auf den Achtklassenschüler. Manche gesammelten Schriftstücke aus Zeitungen u. a. Publikationen, die ihr im Geschichtsunterricht gedient hatten, bekam ich zu sehen und zu lesen. Interes-

sant war ein Brief des alten Hesse an seinen Sohn Heiner vom 31. Januar 1930, der mir einigen Aufschluß gab. (Suhrkamp TB 1981, S. 439/42) Den „Brief an einen Kommunisten“ von 1931 erläuterte mir ein Freund Heiners in Abschnitten, denn er war für mein damaliges geistiges Verständnis und meine noch geringen Erfahrungen als 18jähriger doch etwas zu schwierig. Er wurde wiederholt auch mit anderen diskutiert.

Lehrreiche Dokumente sind der „Offene Brief an Luise Rinser“ aus der „National-Zeitung“ Basel vom 26. April 1946 sowie deren Antwort. Verweisen möchte ich noch auf das „Nachwort“. Es beginnt mit einer Äußerung des Nobelpreisträgers: „Mir liegt alles Politische nicht, sonst wäre ich längst Revolutionär ...“ Mit solchen „Provokationen“ mußte er natürlich ins Kreuzfeuer verschiedener Interessengruppen geraten, die sich zu oft nicht die Mühe machten, seine Äußerungen ernsthaft zu durchdenken und mit der Realität zu vergleichen. Es gab eben seine Erfahrungen, die man nicht ungehehen machen konnte.

Dr. Günther Hahne

„Welten standen sich gegenüber“

Armin Müllers Lieder wurden begeistert gesungen

„Du wirst dir den Hals brechen“, warnt die Friseurin Monika ihren Freund Martin Leitner, der im Herbst 1959 als junger Genosse den Auftrag angenommen hat, in einem südthüringischen Grenzdorf den Posten eines Bürgermeisters zu bekleiden. Martin bleibt hart. Er will ihr das Gegenteil beweisen. Eine schwierige Aufgabe – denn er ist kein Einheimischer. Und: In den letzten zwei Monaten hat es sechs illegale Grenzübertritte gegeben. Kurz nach Leitners Dienstantritt wird Oberleutnant Weißgerber bei einem Kontrollgang an der Grenze zur BRD tödlich verwundet ...

Spannend und dennoch sehr behutsam erzählt der 1928 geborene Prosa-Autor und Lyriker Armin Müller, aufgewachsen im schlesischen Schweidnitz, in seinem Roman „Du wirst dir den Hals brechen“ (Verlag Neues Leben Berlin 1961), wie viele junge Leute in ihrer noch frischgebackenen DDR Verantwortung übernehmen, wobei sie über sich selbst hinauswachsen, das Vertrauen bisher Abwartender gewinnen. Es entsteht ein neues Lebensgefühl, wenn auch unter Mühen. Freundin Monika behält nicht recht, denn Martin gewinnt die Waldbauern Schritt um Schritt für die Gründung einer Vieh- und einer Töpfergenossenschaft, schließlich zieht sogar kulturelles Leben in Woltersreuth ein, mit Unterstützung der Genossen in der Kreisstadt.

Martin Leitner wird allmählich klar, daß er einen verdeckten Klassenkampf erlebt: „...

aber erst jetzt, in dieser Stunde, wurde ihm bewußt, daß jener schmale, umgepflügte Streifen nicht eine Grenze war wie andere. Welten standen sich gegenüber, Hoffnung und Niedertracht ...“

Die frühe Prosa Armin Müllers thematisiert, wie auch sein „Poem 59“ (Gedichtband) und „Der Maler und das Mädchen“ (1966) den ungestümen, konfliktreichen gesellschaftlichen Umbruch von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden.

Als eine starke lyrische Begabung vermeidet Müller alles Reißerische, Plakativ-Rhetorische. Er ist ein Dichter der behutsamen, leisen Töne, wägt die Worte, prüft Argument und Gegenargument.

In der Erzählung „Der Maler und das Mädchen“ (1966) gestaltet Müller einen vermeintlich „gescheiterten“ jungen Künstler, der die DDR aus einer persönlichen Krise heraus verläßt. Doch er reift zu einer Einsicht, die öffentlichen politischen Protest bewirkt: Der Maler erkennt auf einer Jubiläumsparty in dem reichen Unternehmer Nuhr jenen ehemaligen Hauptmann der faschistischen Wehrmacht wieder, heute „Ehrenbürger“ einer westdeutschen Stadt, den Mörder des polnischen Mädchens Janka. Nun wird ihm bewußt, daß er sich hat blenden lassen, er wird die Wahrheit gemeinsam mit Studenten publik machen.

Armin Müllers Lieder, besonders das sehr beliebte „Laßt heiße Tage im Sommer sein, im August, im August blühen die Rosen ...“ (Vertonung: Günther Fredrich) haben wir damals 1951, vor und zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, gern gesungen. Das „Poem 59“ und „Die Reise nach S.“ ließen ihn früh zu einem der bekanntesten Lyriker der DDR werden. Bereits nach Louis Fürnberg (1959, postum) erhielt er 1960 als zweiter den Literatur- und Kunstpreis der Stadt Weimar, 1969 den Nationalpreis der DDR (im Kollektiv).

In den 60er und 70er Jahren dominierten in Müllers Schaffen Hör- und Fernsehspiele sowie Dramen. Weithin internationale Anerkennung errang sein mehrfach aufgelegter Roman „Der Puppenkönig und ich“ (1986). Da Armin Müller in den 70er und 80er Jahren zunehmend auch das Mittel der Malerei in sein Schaffen einbezog, kam es zu Dutzenden Gemäldeausstellungen in Ost und West, wovon ein erheblicher Teil in Büchern („Auf weißen Pferden“, 1983) dokumentiert ist. Der Dichter lebte seit 1946 in Weimar und zählte wie der spätere Schriftsteller Harry Thürk zu den Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend in Thüringen und der Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren (AJA Thüringen). Armin Müller starb 2005.

Werner Voigt, Kromsdorf

Reime für den „RotFuchs“

Die Liebe

Durch sie bist du geworden,
mit ihr bist du gewachsen,
behütet und geleitet
von Mutter und Vater.

Gestreichelt, geküßt,
geschubst auch – doch immer vorwärts,
damit du stark werdest
und bestehst im Leben.

Du empfängst sie als Geschenk.
Sie macht dich glücklich.
Erwirbst du selbst die Fähigkeit, sie zu
geben,
machst du andere und dich glücklich.

Wenn der Mensch reif geworden ist,
rüttelt und schüttelt sie ihn.
Gefühl und Verstand scheinen einander
Feind.

Den Himmel öffnet sie
zu höchster Glückseligkeit.

Werden es Minuten, Stunden, Tage, Jahre
sein,
die sie bei dir ist?
Du empfängst und du gibst sie.
Wer bestimmt ihre Dauer?

Beschenkt werden läßt sich nicht erzwingen.
Dein Schenken aber kannst du bestimmen –
Ob du sie gibst, wann,
wie viele Minuten, Stunden, Tage, Jahre.

Soll sie für ein ganzes Leben halten,
muß sie ständig neu errungen werden.
Gib sie immerzu – ohne Pause.
Du kannst sicher sein,
sie reicht bis ans Lebensende.

Hilde Kern (1992)

Kommend aus Sturmflut

kommend aus Sturmflut mit bleichen Haaren und
salzigen Augen gehen wir durch versprochene
Landschaft die Falten unserer Hemden grau die
Knöpfe glanzlos wohin mit den Händen Arbeit
ein Wort unter Worten die schmerzen
im Sand der Abdruck unserer Leiber Die Dünen
wandern Gras wächst über jegliche Spur bis
Mond sie freilegt bis zu den Wurzeln bis zur
Hoffnung bis zur Dunkelheit und zum Feuer
Wir sitzen in unserem Fleisch und im Fleisch
aller die vor uns waren und aller die kommen
an nicht zu löschendem Feuer mit bleichen
Haaren und salzigen Augen starren wir auf die
Ebbe und beten fluchend um Flut

Christa Müller

Klassentreffen

Ich habe nicht nachgesehen,
in welcher Region Du lebst,
aus welcher Stadt Du angereist bist.
Aber wo Du angekommen bist,
werde ich Dich fragen.

Ich will nicht wissen,
ob Du ein großes Haus hast,
welches Auto Du fährst.
Aber was die Jahre mit Dir
und Du mit ihnen gemacht hast,
würde mich interessieren.

Du mußt mir nicht erzählen,
welche Länder Du alle gesehen hast,
in welchen Städten Du weiltest.
Aber was Du über die Zustände denkst,
die Du da angetroffen hast,
das wüßte ich schon ganz gerne.

Ob Du an ein höheres Wesen glaubst
oder die Natur als Schöpfer verehrst,
das ist allein Deine Sache.
Aber wie mitmenschlich Du lebst,
davon könntest Du mir berichten.

Ich werde Dich nicht fragen,
ob Du einer Partei angehörst ...
Aber wenn Du über Deine Irrtümer
sprechen solltest, werde ich Dir
aufmerksam zuhören.

Manches Ereignis von damals habe
ich nicht mehr so genau in Erinnerung.
Aber wenn Du mir Fragen stellen solltest,
auf die wir beide keine Antwort wissen,
wäre es ein bißchen wie damals.

Dr. Hans-Joachim Gollnick

Anno Hartz IV

Eigentümer steiler Kontostände
färben ihr kaviarschwarzes Weltbild
hummerrot
werden zu eigentümlichen Sozialisten:
enteignen Niedrigkonten-Menschen

Jürgen Riedel

Moder-atoren

Unter dem Konfektions-Deckmantel
der Demokratie
ödfimmert
Gleichschaltung über den Bildschirm

Knopflochperspektive der Moderatoren
keineswegs moderat
wirft sozial gefütterte Politik
in den Begriffscontainer für Altkleider

Jürgen Riedel

Daß nun endlich offenbar!

Wir treten zum Beten,
wir sind die Gerechten.
Die Guten ans Töpfchen,
über die Schlechten
das Richterschwert!
Verjährt
sind die Highlights –
Brüder, Schwestern
Schnee von gestern

Die Jahre vergeh'n,
eben noch zehn
sind es doppelt soviel,
und das Ziel,
den „Unrechtsstaat“
zu delegitimieren
will noch immer nicht funktionieren.

Weil die Eltern schlimme Sünder,
ihre Kinder
wie bekannt
mit der linken Hand
erzogen
und verbogen,
müssen sie's von UNS erfahren:

Mit Füßen trat
dieser „Unrechtsstaat“
Menschenrechte
auf Profit:
keine Arbeitslosen mehr,
also kein Reserveheer,
das für Billiglohn
produziert !

Alle Jahre wieder
klangen ihre Lieder:
„Für den Frieden auf der Wacht“
Keiner hat an Öl gedacht,
Ohne Fische an der Angel
war an allem großer Mangel,
Hänsel, Gretel litten Not,
alle Tage trocken Brot!

Daß nun endlich offenbar,
wie es damals war
in der DDR,
sollen es die Schulen richten,
Märchen als Geschichte(n)
von dem bösen Wolf erzählen,
der viel Kreide aß
und sechs Geißlein fraß,
Doch das siebte nicht entdeckt,
das sich klug versteckt
in der großem Weltzeituhr –

Und so blieb noch eine Spur
dieser Osta-Nostalgie,
und des morgens früh,
wenn die Hähne kräh'n,
kann man's hören und versteh'n:

Stetes Trommeln einer Macht
hat noch nie Erfolg gebracht.
Büßerhemden sind poröse,
anstatt sachlich wird man böse,
und das Herz bleibt außen vor!

Dr. Käthe Seelig

Der Dichter, der mit 26 Jahren starb

Unvergessen: Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“

Ich möchte Leuchtturm sein /in Nacht
Lund Wind /für Dorsch und Stint, /für
jedes Boot /und bin doch selbst/ ein Schiff
in Not!“ Diese Verszeilen schrieb der hoffnungsvolle Dichter Wolfgang Borchert. Erst 26 Jahre alt, starb er am 20. November 1947 in einem Spital in Basel an einer



gefährlichen Leberkrankheit. Freunde hatten ihm den Kuraufenthalt in der Schweiz ermöglicht. Im Februar 1948 wurde seine Urne auf dem Olsdorfer Friedhof in Hamburg beigesetzt.

Wolfgang Borchert sah mit 15 Gustav Gründgens als Hamlet und wollte daraufhin auch Schauspieler werden. Privat nahm er Unterricht. Als Siebzehnjähriger begann er expressionistische Gedichte zu schreiben, auch drei Theaterstücke. 1941 bestand er die Schauspielprüfung und wurde in Lüneburg engagiert. Doch der Einberufungsbefehl folgte fast auf dem Fuße.

Im Winter 1941/42 verwundet, schrieb er aus dem Lazarett eigenwillige und leichtsinnige Briefe. Sie brachten ihm die sofortige Verhaftung und das Todesurteil ein. Doch nach sieben Monaten wurde er zum „Dienst ohne Waffe“ an die Ostfront entlassen. Schwerkrank kam er erneut in ein Lazarett. Das Erzählen politischer Witze hatte zur Folge, daß er monatelang in Untersuchungshaft gesteckt wurde. In Berlin-Moabit verurteilte man Borchert wegen „Wehrkraftzersetzung“. Er erhielt indes „Strafaufschub“. Noch im März 1945 gelangte er in Frankfurt a. M. als Soldat zum Einsatz. Von Franzosen gefangen genommen, floh er. Im Mai 1945 traf er schwerkrank in Hamburg ein. Das Hospital entließ ihn als unheilbar.

In fiebriger Hast schrieb Borchert nun seine Werke, die ihn zum „Dichter einer verlorenen Generation“ machten. Ende 1946 erschien sein Bändchen „Laterne, Macht

und Sterne“. Der Zyklus enthielt 14 zwischen 1940 und 1945 entstandene Gedichte über seine Heimatstadt Hamburg. Sie erinnern an die Großstadtlyrik des Expressionismus der 20er Jahre. Vorher hatte Borchert mehr als zwanzig Geschichten geschrieben, die später unter den Titeln „An diesem Dienstag“ und „Die Hundebblume“ (beide 1948) sowie „Die traurigen Geranien“ (1962) erschienen. Unvergessen sein antimilitaristisches Manifest „Sag nein!“, geschrieben noch im November 1947.

Borcherts Kurzprosa hat etwas Atemloses, Gehetztes, Dynamisches und besticht mit großer Unmittelbarkeit im Ausdruck. Eine andere Seite sind mitschwingende Naturimpressionen, hymnische Liebeserklärungen an Hamburg. Der schönste und ergreifendste Prosatext ist wohl „Die Hundebblume“, den er im Winter 1945/46 im Krankenhaus schrieb.

Der Zeitpunkt des Entstehens der Szenenfolge „Draußen vor der Tür“ wird unterschiedlich angegeben, einerseits Spätherbst 1946, andererseits Januar 1947. Die Erstsendung des Hörspiels erfolgte am 13. Februar 1947. Kurioserweise konnte Borchert die Ursendung nicht hören, da sein Stadtbezirk gerade wieder einmal unter Stromsperre fiel. Es gab eine außerordentlich starke Resonanz. Der junge Autor erhielt zahlreiche Briefe, viele Besucher umlagerten sein Krankenbett. Das Hörspiel mußte wiederholt gesendet werden. Als Theaterstück wurde es einen Tag nach dem Ableben des Dichters in den Hamburger Kammerspielen uraufgeführt. Noch vor seinem Tode erfuhr Borchert, daß es auch Bühnen in Stuttgart, Heidelberg, Frankfurt a. M., Braunschweig und München angenommen hatten. Weitere Häuser in West- und Ostdeutschland folgten, so daß es in weit über 30 deutschen Theatern gespielt wurde. Man übersetzte das Erfolgsstück ins Dänische, Schwedische, Finnische, Französische und Japanische. Damit bestätigte sich die Befürchtung des Autors nicht, das Heimkehrerdrama sei ein Stück, das niemand spielen oder sehen wolle.

1947 hinterließ Borchert ein schmales, von Leidenschaft und Empörung glühendes Gesamtwerk. Es erschien 1949 bei Rowohlt. Der Band umfaßte 350 Seiten und enthielt Gedichte wie Erzählungen aus dem Nachlaß. Alle Arbeiten Borcherts kamen auch 1957 im Mitteldeutschen Verlag Halle heraus. Den Nachlaß des Schriftstellers betreut das Wolfgang-Borchert-Archiv bei der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg. Ende 1988 wurde eine Internationale Borchert-Gesellschaft gegründet, die sich um die Pflege seines Erbes bemüht.

Das Antikriegsstück wurde von dem Regisseur Wolfgang Liebeneiner unter dem Titel „Liebe 1947“ verfilmt. 1960 stellte es Fritz Bornemann im Deutschen Fernsehfunk der DDR mit Reimar Johannes Baur vor. Am Deutschen Theater Berlin wurde es 1980 als erschütterndes Zeitdokument und Psychogramm neu inszeniert. 1986 brachte Fritz Bornemann das Stück in einer beeindruckenden Koproduktion DDR/Finnland auf den Bildschirm. „Draußen vor der Tür“ fand in Helsinki als Beitrag zum UNO-Jahr des Friedens starke Beachtung. Bis 1990 folgten noch vier Borchert-Filmvisionen und eine Ida-Ehre-Hommage, in der die greise Hamburger Theaterprinzipsalin die Aktualität des Schriftstellers beschwor. Während des „Budapester Musikfestes“ wurde die Oper „Draußen vor der Tür“ von Sandor Balassa 1978 uraufgeführt.

Der DDR-Schriftsteller Claus B. Schröder veröffentlichte 1981 „Sieben Kapitel einer Reise zu Wolfgang Borchert“. Er ließ mitempfinden, wie er 1978 Hamburg auf den Spuren von Borchert sah und erlebte. 1988 legte Schröder seine Borchert-Monographie „Draußen vor der Tür“ vor. Er stützte sich auf zahlreiche Briefe des Dichters und Aussagen von Zeitzeugen. Auf diese Weise versuchte Schröder, das Verhältnis Borcherts zum Leben, zur Literatur und zum Schreiben überzeugend auszuloten, um zu dessen Illusionen und zu seiner Selbsterneuerung vorzudringen. Schröder war bis Anfang 1993 Vorsitzender der Internationalen Borchert-Gesellschaft.

Die Geburtsstadt Hamburg ehrte den Schriftsteller im Sommer 1996 anlässlich seines 75. Geburtstages mit einer Ausstellung und dem Buch „Pack das Leben bei den Haaren – Wolfgang Borchert in neuer Sicht“. Im Sommer 1999 fanden in Berlin die Wolfgang-Borchert-Wochen beim Literaturforum im Brecht-Haus statt. Mit Kurzgeschichten und Verfilmungen erinnerte man an den Dichter. Gezeigt wurde eine Ausstellung von Inszenierungen seines berühmten Stückes. **Dieter Fechner**



Leserbriefe an RotFuchs



Die XXIX. Olympischen Sommerspiele, in Peking ausgetragen, sind Geschichte. „Tolle Organisation, ein vorbildliches Olympisches Dorf, großartige Wettkämpfe“, lobte IOC-Präsident Rogge. Sportler von 204 NOKs lieferten sich spannende Wettkämpfe. Anerkennung gebührt auch den deutschen Medaillengewinnern. Bei allem Getöse: Die Spiele in Peking verhinderten einen Rückgang der BRD bei den wichtigsten Olympischen Sportarten nicht. Waren es 1992 in Barcelona (hier wirkte das DDR-Erbe noch deutlich) 82 Medaillen, so errang die BRD-Mannschaft im Jahre 2008 nur noch die Hälfte: 41. Die Leichtathleten sind sogar auf den Stand von vor 104 Jahren zurückgefallen. Kurzum: Das IOC, die Sportler, die Weltöffentlichkeit zollen China einhellig Lob. Nur bestimmte deutsche Journalisten, allen voran die instruierten und aufgeheizten Reporter von ARD und ZDF, benahmen sich dümmlich-arrogant. An ihrer Spitze Sandra Maischberger, die bei der Eröffnungsveranstaltung unablässig auf Provokationssuche war, vom Sport keine Ahnung hat, sich aber als China anprangernde „Menschenrechts-Advokatin“ in die Brust warf. Sie und einige ihrer Kollegen übersehen dabei völlig, daß sie selbst in einem Land leben, in dem elementarste Menschenrechte tagtäglich mit Füßen getreten werden.

Erhard Richter, Berlin

Dank Rolf Berthold, der im RF 125 im Zusammenhang mit Tibet und Olympia eine Lanze für das sozialistische China bricht. Ich verfolgte am Bildschirm die wunderbare Eröffnungsveranstaltung der 29. Olympiade in Peking, die ein ausgezeichnetes Licht auf die VRCh und ihre Anstrengungen zur Austragung der Spiele wirft. Dazu kann man nur gratulieren. Auch dem IOC-Präsidenten Rogge ist zu danken, der sich nicht gegen China mißbrauchen ließ. Anders verhält es sich allerdings bei Sandra Maischberger, die im Auftrag des BRD-Staatsfernsehens die Eröffnung moderierte. Ihre fortwährenden tendenziösen antichinesischen Ausfälle à la „Menschenrechte“ störten den Gesamteindruck. Man konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß sie förmlich darauf brannte, irgendeine Demonstration gegen China bei der Eröffnung kommentieren zu können. doch da wartete sie vergebens! Alles war von ihr so dümmlich aufgepflanzt, daß man sofort bemerkte: Hier wurde „Auftragsarbeit“ geleistet. Mögen solche unseriösen Beiträge, wie man sie auch von der ZDF-Journalistin Marietta Slomka oder Herrn Hano aus ähnlichen Sendungen kennt, uns künftig erspart bleiben!

Übrigens bekam ich vor zwei Tagen einen Brief von Ingeborg Schäuble, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe in Bonn. Es handelt sich um die Frau des Innenministers. Sie bat mich, den tibetischen Flüchtlingskindern durch eine Geldspende zu helfen. Weiterhin teilte sie mir mit, daß ihre Organisation seit 30 Jahren das Kinderdorf des Dalai Lama und seiner Schwester in Dharamsala unterstützt. Jährlich würden 800 Flüchtlingskinder aus Tibet kommen. Dem Brief war ein Faltblatt beigefügt, dem ich entnahm, daß die Kinder heimlich aus Tibet weggebracht werden. Ist Verschleppung Minderjähriger über Landesgrenzen in der Bundesrepublik kein Delikt?

Dr. Dieter Rostowski, Kamenz

Die Olympischen Spiele in Peking sind mit der glanzvollen Abschlußveranstaltung zu Ende gegangen. Für die Meinungsmanipulierer in der BRD waren es allerdings die „Menschenrechtsspiele“. Ihre Berichterstattung war ekelhaft, diffamierend und voller Haß, Häme und Hetze. Mir wurde noch klarer: Die Medienmacher dieses Landes, die sich unab-

lässig als Hüter der Presse- und Meinungsfreiheit aufspielen, Vielfalt vorspiegeln, sich der Unabhängigkeit rühmen und solche schamlos gerade dieser Tage wieder einklagten, haben es fertiggebracht, eine gleichgeschaltete, interessengesteuerte, herrschaftsorientierte Verfälschung der Realität in die Köpfe von Millionen Menschen zu projizieren, die Angst machen sollte. Von Relikten des kalten Krieges müssen wir nicht mehr sprechen. Wir erleben ihn. Ideologische Kriegführung ist ein Begriff der aktuellen Realität. Leider merken das die wenigsten, versunken in ihnen vorgegebene Menschenrechtsträumereien.

Roland Winkler, Remseck

Mir lief es kalt über den Rücken, als „unsere“ Kanzlerin die Forderung stellte, Georgien in die NATO aufzunehmen. Offenbar will sie die militärische Einkreisung Rußlands, die von den USA gesteuert wird, nicht sehen. Will sie uns in den Dritten Weltkrieg hineinstoßen? Sie selbst hat ja noch keinen erlebt. Wer Bush zum Freund hat, braucht sich keine Feinde zu suchen.

Marianne Wuschko, Hoyerswerda

Die herrschenden Ideen, Meinungen und Lebensauffassungen einer Epoche werden als „Zeitgeist“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß die herrschenden Gedanken immer die Gedanken der herrschenden Klasse sind. Nach Gysis Offenbarung in der „Linkszeitung“ vom 25. Juli strahlt Obama „einen anderen Zeitgeist aus, allerdings befangen im bisherigen System“.

In der Politik wird heutzutage besonders gerne mit dem Begriff „Zeitgeist“ operiert. Was aber kann der von Gysi eingeführte „andere Zeitgeist“ des Mr. Obama sein? Zumal dieser noch „im bisherigen System befangen“ ist. Oder haben wir doch zwei oder zwei halbe Zeitgeister oder einen „geklonten“? Beim Wort Zeitgeist geht es um den jeweils herrschenden Geist der Zeit. Und was als Geist nicht herrscht, ist auch kein Zeitgeist. Doch was kein Zeitgeist ist, kann auch kein „anderer Zeitgeist“ sein. Obama mißbraucht im Interesse der Herrschenden die Hoffnungen der Menschen zur Erzeugung von Illusionen. Sein Aussehen mag ihm dabei zugute kommen.

Karl Scheffsky, Schwerin

Ein Wort zu Obamas Rede vor der Siegestsäule. Ein wahrlich passender Platz für einen Welteneroberer! Nachdem wir uns den mafiosen Amerikanismus, mit dem ein totaler Werteverfall einherging, überstülpen ließen, betrachtet jeder USA-Politiker Deutschland als neuen Stern im amerikanischen Banner.

Gisela John, Lübeck

Ich bedanke mich für die schnelle Übersendung der Juli-Ausgabe. Die Zeitschrift werde ich zu unserer nächsten Vorstandssitzung mitnehmen und den Genossen überreichen. Ich kann Euch sagen, wir sind „hungrig“ nach solchen Beiträgen, wie sie im RF stehen. Leider kommt manches in der „Provinz“ sehr spät an. Da wir uns darum bemühen, neben unseren monatlichen Mitgliederversammlungen auch regelmäßige Informationsveranstaltungen durchzuführen, eröffnet Ihr uns eine wahre Fundgrube. Das stärkt die Überzeugung, daß wir mit unserer Haltung nicht allein stehen. Das Weitersagen betrachten wir als unsere Aufgabe. Damit noch mehr Interessierte an Eure Zeitschrift herankommen und das notwendige „Kleingeld“ dafür vorhanden ist, überweise ich Euch eine Spende von 30 Euro. Dank an alle Autoren. Weiterhin viel Erfolg. Wir freuen uns schon auf die nächste Ausgabe und bleiben mit Euch in Verbindung.

**Annelore Falke, Vorstand der BO der
„Partei Die Linke“, Pößneck**

Die anerkennenden Worte von Manfred Holfert im RF 127 sind in Zeiten, in denen linke politische Betätigung den Verfassungsschutz auf den Plan ruft, Balsam für die Seele. Aber das Stehvermögen derer, die nach 1990 zu den Gründungsvätern

der Interessenvertretungen von Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR zählen, ist wesentlich höher zu bewerten. Ich nenne beispielhaft nur den Leiter der Hochschule der DVP, Generalleutnant Hellmann, und den Leiter der Rechtsabteilung im MdI; Oberst der VP Fricker: Vor Ort waren Wachtmeister, Offiziere und auch Generäle am Aufbau beteiligt.

Natürlich haben die Feuerwehrleute, Angehörigen des Strafvollzuges und Volkspolizisten registriert, daß sich die Mitglieder des Kollegiums und die Generalität des MdI im Gegensatz zu den Leitern anderer bewaffneter Organe nicht zu den brennenden Problemen ihres Berufsstandes geäußert haben. Ich weiß aber, daß viele politisch sehr aktiv sind und solidarisch an der Seite ihrer ehemaligen Untergebenen stehen.

Allerdings gibt es auch Enttäuschungen, und zu denen zählen der General des Strafvollzuges und der Chef der Feuerwehr. Im Buch „Wasser marsch in der DDR“ von Heinz Gläser wird die verräterische Rolle des Feuerwehrgenerals durch ihn selbst dargelegt. Er erklärt dort, daß seine Verhaftung nur eine Frage der Zeit gewesen sei. Wörtlich: „Nur die Wende hat mich davor gerettet.“ Daß er das war, wofür er sich heute ausbittet, kann man angesichts seines „schabowskhaften“ Verhaltens eigentlich kaum in Zweifel ziehen.

**Generalmajor der VP a. D. Dieter Winderlich,
Haren**

Der Leserbrief von Hansjörg Schupp im RF Nr. 127 wirft eine ganze Anzahl theoretischer Fragen auf. Zum Kernproblem: Aus meiner Sicht verlaufen die Klassenfronten aktuell und offensichtlich noch für einen langen Zeitraum zwischen dem Großkapital einschließlich der Handelskonzerne auf der einen und der Arbeiterklasse sowie deren Verbündeten, bis hinein in ebenfalls vom Großkapital unterdrückte bürgerliche Kreise, auf der anderen Seite. Daraus erwachsen für den antimonopolistischen Kampf Bündnismöglichkeiten, die es im Leninschen Sinne zu erschließen gilt. Sektiererische Auffassungen schaden hier nur. Mit dem Begriff „Kulak“ verbundene Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Die komplizierte Problematik auf das Verhältnis Verbraucher-Produzenten bzw. Preispolitik zu reduzieren, greift zu kurz. Aus meinem Lebensumfeld kenne ich nur „Milchbauern“, die mit ihrer Hände Arbeit ihr Einkommen erwirtschaften. Denen und allen, die zum Großkapital in Opposition stehen, gehört meine Solidarität.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Zu den im nächsten Jahr anstehenden BRD-Präsidentschaftswahlen soll für die SPD die bisherige Chefin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O., Gesine Schwan, ins Rennen gehen. Mich interessierte, was an dieser deutschen Hochschule über die DDR gelehrt wird. Helga Schultz und Hans-Jürgen Wagener geben in ihrem 2007 bei Ch. Links erschienenen Buch „Die DDR im Rückblick“ darüber Aufschluß. Unter anderem heißt es: „Der Glaube an die historische Überlegenheit der auf soziale Gleichheit und Enteignung des Privateigentums setzenden Gesellschaftsordnung war nicht allein auf die Machthaber beschränkt; er sicherte der Idee des Sozialismus auch gegen den Anschein des zeitweiligen Zurückbleibens gegenüber kapitalistischen Gesellschaften des Westens einen erheblichen Kredit in der Bevölkerung ... Stärker noch vermochte sich der zweite deutsche Staat über seinen antifaschistischen Charakter zu legitimieren. So stark er von oben verordnet und politisch instrumentalisiert wurde, besaß der ostdeutsche Antifaschismus doch eine soziale Eindringtiefe, die weit über die der sozialistischen Verheißung hinausging.“

Wie es sich für den der Birtlerbehörde nahestehenden Verlag gehört, muß natürlich auch der „Unrechtsstaat DDR“ vorgeführt werden. Die Gesellschaft im Osten sei bis ins Innerste vergiftet gewesen. Man habe unablässig Angst, Feigheit und menschliche Niedertracht produziert.

Das Gruselkabinett darf nicht fehlen. „Wie ein riesiger Krake lag die Staatssicherheit über dem Land und drang mit ihren Saugnäpfen in die verborgenen Winkel der Gesellschaft“, wird Frau Schwans Viadrina-Studenten vermittelt.

Wie man sieht, handelt es sich um eine durchaus „glaubwürdige“ Präsidentschaftsbewerberin, die Herrn Köhler ebenbürtig sein dürfte.

Werner Feigel, Chemnitz

Dem hervorragenden Editorial „Irish Coffee“ im RF 127 möchte ich noch einige interessante Informationen hinzufügen.

Innerhalb der letzten 14 Tage vor dem irischen Referendum zum Lissabonner Vertrag erschienen nacheinander Angela Merkel und EU-Präsident Barroso zu Blitzbesuchen in Dublin, um die Iren für ein Ja zu manipulieren. Die Meinung der dortigen Bevölkerungsmehrheit zum sogenannten EU-Vertrag aber stand bereits fest. Vier Tage vor der Abstimmung gab die linksgerichtete Sinn-Féin-Partei ihre Ablehnung bekannt. „Die schlimmen Erfahrungen von mehr als 700 Jahren britischer Kolonialisierung und des britischen Imperialismus in Irland haben dazu geführt, daß in unserer Verfassung seit der Unabhängigkeit festgelegt worden ist, daß das irische Volk das Recht hat, über jede grundsätzliche staatliche Entscheidung, die es betrifft, abzustimmen. Das Referendum ist ein unabdingbares Merkmal der Demokratie“, erklärte sie.

Am Tag des Votums fragte ein NDR-Reporter einen jungen Dubliner nach der Stimmabgabe, wie er sich entschieden habe. Mit „no“ antwortete dieser. Warum, wollte der Fernsehmann wissen. Darauf entgegnete der Ire sehr treffend: „Was wollt ihr eigentlich, ihr Deutschen dürft ja nicht einmal über den Vertrag abstimmen. Wo bleibt da eure Demokratie?“ Damit war das Gespräch beendet.

Der irische Politikwissenschaftler Kevin O'Rourke untersuchte das Abstimmungsverhalten. Sein Schluß: „Die Arbeiterklasse hat den Ausschlag gegeben. Je weniger Geld jemand verdient, desto ausgeprägter war das No zum EU-Vertrag.“

Klaus Buchheister, Bremen

Wer in der DDR kannte nicht die beliebte Wochenzeitung „horizont“, wo Wolfgang Clausner als stellvertretender Chefredakteur kein Unbekannter war. Im RF 127 veröffentlichte er jetzt den Beitrag „Ein linkssozialdemokratischer Politiker, der aufhorchen läßt.“ Da atmen auch wir unwillkürlich auf. Beim genaueren Hinhören hatte ich allerdings das Gefühl, daß Oskar Lafontaine eher demontiert werden sollte. So sehr man dem Autor in seiner Kritik auch zustimmen mag – politisch scheint mir das nicht der richtige Zeitpunkt zu sein, bei Oskar nach Haaren in der Suppe zu suchen. Endlich gibt es da doch einen, der überhaupt noch weiß, was Finanzkapital ist.

Unsere Aufmerksamkeit sollte sich – Wolfgang Clausner bietet dazu Ansätze – dem eitlen und beunruhigenden Geschwätz solcher Leute wie Brie, Zimmer, Lederer und Liebich zuwenden. Hier seien nur zwei Kostproben aus ihrem reichen Gedankenschatz gestattet: „Die DDR war noch totalitärer als das Dritte Reich.“ Und: „Der Zweite Weltkrieg war der Zusammenprall zweier Diktaturen.“

In Mitgliederversammlungen stößt dieses ständige Gezerre an den Grundfesten der sozialistischen Bewegung auf Ablehnung. Das Problem besteht aber darin, wie man in den Führungsetagen der PDL mit solchen Dreckschleudern umgeht. Man toleriert sie unter der Rubrik „Freiheit für Andersdenkende“.

Da wurde uns Oskar Lafontaine unverkennbar zum Symbol der Besinnung auf unsere eigentlichen Ziele. Dem „RotFuchs“ bleibt für den Anstoß zu danken.

Walter Ruge, Potsdam

Mit Befremden vernahm ich am 27. Juli in einer RBB-Nachrichtensendung, daß auf einem evangelischen Friedhof in Werder-Havel ein Gedenkstein für Personen aufgestellt worden sei, die 1951 wegen Flugblattaktionen gegen die DDR und Militärspio-

nage für die USA zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Einer der Initiatoren äußerte hinsichtlich der von ihm begangenen Militärspionage stolz: „Da ging es richtig zur Sache.“

In jedem Staat der Welt stehen solche Handlungen unter Strafe. Da sie sich in diesem Fall aber gegen die DDR richteten, werden die Beteiligten jetzt öffentlich als Helden geehrt. Jene DDR-Bürger hingegen, die ihren Staat schützten und verteidigten, kriminalisiert man.

Klaus Fehlhacke, Berlin

Im RF 127 ist die Veröffentlichung eines Veranstaltungshinweises mit G. Schabowski in Zwickau in unserer Zeitung „Linker Blick“ nicht kritisiert, sondern runtergemacht worden. Damit keine weiteren Mißverständnisse entstehen: Wir teilen die Beurteilung Schabowskis durch M. Wulf. Sollen wir uns aber dafür entschuldigen, weil wir bei unseren Mitgliedern voraussetzten, daß sie unsere Aufforderung zur Teilnahme richtig verstehen würden? Wir wollten eigentlich, daß unsere Genossinnen und Genossen diesem Wendehals und Scharlatan Paroli bieten. So allerdings verstehen auch die Zwickauer („älteren“) Parteimitglieder ihre politische Arbeit leider nicht (mehr), wie festzustellen war.

Zugeben müssen wir daher, daß man diese Veröffentlichung mißverstehen konnte, aber eben nicht mußte. Sie enthielt gar keinen Veranstalter, weshalb M. Wulf seine falsche Annahme zur Anschuldigung erheben konnte. Auch eine Aussage, warum wir die Teilnahme empfahlen, fehlte. Auch hier konnte selbständiges produktives (nicht destruktives) Denken andere Antworten finden, als sie M. Wulf gab.

**Simone Hock, Ralf Becker (V.i.S.P.),
Redaktion Linker Blick, Zwickau**

Am 6. August wurde in Berlin ein junger Mann aus Vietnam auf offener Straße von einem deutschen Faschisten ermordet. Ein Enkel von Onkel Ho vor sein Leben, weil die Politiker der BRD seit 1949 auf dem rechten Auge blind sind.

Die Pseudodemokratie mit Kohls „Mädchen“ an der Spitze hat natürlich keine offiziellen Vertreter zur Mahnwache für den ermordeten Vietnamesen entsandt. Ein schreckliches Land!

Heinz Denné, Berlin

Mit großem Interesse habe ich den Artikel von Dr. Günther Sarge über den Fall Gartenschläger „Ein Terrorist als Held?“ im RF 126 gelesen. Die Verbrechen dieses Mannes an der Staatsgrenze der DDR haben die Sicherheitsorgane, vornehmlich die Grenztruppen und das MfS, 1976 stark beschäftigt. Schließlich handelte es sich um schwere Provokationen im kalten Krieg.

Angesichts der verstärkten Hetze, die im Vorfeld des 20. Jahrestages der Konterrevolution noch zunehmen wird, ist es wohlthuend, einen Bericht zu lesen, der in allen Teilen der Wahrheit entspricht. Es wäre lohnenswert, darüber einen Film zu drehen.

In Weimar entsteht allerdings zur Zeit mit einem Etat von über drei Millionen Euro ein Schinken mit dem Titel: „Der Mauerfall“. Man spiegelt Geschichte vor, die es so nie gegeben hat. Eine Fortsetzung der Gruselstory „Die Frau vom Checkpoint Charlie“. Auch das Verbrechen eines Werner Weinhold gäbe einen Stoff für Film oder Fernsehen ab. Der hatte in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1975 bei seiner Fahnenflucht die DDR-Grenzsoldaten Klaus Peter Seidel (21) und Jürgen Lange (20) ermordet. Auch Weinhold wurde wie Gartenschläger im Westen als Held empfangen.

Hans Linke, Suhl

Besorgniserregend ist die braune Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Die NPD ist auf dem Vormarsch: Seit der Landtagswahl am 17. September 2006 ist sie als Fraktion mit 6 Abgeordneten im Landtag vertreten. Hauptakteur ist der aus dem Westen zugezogene Pastor, der sich in der Kleinstadt Lübbtheen bei Hagenow niedergelassen hat, um von dort aus seine faschistischen Aktivitäten im Landesumfeld einzufädeln. Eine ähnliche Situation gab

es bereits vor dem Machtantritt der Nazis. Damals war Mecklenburg die erste Region in Deutschland, wo die Braunen mehrheitlich mit klingendem Spiel in das Parlament Einzug gehalten hatten. Heute sind neofaschistische Aufmärsche in Städten und Gemeinden mit Billigung des Rechtsstaates und unter Polizeischutz wieder an der Tagesordnung. Brutale Überfälle der Rechtsextremisten häufen sich. Unlängst wurden in Malchin Jugendliche von Neonazis mit roher Gewalt angegriffen.

Als kürzlich in Hohen Spreng (Landkreis Güstrow) die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) ein Zeltlager abhielt, bildete ein imitiertes „Führerbunker“ mit ausdrücklicher Kennzeichnung das Spiegelbild dieses Unterfangens.

Walter Krüger, Dudinghausen

Ich möchte gerne die Zeitschrift „RotFuchs“ regelmäßig beziehen, weiß allerdings nicht, was sie kostet. Ich bin leider auf Harz IV gesetzt und nun stärker politisch interessiert.

Über die DDR weiß ich relativ wenig. Unsere Abiturklasse hat sich 1981 entschieden, nach Griechenland statt in die DDR zu fahren.

Aber ich habe es satt, die ewige „Stasi“-Litanei und die Propaganda von der schlimmen DDR zu hören, während bei uns ein riesiger Überwachungsstaat mit Militarisation im Innern erfolgt. Völlige Verarmung und Zukunftslosigkeit werden von den meisten geduldet.

Bedauerlicherweise sind die kapitalistischen Machthaber so waffenstarr und einflußreich bei der Verbreitung ihrer passenden Ideologien, die noch nicht einmal als Gehirnwäsche erkannt werden. Gibt es in München einen Leserkreis?

Elisabeth Lauchner, München

Insbesondere im jüngsten RF sind Sie nun doch dazu übergegangen, den kontroversen aktuellen Debatten in der PDL größere Aufmerksamkeit zu schenken. Das finde ich sehr gut, denn ich halte es für dringend erforderlich, daß wir „Linken“ uns mit unseren fundamentalen Inhalten ohne Scheuklappen konstruktiv auseinandersetzen.

Nach meiner Einschätzung ist den „Linken“ die Substanz abhanden gekommen. Deshalb gibt es keine Programmdiskussion, sondern nur ein oberflächliches Gezänk um Posten, Stimmenanteile und Kungeleien mit anderen Parteien und „Bündnispartnern“. Wer das Kapitalsystem nicht überwinden will, der verbleibt in diesem und muß sich deshalb auf der ordinären Ebene des Habens und Kriegens mit den Hyänen um die Geldbeute streiten. Wer aber mit dem Teufel am Tisch sitzt und mit ihm um das Büffet rangeln will, der braucht sich nicht zu wunden, wenn auch ihm Hörner wachsen.

Kornelia Richter, Schkeuditz

Meine Meinung zum Beitrag über ein BRD-Arbeitsgesetzbuch („Mal in Finnland anfragen?“): Das AGB der DDR war nicht schlecht. Doch wenn es um den Plan ging, wurde es oft unterlaufen. So geschah es z. B. im Betonbau Wegeleben (Kreis Halberstadt). Dort erklärte man den Sonnabend und den Sonntag kurzerhand zu Arbeitstagen, um den Plan zu retten.

Montag frei? Denkste! Weiterarbeiten hieß die Parole. Wer da nicht mitmachte, bekam zwei Bumeltage aufgebremmt, und die Jahresendprämie war futsch. So geschah es mir.

Thomas John, Halberstadt

Der Beitrag über Karlheinz Effenberger hat mich in meiner politischen Arbeit sehr bestärkt. Ich will fünf Gedanken aus dem Interview in der jüngsten Ausgabe des RF aufnehmen.

„Plötzlich ist man alt ...“ Ich fühlte mich an die Maxime von Pawel Kortschagin erinnert, sein Leben zu nutzen, daß es einen nicht qualvoll gereut. Deshalb ist der Optimismus von „Effi“ am Schluß auch so wichtig, Geschichte und Gegenwart im Auge haben, dabei aber immer nach vorn sehen.

„Nie gezweifelt an den Idealen des Marxismus.“ Und auch des Leninismus, füge ich hinzu. Dabei

muß jedoch nicht jede Aussage, nicht jede Schrift noch heute bedeutsam sein. Aber das Grundgerüst, der gesellschaftswissenschaftliche Kern ist bisher unübertroffen. Wohl aber habe ich daran gezweifelt, daß meine Partei, die PDS, seinerzeit diese Ideale programmatisch festhielt und politisch zielklar verkörpern konnte. Als früher in Berlin kommunalpolitisch aktives Mitglied bin ich dann ausgetreten. Mit dem Vereinigungs- und Neugründungsprojekt der PDL habe ich wieder Mut gefaßt, auch wenn manches durch die aus der PDS überkommenen Dominanzen nach wie vor infrage steht.

Wenn es auch keine umfassende „Lageeinschätzung“ sein mag, ist es richtig und wichtig, deutlich auszusprechen, daß die BRD diverse Notstände hat und diese auf Grund des Dilettantismus und der Dummheit in der Regierungspolitik, (die auch die PDL partiell einschließt), hervorgerufen, aufrechterhalten und verschlimmert werden. Aber intelligente und konkrete politische Alternativen gibt es noch zu wenige.

„Ich glaube dennoch an die Vernunft und Veränderbarkeit des Menschen.“ Ja, die humanistischen Ideale der Menschheitsgeschichte festhalten, dafür arbeiten, nicht verzweifeln oder verzagen. Das, wofür die sozialistische Bewegung steht, geht über den Horizont des individuellen Lebens, auch über kleinliche Richtungskämpfe hinaus.

„Denksignale“ setzen bis zuletzt, „bis der Vorhang fällt“ (Herbert Grönemeyer sei hier adaptiert), wenn politisches Handeln scheinbar wirkungslos bleibt, hoffen darauf, daß unser Denken und Handeln heute und künftig noch ausreichend Vernunft gebiert für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen, um „die Nöte in der Welt, die Bedrohung der Menschheit“ zu beenden.

Ralf Becker, Hohenstein-Ernstthal

Ich weiß nicht, ob das eine Tendenz ist: Mir ist in Gesprächen mit vielen links eingestellten Menschen aufgefallen, daß eine Abkehr vom ND zu erkennen ist. In meinem unmittelbaren Umkreis haben zwei Genossen und ein Sympathisant das Abo gekündigt und sind Leser der „jungen Welt“ geworden. Ein weiterer langjähriger Genosse hat jetzt ein Probe-Abo der jW. Für mich ist das ND keine linke Zeitung mehr, aber das kann ja eine subjektive Betrachtungsweise sein:

Andererseits ergeht es mir so wie vielen „RotFuchs“-Lesern auch. Ich warte schon immer auf das Ende des Monats in der Hoffnung, daß die Zeitschrift dann bald im Kasten liegt.

Carsten Hanke, Lambrechtshagen

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich wieder den RF gelesen. Die Beiträge sind für mich miterlebter DDR-Aufbau, aber auch erlebte Konterrevolution. Zum Artikel von Gerhard Wenzel: Mir geht es um die vielen Verordnungen und Gesetze, die nicht demokratisch erarbeitet, geprüft und entschieden werden konnten. Sie alle basieren auf den jahrzehntelangen Vorbereitungen der BRD für den Tag „X“.

Weshalb etwas Neues erfinden, wenn auf Vorhandenes zurückgegriffen werden kann? Man braucht doch nur im Graubuch, 2. Ausgabe 1967, nachzulesen. Dort ist vom „Organisationsplan des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung“ die Rede. Dieser Plan zeigt, wer sich wie mit welchem Komplex für diesen Tag vorbereitet hat. Insofern sehe ich de Maizière in der Rolle eines Ausführenden im Interesse der BRD-Machtstrukturen. Juristisch gesehen war es Hochverrat.

Die Formulierung „de Maizière und seine Kumpare haben uns durch Rechtsbruch dem ‚bundesdeutschen Rechtsstaat‘ in den Rachen geworfen,“ scheint mir zu eng. Würde die DDR nicht durch das opportunistische Handeln der Sowjetunion fallengelassen? War nicht Gorbatschow der „Verkaufsstellenleiter“, während de Maizière und dessen Leute nur als Marktangestellte dienten?

Dieter Ammer, Chemnitz

Ich freue mich immer auf die aktuelle Ausgabe des RF. Er ist für mich zu einer unentbehrlichen Lektüre geworden. In meinem kollegialen Umfeld regt er stets neue Diskussionen an. Vielleicht wäre es möglich, in der Zeitschrift eine Rubrik zu schaffen, um sämtliche deutschen Parteien zu „durchleuchten“. Das würde einigen Lesern viel Arbeit ersparen. Ich habe z. B. nicht die Zeit, mich mit allen Parteien zu beschäftigen und mir einen Überblick zu verschaffen, wer welche Ziele verfolgt. Mir ist anhand der Leserbriefe aufgefallen, daß es bereits etliche RF-Interessenten in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gibt. Können Sie uns helfen zusammenzufinden? Gemeinsam sind wir doch stärker und würden mehr bewirken, als wenn jeder für sich allein kämpft.

Mike Busch, Frankenthal

Bekanntlich hat der am 20. März 2003 begonnene US-Angriffskrieg gegen Irak inzwischen nahezu eine Million ziviler Opfer und über eine Million Verletzte gefordert. Mehr als 2,7 Millionen Iraker flohen ins Ausland, über zwei Millionen sind im Inland auf der Flucht. Mehr als 4000 amerikanische GIs starben, den amerikanischen Steuerzahler kostet die Aggression bisher fast eine Billion Dollar. Es handelt sich um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für deren Ahndung der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig ist. Daher ersuchte der frühere CDU-Politiker Jürgen Todenhöfer Ende Juli 2008 Chefankläger Moreno Ocampo in einem offenen Brief um Mitteilung darüber, ... „welche Gründe gegen eine Anklage in Sachen George W. Bush und Tony Blair sprechen“.

Fälschlicherweise steht in Den Haag vor dem als Kriegsverbrechertribunal ausgegebenen Strafgerichtshof aus leicht durchschaubaren politischen Gründen allerdings nicht Bush, sondern Karadzic unter Anklage.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Am 3. August erfuhren wir in den Frühnachrichten des Deutschlandfunks von einem Volksentscheid in Estland. Es ging um die Möglichkeit der Abwahl des Parlaments.

Was war geschehen? 97 % der in Estland am Referendum Teilnehmenden hatten dafür gestimmt, daß das Volk sein Parlament auflösen darf. Nur 3 % waren dagegen. Das Referendum scheiterte an der zu geringen Beteiligung von nur knapp 40 % der Wahlberechtigten. 60,8 % enthielten sich.

Nach den Erfahrungen mit Wahlen in anderen Ländern werden diese keineswegs bei einer Beteiligung von lediglich 40 % annulliert. Beispiele dafür gibt es genug – so aus den USA.

Übrigens: Die Meldung wurde vom Sender nur zweimal übertragen. In den übrigen Medien blieb sie unerwähnt. Warum wohl?

Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Mit geistigem Heißhunger warte ich jeden Monat auf den „RotFuchs“. Er ist immer wieder eine Aufbaustütze für mein Gemüt, zeigt er mir doch, daß es viele Gleichgesinnte gibt, die sich ihrer Vergangenheit und ihrer Lebensideale nicht schämen und sich diese auch nicht rauben lassen.

Nun sind fast 20 Jahre seit der Konterrevolution vergangen. Immer mehr Mitbürger, leider auch früher „bewußte Genossen“, streichen vier Jahrzehnte ihrer Biographie einfach aus dem Gedächtnis und arrangieren sich mit dieser menschenverachtenden Gesellschaftsordnung. Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen, die über verflorschte Kaiser, Könige und Edelmänner mehr erfährt als über die Geschichte der beiden deutschen Staaten. Ich denke, daß wir die Verantwortung dafür tragen, unseren Enkeln die Wahrheit zu übermitteln. In der Schule werden sie nur belogen. Sie sollen für künftige „Friedenseinsätze“ reifgemacht werden, damit sie wie Frau Merkel anderen Völkern in Sachen Menschenrechte eine Lektion erteilen können.

Wolfgang Müller, Bad Düben

Wenn man wie ich in die Jahre gekommen ist (86) und das Alter sowie die Gesundheit den eigenen Aktionsradius immer mehr einschränken, so daß man immer weniger mitgestalten kann, erwartet man seine Freunde von Monat zu Monat um so mehr. So geht es uns mit unserem „RotFuchs“.

Meine Meinung zu einigen Veröffentlichungen: Ich teile den Standpunkt vieler, daß die DDR trotz ihrer Schwächen „die unsere“ war. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie ausgerechnet durch die glorreiche BRD beschmutzt wird.

Wer ein Leben wie ich durchschritten hat, sieht keinen Grund, bei den Kapitalisten zu Kreuze zu kriechen und sich für das, was in unserem Vaterland DDR getan wurde, zu entschuldigen.

Noch ein Wort zur Olympiade. Von welcher maßloser, stinkender Überheblichkeit waren doch viele Bürger der BRD in diesen Tagen befallen, wenn sie den Völkern Chinas empfahlen, sie sollten am deutschen Wesen genesen. Das gegenüber einem Volk mit mehr als fünftausendjähriger Geschichte! Werden es die Deutschen noch lernen, in der großen internationalen Gemeinschaft Bescheidenheit zu üben?

Oberst a. D. Albert Oehme, Gera

Auf unserer einzigen Erde findet ein Tanz auf dem Vulkan statt. Ist es fünf vor zwölf oder bereits danach? Die derzeit an den Schalthebeln der Macht stehenden Politiker sind wohl außerstande, die Entwicklung zu bremsen oder aufzuhalten. Trotz gravierenden Klimawandels, immer öfter erfolgreicher Erdbeben, schwerer Stürme und Überschwemmungen, tropischer Temperaturen, extremer Dürren, Trinkwassermangels, Artensterbens, Gletscherschmelze und Versauerung der Ozeane wird hemmungslos weitergemacht wie bisher. Die wenigen angeblich eingeleiteten Maßnahmen sind reine Augenwischerei. Um des schnellen Profits wegen werden die immer begrenzteren Ressourcen rücksichtslos ausgebeutet, obwohl auch jeder nachrechnende Politiker wissen müßte, daß in absehbarer Zeit Schluß damit sein wird.

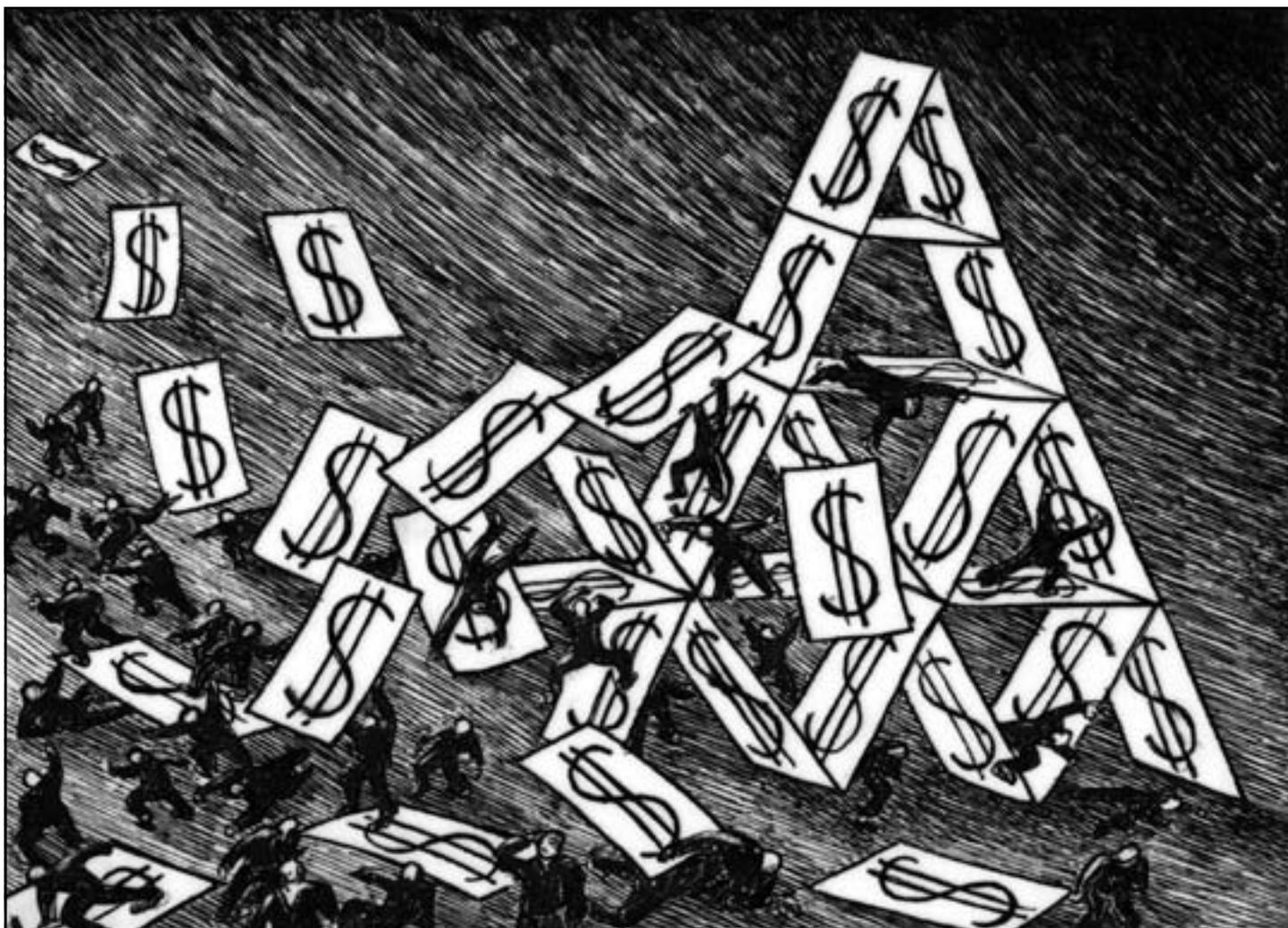
Um die Erderwärmung zu stoppen, soll der Neubau von 1500 Atomkraftwerken notwendig sein! Dabei ist die Entsorgung der Abfälle in keiner Weise gesichert. Finanzminister wie Steinbrück reden davon, man dürfe den Nachkommen keine Schulden hinterlassen. Von einer ewig strahlenden Müllkippe Erde spricht niemand. Der Gott der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, heißt Profit. Sie ist außerstande, die erwähnten Probleme der Erdbevölkerung zu lösen. Das planlose Agieren der kapitalistischen Staaten kann so wie bisher nicht weitergehen. Die Systemfrage steht auf der Tagesordnung und zwar nicht irgendwann, sondern bei Strafe des Untergangs der Menschheit jetzt.

Werner Juhlemann, Geithain

Vor mehreren Monaten bestieg Frau S., eine Rentnerin, in den frühen Abendstunden am Stadtrand die Straßenbahn, um zu ihrer Wohnung am anderen Ende Erfurts zu gelangen. Schon bald stellte sie fest, daß sie im Anhänger mit einer Gruppe jugendlicher allein war. Es wurde allerhand Unfug getrieben. Ein junger Mann tat sich besonders hervor, indem er Frau S. ein brennendes Feuerzeug fast unter die Nase und das Kinn hielt. Deshalb wollte sie an der nächsten Haltestelle aussteigen und ging zur Tür. Dort versperrte ihr der Jugendliche den Weg. Nach dem Öffnen der Tür zeigte die alte Dame Courage. Sie rempelte ihr Gegenüber an, so daß der junge Heißsporn aus der Straßenbahn stolperte. Bevor sich beide von dem Schreck erholt hatten, ging die Tür wieder zu, und die Straßenbahn fuhr ohne den jungen Mann weiter.

Nach einigen Wochen sah die Rentnerin den Rabauken in der Straßenbahn wieder. Als er abermals auf sie zukam, blieb ihr vor Angst bald das Herz stehen. Zum fluchtartigen Verlassen des Wagens blieb keine Zeit mehr. So setzte sie ihre Hoffnung auf die anderen Fahrgäste. Es passierte aber etwas für sie völlig Unfaßbares. Der Jugendliche entschuldigte sich und sagte: „So eine wie Sie möchte ich als Oma haben.“

Hans Schneider, Erfurt



Nur ein Kartenhaus

Grafik: Klaus Parche

Am **16. Oktober um 15.30 Uhr** spricht **Prof. Dr. Christa Luft** in **Güstrow**, Hansenstraße 4 (Hansabad), auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe über das Thema

Wirtschaftspolitische Alternativen der Linken

Am **17. Oktober um 15 Uhr** findet im Städtischen Kulturhaus **Wolfen** eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Bitterfeld/Wolfen mit **Dr. Hans Modrow**, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei Die Linke, statt. Thema:

Mein Standpunkt und meine Erfahrungen als Ministerpräsident der DDR der Jahre 1989/90 sowie meine heutige Sicht auf den Sonderparteitag der SED

Die RF-Regionalgruppe Berlin lädt für den **28. Oktober um 16 Uhr** zu einem Treffen mit **Prof. Walter Womacka** in die

Walter-Womacka-Ausstellung

in der Galerie im Palais am Festungsgraben 1, **Berlin** (hinter der Neuen Wache, Unter den Linden), ein.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „**RotFuchs**“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin
Tel. 030/561 3404
Fax 030/56493965
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout:

Egon Schanser, Rüdiger Metzler

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Internet-Präsentation und akustische Ausgabe:

(für Sehbehinderte)

Sylvia Feldbinder

Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Monats.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Dr. Rudolf Dix
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Joachim Spitzner
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

*Karlheinz Effenberger,
Klaus Parche, Heinrich Ruynat*

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Str. 35, 12559 Berlin
Tel. 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
*Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Hans Ludwig, Harry Schreyer,
Peter Barth u. v. a. m.*

Finanzen:

Jürgen Thiele
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unser Konto:

„RotFuchs“-Förderverein
Konto-Nr.: 2 143 031 400
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00